

SIÖ



Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich



PERSPEKTIVEN WECHSEL

obds reloaded!

**Wir brauchen
DICH JETZT!**



Soziale Arbeit braucht eine starke Stimme – deine!

Wir freuen uns über 70 neue Mitglieder seit Jahresbeginn – ein starkes Zeichen! Doch für eine finanzielle Stabilisierung bis 2026 brauchen wir insgesamt 500 neue Mitglieder. Es fehlen noch 430!

Der obds setzt sich für bessere Rahmenbedingungen, mehr Sichtbarkeit und Anerkennung in der Sozialen Arbeit ein. Langfristig können wir das nur mit einer breiten Basis schaffen.

Jedes Mitglied macht unserer Stimmen lauter.

Mehr Mitglieder = mehr Einfluss für Soziale Arbeit!

- JETZT ist jeder Euro wichtig!
- JETZT, denn wir haben keine Zeit zu verlieren!
- JETZT Mitglieder werben!

**X WÄHLE
SOZIALE ARBEIT**

Wenn jedes Mitglied nur eine Person überzeugt, schaffen wir gemeinsam locker 430 neue Mitglieder bis Jahresende. Du bist unsicher, wie du uns unterstützen kannst? Schreib uns eine Nachricht an: service@obds.at



Editorial

Perspektivenwechsel



Andreas Pavlic

Liebe Leser*innen!

Was denken jene Menschen, die Soziale Arbeit in Anspruch nehmen - oft nehmen müssen - eigentlich über die Soziale Arbeit, also über uns? Diese Frage stand am Beginn der Redaktionssitzung, die uns zu der Perspektivenwechsel-Ausgabe geführt hat. Herausgekommen ist ein Heft mit sehr unterschiedlichen Beiträgen – auch abseits der klassischen Fachartikel. Die Frage nach einem Perspektivenwechsel bedeutet zunächst, sich zu überlegen, wie zu dieser Perspektive überhaupt zu kommen ist, und welche Form dafür geeignet sein könnte.

In dieser Ausgabe finden sich Gespräche, Interviews, Notizen und Beiträge, die ganz nahe an den Aussagen von Betroffenen bleiben. In einem davon – es geht um das Thema Careleaver, also jene jungen Menschen, die Jugendeinrichtungen verlassen (müssen) - findet sich ein ganz zentraler und kräftiger Satz. „Für die Fachkraft ist es ein Job, für die jungen Menschen das Leben.“ Diese Aussage steht im Allgemeinen für die beiden Perspektiven in der Soziale Arbeit.

Für die SIÖ-Reaktion bedeutet jedes Erscheinen der SIÖ die Vorbereitung für die nächste. Mit der Ausgabe New Reality Check wollen wir uns dem Themenspektrum KI, Digitalisierung und Social Media widmen. Wie schon im ersten Heft setzen wir in diesem Jahr auf eine thematisch-inhaltliche Breite. Die letzte Ausgabe hat seit kurzem ebenfalls einen Titel: Das kannst du dir sparen! Wir wollen

uns der Sparpolitik der österreichischen Regierung und ihre Auswirkungen auf die Soziale Arbeit widmen. Zugleich trifft das Sparen leider den obds selbst. Bis dato konnten nicht ausreichend neue Mitglieder gewonnen oder SIÖ-Abos verkauft werden, um den obds und somit die SIÖ auf finanziell stabile Beine zu stellen. Die Konsequenz ist ein ausgabenseitiges Sparen, d.h. an Personalkosten. Mehr dazu ist im obds aktuell nachzulesen.

Trotz der finanziellen Schwierigkeiten bewegt sich einiges, auch dank vieler ehrenamtlicher Mitarbeiter*innen. Das betrifft das SIÖ-Redaktionsteam ebenso, wie beispielsweise die Impulse, die von Johannes Schett organisiert werden. Dieses obds online-Diskussionsformat findet seit über einem Jahr regelmäßig statt – oft auch zu SIÖ-Schwerpunktthemen und mit Impulsen von SIÖ-Autor*innen. Infos zu den Impulsen finden sich im Heft, auf obds.at und den obds Social Media Kanälen!

Zum Abschluss gilt mein Dank dem Redaktionsteam, den Autor*innen und allen Unterstützer*innen der SIÖ. In diesem Sinne – viel Freude am Perspektivenwechsel!

Für die Redaktion
Andreas Pavlic
redaktion@obds.at

IMPRESSUM

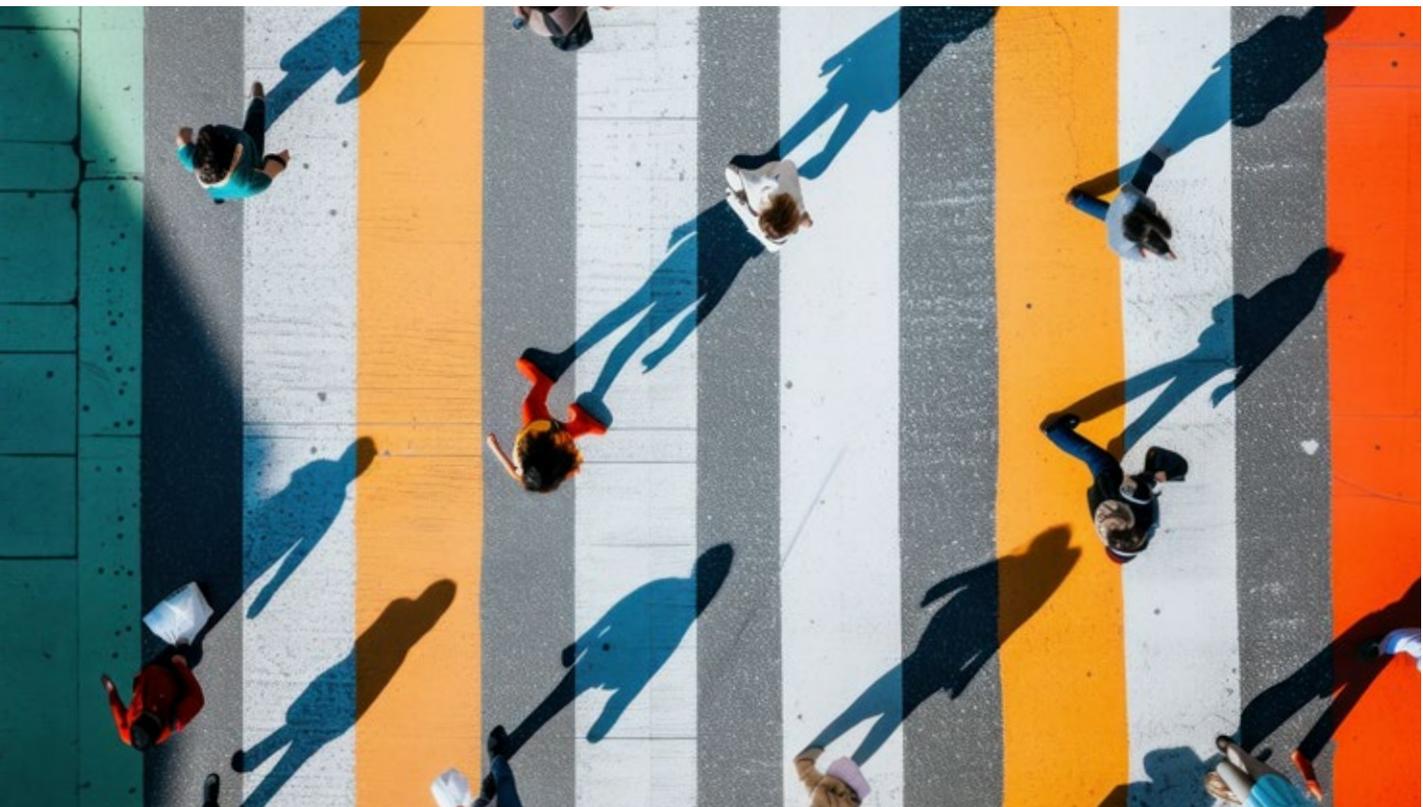
Soziale Arbeit in Österreich (SIÖ): Fachzeitschrift für Soziale Arbeit seit 1966; Erscheinungsort 1010 Wien; Auflage: 2.000 Stück.
Herausgeber, Medieninhaber und Verleger: Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit – obds, A-1060 Wien, Franz-Josefs-Kai 27, www.obds.at, redaktion@obds.at; Hersteller: w i e n w o r k - integrative Betriebe und AusbildungsgmbH, A-1220 Wien, Maria-Tusch-Straße 21

Redaktion: Andreas Pavlic, Theresa Luxner, Josefina Egg, Sophie Lindtner, Paul Haller, Rudi Rögner, Birgit Altmüller; Lektorat: Anna Szolga; Gestaltung: Florian Sitz; Titelseite: Adobe Stock; Bilder & Fotos: Adobe Stock (wenn nicht anders gekennzeichnet), Mitarbeiter*innen der Ausgabe: Julia Pollak, Gerlinde Blemenschitz-Kramer, Birgit Altmüller, Lisa Kreutzer, Güneş Uzun, Corinna Butzin, Menno Baumann, Sophie Lindtner, Tobias Pfindel, Birgit Altmüller, Rohullah Muhammadi, Emanuela Chiapparini, Sabine Schlüter, Katalin Szoboszlai, Sándor Meleg, Eva Grigori, Peter Stepanek, Manuela Kastner, Tayfun Kocabey, Michael Pacher, Alfred Rauchegger, Michael Hanl-Landa, Ljilja Tofilovska

Über zugesandte Beiträge freut sich die Redaktion, behält sich aber vor, diese zu redigieren oder abzulehnen. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autor*innen verantwortlich und müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Schwerpunkt.

Diese Ausgabe widmet sich einem Perspektivenwechsel. Es geht darum, die Soziale Arbeit aus der Perspektive von Klient*innen oder Adressat*innen, von Menschen oder Gruppen, die diese soziale Dienstleistung angewiesen sind oder sie in Anspruch nehmen wollen, zu betrachten. Es geht um Fragen nach dem Wissen dieser Menschen über die Soziale Arbeit, aber auch um Erfahrungen mit Behörden und Ämtern. Einen Perspektivenwechsel vorzunehmen bedeutet auch, eine Expertise



anzuerkennen. In den Theorien der Sozialen Arbeit wird davon ausgegangen, dass Adressat*innen Expert*innen ihres alltäglichen Lebens ist. Sie haben Erfahrungen, Bewältigungsstrategien und eine Menge an spezifischem Wissen gesammelt, auch über den Sozialstaat, die sozialen Sicherungssysteme und die Soziale Arbeit. Daher stellt sich die Frage: Ist die Soziale Arbeit bereit aus diesen Perspektiven zu lernen und was kann/will sie in ihre Praxis aufnehmen?

Inhalt

AUSGABE 229 – JUNI 2025

»INKLUSIVER JOURNALISMUS« <i>Lisa Kreutzer</i>	8
»WIR WOLLEN ZUERST ALS MENSCHEN GESEHEN WERDEN« <i>Manuela Kastner, Tayfun Kocabey, Michael Pacher, Alfred Rauchegger und Michael Hanl-Landa</i>	10
»GELINGENDE ÜBERGÄNGE - WAS BEDEUTET DAS AUS SICHT DER JUNGEN MENSCHEN?« <i>Güneş Uzun, Menno Baumann</i>	13
»GEFÄNGNIS IST EINE GROSSE KATASTROPHE« <i>SIÖ Redaktion</i>	18
»WENN HILFEN NICHT HELFEN, SONDERN...« <i>Corinna Butzin, Menno Baumann</i>	20
»STIMMEN VON DER STRASSE« <i>Sophie Lindtner, Tobias Pfindel</i>	26
»„ANFANGS WAR ALLES SCHWIERIG FÜR MICH.“« <i>Birgit Altmüller, Rohullah Muhammadi</i>	28
»EINE STIMME FÜR ARMUTSBETROFFENE PERSONEN IN DER ARMUTSPOLITIK« <i>Emanuela Chiapparini</i>	30
»INTERVIEW: „AM WICHTIGSTEN IST DIE ZUSAMMENARBEIT“« <i>SIÖ Redaktion, Ljilja Tofilovska</i>	35
»DAS GEFÜHL DER OHNMACHT IN DER SOZIALEN ARBEIT« <i>Sabine Schlüter</i>	44
»INTERVIEW: „WIR WOLLEN MENSCHEN FÜR LEITUNGSAUFGABEN QUALIFIZIEREN.“« <i>SIÖ Redaktion, Peter Stepanek</i>	48
»SOZIALE ARBEIT MUSS IMMER POLITISCH SEIN, POLITISCHE ARBEIT IMMER SOZIAL SEIN!« <i>SIÖ Redaktion</i>	52
»WAS PASSIERT IN UNGARN?« <i>Katalin Szoboszlai, Sándor Meleg, Eva Grigori</i>	53

THEMENSCHWERPUNKTE DER NÄCHSTEN AUSGABEN

SIÖ 230, Arbeitstitel „New Reality Check“

3. Ausgabe, Redaktionsschluss 31.07.2025, erscheint im September 2025

SIÖ 231, Arbeitstitel „Das kannst du dir sparen“

4. Ausgabe, Redaktionsschluss 31.10.2025, erscheint im Dezember 2025

Sollten Sie Interesse an einer Mitarbeit haben, freuen wir uns über Kontaktaufnahme unter redaktion@obds.at.

obds aktuell

ÖSTERREICH

Gerlinde **Blemenschitz-Kramer**, Julia **Pollak**

Liebe Leser*innen,

und plötzlich ist er da, der Frühling und es gibt wieder eine Veränderung in der Organisation. So sagt schon der Philosoph Heraklit „nichts ist so beständig wie der Wandel“.

Seit Jänner 2023 verantworten wir, Julia Polak und Gerlinde Blemenschitz-Kramer, die Geschäftsführung des obds gemeinsam. Nach reiflicher Überlegung hat nun Gerlinde unter dem Licht der bekannterweise finanziell prekären Situation des obds (siehe der seit letztem Sommer laufenden „obds reloaded“ Prozess) und privaten Anforderungen die Entscheidung getroffen, ihre Funktion zurückzulegen. Das Dienstverhältnis wird im Herbst 2025 einvernehm-

lich beendet. Bis dahin werden wir gemeinsam an einer bestmöglichen Übergabe der Themen und Arbeitsbereiche arbeiten, damit der obds den erfolgreichen Weg der letzten Jahre weitergehen kann.

Die wegfallenden Personalstunden waren vorwiegend mit wirtschaftlicher Geschäftsführung und einigen inhaltlicher Themen gefüllt. Dadurch werden die Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, natürlich größer: Wie kann es weiterhin gelingen, den Vereinszweck (im Wesentlichen das Lobbying für die Profession der Sozialen Arbeit) entsprechend den Statuten zu erfüllen und die zur Zielerreichung notwendigen Tätigkeiten zu erbringen? Welche Aufgaben können künftig nicht mehr erfüllt werden? Was ist im Ehrenamt möglich und verantwortbar? Welche Ausgaben und welche inhaltlichen Themen sind zu priorisieren? Und vor allem: Wie kann bei der Verknappung der Ressourcen bei den Angestellten sichergestellt werden, dass die finanzielle Gebarung im Blick behalten wird und der Verein als Dienstgeber und Unternehmer allen arbeits- und steuerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt? Was braucht es, um nicht nur bloße „Selbstverwaltung“ zu betreiben, sondern jene Tätigkeiten zu erbringen, die im Sinne des Vereinszwecks wichtig sind? Und wie sollen unter diesen Bedingungen die notwendigen Ressourcen aufgebracht werden, um aktiv neue Einnahmequellen zu erschließen?

Noch kennt „der obds“ – das heißt das gemeinsame Gremium von Vorstand und Geschäftsführung – nicht alle Antworten auf diese Fragen. Aber, wir sind uns sicher: Der Weg wird hier, wie so oft, beim Gehen entstehen. Und uns ist wichtig diesen gemeinsam zu erarbeiten.

GEMEINSAM

Wir sind zuversichtlich, dass der obds auch diese herausfordernde Situation bewältigen wird. Ein Berufsverband, der über 100 Jahre auf dem Buckel hat, der Auflösung und Neugründungen (zuletzt während der NS-Zeit) und strukturelle Veränderungen wie die Zusammenlegung von Lan-

Impulse - der Online-Jour-fixe des obds

Termine und Themen:

17.06. 19 Uhr: Impulse zum Thema: Was bedeutet kritische Soziale Arbeit heute?

23.09. 19 Uhr: Impulse – Thema noch offen (watch out @ fb, insta und Homepage)

21.10. 19 Uhr: Impulse – Thema noch offen (watch out @ fb, insta und Homepage)

18.11. 19 Uhr: Impulse – Thema noch offen (watch out @ fb, insta und Homepage)

Mitglieder haben direkt im Mitgliederportal den Online-Zugang hinterlegt. Teile die Einladung gern weiter – auch Nicht-Mitglieder sind herzlich willkommen! Eine Anmeldung vorab unter jourfixe@obds.at ist sinnvoll für die Vorbereitung.

Wir freuen uns auf einen Abend voller neuer Impulse, Austausch und Vernetzung!

desverbänden zu einem österreichweiten Berufsverband nicht nur überlebt, sondern aus diesen Impulsen auch immer wieder Kraft geschöpft hat, wird nicht unterzukriegen sein.

Gemeinsam bleiben wir für die Soziale Arbeit, für Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen „dran“. Und noch nie war das „Dranbleiben“ so wichtig wie jetzt: Die Absicht ein Berufsgesetz für Soziale Arbeit zu verabschieden und die Zahl der Studienplätze aufzustocken, findet sich im Regierungsprogramm der Bundesregierung. Durch gesellschaftliche Entwicklungen im Feld der Gesundheit und der Kinder- und Jugendhilfe wird die Bedeutung der Sozialen Arbeit sichtbarer denn je. Setzen wir gemeinsam alles dran, dass nicht nur „etwas“, sondern „mehr“ passiert! Gemeinsam mit unseren Kooperationspartner*innen, mit Unterstützung aus der Fachcommunity, von Stakeholdern und auch allen Leser*innen kann es gelingen.

Wir sind viele und werden laufend mehr. Wir sind in ganz Österreich und in den unterschiedlichsten Bereichen tätig. Wir haben aufgrund unserer Berufstätigkeit häufig Zugang zu Politik und Verwaltung. Wir haben Fachwissen und Kompetenzen zu zivilgesellschaftlichem Engagement und zu Community-Organizing. Wir wissen um den politischen Auftrag und die Bedeutung der Sozialen Arbeit in der Gesellschaft. Und wir setzen dieses Wissen ein, um uns für die Anerkennung unserer Profession einzusetzen – und schaffen damit eine sichere Rechtsgrundlage für die Arbeit mit den Adressat*innen.

SOZIALE ARBEIT

Zum Zeitpunkt des Erscheinens der letzten SIÖ-Ausgabe war klar, dass Österreich in den nächsten Jahren von einer 3er Koalition regiert werden wird. Mittlerweile liegt das Regierungsprogramm vor, der für die Soziale Arbeit zentrale Absatz lautet:

„Soziale Arbeit
Erarbeitung und Umsetzung eines Bundesgesetzes für Soziale Arbeit:
o Aufstockung der Studienplätze für Soziale Arbeit.
o Einheitliches Berufsgesetz.“

Aber auch abseits davon gibt es viele Hinweise auf Tätigkeitsbereiche von Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen, die im Dokument „Soziale Arbeit im Regierungsprogramm 2025-2029“ auf unserer Homepage veröffentlicht wurden. Ergänzend dazu haben wir eine „Stellungnahme des obds zu Regelungsinhalten und Finanzfolgenabschätzung eines Berufsgesetzes für Soziale Arbeit“ abgegeben. Im Paper „Soziale Arbeit in der Primärversorgung“ stellen wir Aufgaben aber auch räumliche und organisationale Voraussetzungen von Sozialer Arbeit im Bereich der Primärversorgung und in anderen multiprofessionellen Teams dar. Nach wie vor veröffentlichen wir auf der Homepage Antworten auf an uns gerichtete Fragen in Bezug auf das Sozialarbeits-Bezeichnungs-

gesetz 2024. Ein „Reinschauen“ lohnt sich – denn auch Rückblicke auf Veranstaltungen wie z.B. jene zum politischen Mandat der Sozialen Arbeit an der FH Vorarlberg mit Keynotes von Johannes Rauch, obds und ogsa finden sich dort.

SICHTBAR MACHEN!

Das alles trägt dazu bei, Soziale Arbeit sichtbar zu machen. Ihre Aufgaben, Zielsetzungen und ihren Auftrag der Gesellschaft sowie gegenüber Politik und Verwaltung darzustellen. Es trägt dazu bei den Menschen, mit denen wir arbeiten erklären zu können, wer wir sind und was wir tun. Wir geben ihnen damit die Möglichkeit unser fachliches Handeln, unsere Kompetenzen, die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zwischen den einzelnen Professionen besser zu verstehen.

Zum Sichtbarmachen gehört auch die Veröffentlichung des Qualifikationsrahmens Soziale Arbeit, der – aufbauend auf das Kerncurriculum der FBKSSO – ein aktualisiertes Berufsbild enthalten wird. Zudem werden detaillierte Vorschläge gemacht, aus welchen Bereichen des Grundstudiums Soziale Arbeit entsprechend den Bestimmungen des SozBezG 2024 „Quereinsteiger*innen“ mit einem MA-Studium Nachweise erbringen müssen, um zur Bezeichnungsführung berechtigt zu sein. Das wird – rechtzeitig vor dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen – die Rechtssicherheit für alle Kolleg*innen deutlich erhöhen und zur Attraktivität des Berufs beitragen.

In diesem Sinn sind wir als Geschäftsführerinnen gemeinsam mit dem Vorstand, den Mitgliedern und allen Unterstützer*innen unter dem Motto „Gemeinsam. Soziale Arbeit. Sichtbar Machen.“ Weiter dran und hoffe, viele Leser*innen bei der nächsten Veranstaltung am 03.07.2025 in Wien (SAVE the DATE – Details finden sich auf der Homepage!) zu treffen!



Julia Pollak, Gerlinde Blemenschitz-Kramer
Geschäftsführung | soziale.arbeit@obds.at



Inklusiver Journalismus

Bei andererseits arbeiten Menschen mit und ohne Behinderungen gleichberechtigt im Journalismus.

Das Magazin andererseits hat ein Alleinstellungsmerkmal in der österreichischen Presselandschaft. Es zeigt, dass Inklusion nicht nur anders gedacht, sondern auch gelebt werden kann. Über die Ziele dieses Medienprojekts und warum die Soziale Arbeit bei Inklusion ihre Ziele oft verfehlt, darüber berichtet die Autorin in diesem Beitrag.

Lisa Kreutzer

andererseits ist ein Magazin für Behinderung und Gesellschaft. Wir sind das erste unabhängige Medium für den DACH-Raum, bei dem Journalist*innen mit und ohne Behinderung zusammenarbeiten - gleichberechtigt und fair bezahlt. andererseits hilft, Behinderung zu verstehen und deckt Missstände rund um das Thema auf. So, dass sie möglichst alle verstehen können - barrierefrei und in einfacher Sprache. Wir geben dem Journalismus eine Perspektive, die bisher gefehlt hat: Jene von Menschen mit Behinderungen.

Anfangs war das Medienprojekt andererseits ausschließlich als Verein organisiert. Später als GmbH. Seit diesem Jahr besteht die Medienhaus andererseits gFlexCo und gibt das Magazin andererseits heraus.

andererseits hat 3 Ziele:

Unabhängiger Qualitätsjournalismus. Wir berichten unabhängig, kritisch und sorgfältig recherchiert. Nur die Redaktion von andererseits bestimmt, wie berichtet wird.

Inklusion. Alle dürfen mitmachen. Menschen mit und ohne Behinderungen arbeiten gleichberechtigt zusammen.

Faire Arbeit. Die Arbeit von Menschen mit und ohne Behinderungen in allen Bereichen soll fair bezahlt und zu Konditionen gestaltet sein, die die andererseits beschäftigten Menschen wertschätzen.

Das Vorhaben, ein Medienangebot für und mit Menschen mit Behinderungen zu etablieren, ist neu. Es gibt daher

wenig Daten zum Verhalten der Zielgruppe und kaum (internationale) Vorbilder. Der Bedarf ist jedoch klar vorhanden: Allein 10 Millionen Menschen in Deutschland benötigen einfache und Leichte Sprache, um komplexe Informationen zu verstehen. Und nur wer sich informieren kann, kann informierte Entscheidungen für unsere Demokratie treffen

Insgesamt lebt rund 18-20 Prozent der Bevölkerung im deutschsprachigen Raum mit Behinderungen. Dennoch ist wenig über das Verhalten der Zielgruppe - vor allem in Bezug auf Medienprodukte - bekannt. Der Markt für inklusiven Journalismus und die Zielgruppe der Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen ist kaum erschlossen, die Medienhaus andererseits gFlexCo hat in den vergangenen Jahren begonnen, Daten zu sammeln (z.B. Leser*innenbefragung, User*innengespräche, Fokusgruppen) und so einen ersten Eindruck des Marktes erschlossen.

Mit barrierefreien und leicht zugänglichen Medienangeboten erreicht andererseits eine Zielgruppe, die sich teilweise von journalistischen Angeboten abgewendet hat, oder diese noch gar nicht nutzt. Insbesondere Menschen mit Behinderungen fühlen sich von dem Medienangebot (erstmal) angesprochen.

Als marginalisierte Gruppe sind Menschen mit Behinderungen von Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Das trifft vor allem auf dem Arbeitsmarkt zu. Die Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderungen ist höher als jene der Durchschnittsbevölkerung. andererseits bietet Menschen mit Behinderungen Arbeitsplätze, in denen sie gleichberechtigt arbeiten und individuelle Unterstützung erhalten können.

andererseits trägt dazu bei, die Öffentlichkeit für Behinderungen und Inklusion zu sensibilisieren. Inklusion in Österreich voranzutreiben, hat große gesellschaftliche Relevanz, unter anderem hat sich Österreich 2008 mit der UN-Behindertenrechtskonvention zur Inklusion verpflichtet. andererseits ist Teil der Umsetzung dieser Konvention. Und doch ist andererseits kein Sozial-Projekt für Menschen mit Behinderungen, sondern ein Projekt, das dem Journalismus hilft, besser zu werden.

An Inklusion arbeiten in Österreich meist soziale Träger. Menschen mit Behinderungen sind teilweise das Kerngeschäft. Das ist in dem System, in dem wir leben, bis heute wichtig. Doch wenn sich die Soziale Arbeit Menschen mit Behinderungen als Klient*innen annimmt, dann trägt sie oft ein ganz grundlegendes Problem der sozialen Arbeit weiter: Anstatt Strukturen zu bauen, hilft man Menschen, unpassende Strukturen zu navigieren. Menschen mit Behinderungen bleiben so, als Klient*innen der Sozialen Arbeit, oft in Abhängigkeitsstrukturen stecken, statt in einer Gesellschaft zu leben, in der alle die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Menschen mit Behinderun-

gen brauchen für eine gleichberechtigte Teilhabe keine Heime oder Werkstätten. Sie brauchen eine Gesellschaft, die Strukturen baut, in denen alle mitmachen können. Wenn Werkstätten für Menschen mit Behinderungen beispielsweise ihre gesetzliche Aufgabe wirklich erfüllen würden, müssten sie sich selbst abschaffen. Ihr Ziel ist eigentlich, Beschäftigte auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten und zu vermitteln, so wie es die Menschenrechts-Konvention über die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen ohnehin vorsieht. Doch wie sinnvoll ist ein System, das erstens seinen Auftrag nicht erfüllt (kaum jemand wechselt vom zweiten in den allgemeinen Arbeitsmarkt) und selbst Abhängigkeiten in nicht-menschenrechtskonformen Strukturen reproduziert (in Werkstätten verdienen Menschen mit Behinderungen nur ein Taschengeld)?

Ich glaube: die Soziale Arbeit verfehlt im Bereich Inklusion oft ihr Ziel. Sie hilft, Pflaster über Missstände zu kleben, die sie systemisch weiterträgt.

Damit das nicht passiert, braucht es auch andere Entscheidungs-Strukturen: Alle, die bei andererseits arbeiten, sollen Entscheidungen über das Unternehmen treffen können. Das soll gleichberechtigt passieren. Dafür bauen wir gerade eine neue, rechtliche Struktur auf. Dass wir alle wichtigen Entscheidungen gemeinsam treffen wollen, hat das Team von andererseits auf einer Klausur, in der Menschen mit und ohne Behinderungen gleichberechtigt entscheiden, beschlossen. So bauen wir bei andererseits Strukturen, die ein gemeinsames Arbeiten auf Augenhöhe möglich machen.

Wir glauben: Die Erfahrungen, die wir mit selbstorganisierten und inklusiven Strukturen gemacht haben, können wichtige Lektionen nicht nur für andere Redaktionen, sondern auch für die Soziale Arbeit bieten.

Denn wir sind sicher: Je mehr unterschiedliche Menschen wirklich mitbestimmen, desto besser wird die Qualität von Produkten - und desto gleichberechtigter wird unsere Gesellschaft. Und genau das ist das Ziel von Inklusion.

Lisa Kreutzer

Kreutzer hat Politikwissenschaften und Sozialraumorientierte Soziale Arbeit studiert, arbeitet aber als Journalistin. Für ihre journalistische Arbeit wurde sie mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Concordia Preis für Menschenrechte. Sie arbeitet bei andererseits als Chefredakteurin.





Die Aktiventreffen von Mensch Zuerst Salzburg

Wir wollen zuerst als Menschen gesehen werden

In diesem Beitrag erzählen vier Menschen mit Lernschwierigkeiten, die im Verein „Mensch Zuerst“ in Salzburg aktiv sind, was aus ihrer Perspektive eine gute Unterstützung ist, sie unter Selbstvertretung verstehen oder welche Erfahrung sie mit der Sozialen Arbeit gesammelt haben.

Manuela Kastner, Tayfun Kocabey, Michael Pacher, Alfred Rauchegger, Michael Hanl-Landa

Erste Frage: Was ist gute Unterstützung? Wie kann man euch gut unterstützen?

Gute Unterstützung ist, wenn mir die Unterstützungsperson gut zuhört. Manchmal hört mir mein Unterstützer nicht gut zu. Er schreibt viele E-Mails. Dann versteht er mich nicht.

Gute Unterstützung ist, wenn die Person sich Zeit nimmt, aufmerksam zuhört. Anwesend ist. Und mich richtig kennenlernt. Meine Ziele, meine Bedürfnisse kennt. Und sich nicht ablenken lässt.

Gute Unterstützung ist für mich, auch wenn meine Unterstützungsperson mich ermutigt. Dass ich selbst Dinge ausprobieren soll. Das hilft mir, neue Sachen zu lernen.

Wenn jemand Hilfe braucht, ist es wichtig zu wissen, welche Hilfe braucht die Person.

Und wenn man Hilfe braucht, ist es wichtig zu wissen, wo bekomme ich die Hilfe.

Manchmal fühlt man sich vielleicht hilflos.

Man fühlt sich vielleicht erfolglos.

Man fühlt sich vielleicht machtlos.

Man will die Hilfe vielleicht nicht annehmen. Man fühlt sich sonst vielleicht erfolglos.

Viele wollen nicht um Hilfe bitten. Sie sagen lieber, sie schaffen es alleine.

Es ist wichtig, dass man die Hilfe leicht bekommt. Wenn man immer wieder nachfragen muss, ist es frustrierend. Manchmal meinen es Unterstützer*innen zu gut. Was be-



deutet das? Für mich bedeutet es zum Beispiel, dass sie nicht gut zuhören, wenn ich sage: Ich brauche die Unterstützung gerade nicht. Und sie machen es trotzdem.

Zum Beispiel wollen die Unterstützer*innen mit Menschen mit Lernschwierigkeiten immer gemeinsam kochen. Aber wenn ich einen Termin habe, brauche ich das nicht. Dann besorge ich mir unterwegs ein Essen. Oder Freizeitangebote für die Gruppe. Manchmal wird man fast gezwungen, beim Freizeitprogramm mitzumachen. Obwohl ich zum Beispiel lieber gemütlich auf der Couch liegen will.

Oft hat es auch damit zu tun, dass nur bestimmte Unterstützungen angeboten und bezahlt werden. Man muss sie annehmen oder nicht. Die passende gute Unterstützung bekommt man oft nicht.

Zweite Frage: was versteht ihr unter Selbstvertretung, Bettina?

Selbstvertretung bedeutet für uns, dass wir uns für unsere Rechte einsetzen, dass wir sie kennen und dass wir Entscheidungen treffen können, die unser Leben beeinflussen. Ziel der Selbstvertretung ist es, dass wir entscheiden, was wir wollen, und dann einen Plan entwickeln und auch umsetzen, der uns dabei hilft, das Ziel zu erreichen.

Selbstvertreter*innen arbeiten zusammen und unterstützen sich auch gegenseitig.

Wir versuchen mitzusprechen, bei Dingen, die uns betreffen.

Dritte Frage: was ist der Verein „Mensch zuerst“? Was seid ihr und was macht ihr, Alfred?

„Mensch Zuerst“-Vereine sind Selbstvertretungs-Vereine, die von Menschen mit Lernschwierigkeiten selbst geleitet werden. Der Name kommt daher: Menschen mit Lernschwierigkeiten wollen zuerst als Menschen gesehen werden.

Erst dann soll die Behinderung kommen.

Menschen mit Lernschwierigkeiten sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Und sich an der Gesellschaft beteiligen.

Und in der Politik mitsprechen können.

Unser Motto ist: Nichts über uns, ohne uns!

Wir wollen gehört und gesehen werden.

Dafür setzen sich „Mensch Zuerst“-Gruppen auf der ganzen Welt ein.

<https://selbst-vertretung.at/>

Im Jahr 2008 wurde das Netzwerk Selbstvertretung Österreich gegründet. Selbstvertreter*innen aus ganz Österreich haben beim Selbstvertreter*innen-Wochenende das Netzwerk gegründet.

Das Netzwerk Selbstvertretung hat über 230 Mitglieder.

Das Netzwerk Selbstvertretung Österreich ist unabhängig und wird von Menschen mit Lernschwierigkeiten selbst geleitet.

Das Netzwerk Selbstvertretung Österreich hat das Ziel, eine unabhängige Interessenvertretung von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu sein.

Weitere Selbstvertretungs-Vereine und Links:

<https://www.mensch-zuerst.at/>

<https://www.sl-stmk.at/de/projekte/people-first-steiermark.php>

<https://www.viennapeoplefirst-gaw.at/>

<https://www.wibs-tirol.at/>

<https://svz.wien/>

<http://menschzuerst-ktn.at/>

<https://www.wfa-ooe.org/>

Vierte Frage: was sind eure Erfahrungen mit der sozialen Arbeit?

Zum Beispiel mit Unterstützungspersonen oder mit Behörden und Ämtern, Manuela?

Bei der Sozialen Arbeit ist es so, dass wenn ich auf der FH bin und einen Vortrag halte, dann bereite ich ihn zusammen mit einem Sozialarbeiter vor. Und wir halten den Vortrag für zukünftige Sozialarbeiter*innen. Das Interesse der Studierenden ist dann immer sehr groß. Besonders bei dem Punkt, wo ich erzähle, wie ich selbstständiger geworden bin durch die Selbstvertretung. Was ich alles dazugelernt habe. Dafür habe ich vor Jahren eine lange Besprechung gemacht, wo rausgekommen ist, dass ich etwas anderes machen möchte als nur die Werkstättenarbeit. Mein Unterstützer hat das damals in einen der jährlichen Berichte geschrieben und eine Sozialarbeiterin am Amt hat dann eine große Runde eingeladen, damit wir alle schauen können, wie ich zur Selbstvertretung kommen könnte.

Wie hast du eine Arbeit gefunden außerhalb der Werkstätte, Michael?

Ich war bei der Lebenshilfe im Schulbuffet tätig. Mein großer Wunsch war, bei meinem Lieblingsverein (Red Bull Salzburg) ein Praktikum zu machen. Zum Glück war es

möglich und ich habe im Restaurant Bulls Corner mithelfen dürfen. Wir haben dann nachgefragt, ob eine geringfügige Beschäftigung möglich wäre, und nun bin ich schon seit mehr als 7 Jahren dort im Team.

Es macht mich ein bisschen traurig, wenn ich sehe, welche Talente viele meiner Kollegen haben und trotz vieler Versuche hat es nicht geklappt, einen Arbeitsplatz zu finden. Wie hast du es geschafft, eine Wohnung zu finden und ausziehen, Michael?

Mit ungefähr 30 ist der Wunsch, alleine zu wohnen, immer stärker geworden. Meine Mutter und ich haben viele Gespräche mit dem Sozialarbeiter der Lebenshilfe geführt und verschiedene Möglichkeiten überlegt. Durch einen Freund habe ich erfahren, dass ein Wohnprojekt in Salzburg entsteht, das mobil begleitetes Wohnen anbietet. Das ist für mich ideal, weil ich nun seit einem Jahr in einer eigenen Wohnung lebe und dort die Begleitung und Unterstützung bekomme, die ich brauche. Mir war es wichtig, dass die Wohnung in Salzburg ist, weil ich da aufgewachsen bin und schon alles gut kenne.

Aus meiner Sicht gibt noch viel zu tun (Tayfun):

Zum Beispiel bei der Erwachsenenvertretung. Die muss ich noch 3 Jahre haben.

Das Gericht hat gesagt, ich muss das machen.

Sonst hätte ich eine Strafe bekommen. Dann hätte ich kein Handy mehr kaufen können oder ich hätte nicht mehr schwimmen können. Dann hätte ich vielleicht Privatkonkurs machen müssen.

Nur für das Finanzielle habe ich den Erwachsenenvertreter. Aber ich freue mich auch schon, wenn ich ihn wieder loswerde.

Das geht vielen Menschen so. Manche gute Erwachsenenvertreter*innen helfen sogar mit, dass man die Erwachsenenvertretung beenden kann.

Die Erwachsenenvertreter*innen haben oft keine Zeit, weil sie so viele Mappen bearbeiten müssen. Dann ist es keine gute Unterstützung, wenn man niemanden erreicht. Aber es kann auch gute Unterstützung sein, wenn man Schulden hat zum Beispiel.

In Zukunft wollen wir mit Erwachsenenvertreter*innen gemeinsam ein Projekt für Menschen machen, die eine Erwachsenenvertretung haben. Menschen mit Lernschwierigkeiten, die Erfahrung mit Erwachsenenvertretung haben, können anderen Menschen mit Erwachsenenvertretung helfen.

Ein eigenes Selbstvertretungs-Zentrum in Salzburg aufzubauen, wäre auch schon lange unser Ziel.

Und zwei Unterstützungspersonen dafür anzustellen. Damit wir uns auch wieder besser mit den anderen Selbstvertreter*innen in Österreich vernetzen können und zusammenarbeiten.

Und damit wir uns auch wieder stärker einbringen können, bei Dingen, die uns betreffen.

Manuela Kastner, Tayfun Kocabey, Michael Pacher und Alfred Rauchegger

von Mensch Zuerst Salzburg

Michael Hanl-Landa

Lebenshilfe Salzburg; er ist dort für Selbstvertretung und Mitbestimmungs-Projekte zuständig

Berufsbegleitende Studien

Neurokognitionsforschung und Soziale Kompetenz
Master of Science (Continuing Education) – MSc (CE)
5 Semester | 120 ECTS-Punkte

Neurorehabilitationsforschung
Master of Science (Continuing Education) – MSc (CE)
5 Semester | 120 ECTS-Punkte

Universität für Weiterbildung Krens



www.donau-uni.ac.at/kmp



Gelingende Übergänge

- was bedeutet das aus Sicht der jungen Menschen?

Von welchen Schwierigkeiten sind Careleaver im Übergang aus der Jugendhilfe betroffen? Welche Erfahrungen machen sie? In diesem Beitrag wird nicht nur aus den Interviews mit fünf Jugendlichen berichtet, sondern die Jugendlichen selbst kommen ausführlich zu Wort. Eine wichtige Perspektive auf eine wichtige soziale Institution

Güneş **Uzun**, Menno **Baumann**

EINLEITUNG

Für viele junge Menschen ist der Übergang aus der Kinder- und Jugendhilfe ins Erwachsenenleben ein entscheidender Wendepunkt in ihrem Leben. Im fachlichen Diskurs werden sie „Care Leaver“ genannt.

„Als Care Leaver:innen werden junge Menschen bezeichnet, die sich in öffentlicher stationärer Erziehungshilfe (Wohngruppen, Erziehungsstellen, Pflegefamilien oder anderen Betreuungsformen) befinden und deren Übergang in ein eigenständiges Leben unmittelbar bevorsteht. Der Begriff umfasst auch Jugendliche, junge Erwachsene, die diese Hilfesettings bereits verlassen haben und ohne Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe leben.“ (Sievers et al., 2015, S. 9).

Während viele junge Erwachsene in kleinen Schritten ins selbstständige Leben starten - mit elterlichem Rückhalt, Taschengeld und Wäschepaketen - stehen Care Leaver*in-

nen häufig von einem Tag auf den anderen vor einem völligen Neuanfang. Die stationäre Jugendhilfe endet und das eigene Leben beginnt oft ohne Wohnung, ohne Geld, ohne vertraute Bezugsperson und vieles mehr.

Mittlerweile gibt es einige wissenschaftliche Studien zu der Frage, wie dieser Übergang aus fachlicher Sicht zu gestalten sei - letztlich ist doch das Ziel der Jugendhilfe als solche die Befähigung zu einem eigenständigen Leben als Teil der Gesellschaft, und damit ein „erfolgreicher Übergang“ quasi ein Erfolgskriterium für die Bewertung der Effizienz der Hilfe insgesamt. Die subjektive Perspektive, was ein erfolgreicher Übergang überhaupt ist und was dazu beiträgt oder diesen erschwert, ist dabei viel zu selten im Fokus.

Dieser Beitrag stellt die Ergebnisse eines qualitativen Forschungsprojektes dar, in welchem fünf junge Menschen aus stationären Hilfeformen ihre Sicht auf das Care Leaving geteilt haben. Was sie berichten, ist ehrlich, emotional und eine klarer Handlungsauftrag an die Praxis.

FÜR WEN IST „CARE LEAVING“ WANN GELUNGEN?

In der Fachdebatte kursieren viele Begriffe und Idealbilder. Ein gelingender Übergang, das klingt zunächst nach äußeren Rahmenbedingungen wie Wohnung gefunden, Job oder Ausbildung gestartet, finanziell einigermaßen stabil und ohne Schulden. Doch eine solche, an äußeren Zielen zu messende Vorstellung von „erfolgreichem“ Übergang greift zu kurz.

Bereits in tradierten Konzepten der Sozialen Arbeit (vgl. Überblick bei Lambers, 2018) wie z.B. dem lebensweltorientierten Ansatz (Thiersch) oder der Theorie der Lebensbewältigung (Bönisch) stehen Aspekte wie Selbstbestimmung, Streben nach Handlungsfähigkeit und das Gefühl der Selbstwirksamkeit im Vordergrund. Für junge Menschen, die in ihrer Biographie schwierige Phasen und Brüche erlebt haben - was bei Nutzer*innen der Jugendhilfe eher die Regel als die Ausnahme sein dürfte - tritt besonders auch die Fähigkeit, die passenden Ressourcen zur Bewältigung kritischer Lebensereignisse aktivieren zu können, in den Fokus. Insofern scheint das „Life Model“ von Germain und Gitterman diesbezüglich eine ergänzende Rahmentheorie für die Beschreibung des Übergangs aus der Jugendhilfe darzustellen.

DIE SICHT DER BETROFFENEN

Die befragten jungen Menschen bestätigen das: Für sie bedeutet Gelingen nicht Perfektion, sondern, dass sie in der Lage sind, mit „dem Leben klarzukommen“. Hierzu zählt, dass sie sich körperlich gesund fühlen, emotional stabil und sozial eingebunden sind, und wenn sie trotz aller Unsicherheiten ein Gefühl von Kontrolle über ihr Leben entwickeln können. Insofern ist „gelungenes Care Leaving“ aus Sicht der Betroffenen kein in SMART formulierten Hilfeplanziele zu fassendes Konzept, sondern eine Kombination aus Rahmenbedingungen und dem subjektiven Gefühl, über die notwendigen Bewältigungsstrategien und -ressourcen zu verfügen. Um die Befunde des Forschungsprojektes zu den subjektiven Perspektiven auf das eigene Care Leaving hier darzustellen, haben wir vier Überschriften herausgegriffen:

Der Übergang als Stressfaktor

Die jungen Menschen erzählen vom Übergang als einen Moment großer Unsicherheit, aber auch Unabhängigkeit. Viele schildern ihn als „abrupt“ oder „einsam“, teilweise geprägt von fehlender Vorbereitung oder auch von äußeren Krisen. Ein junger Mensch beschreibt ihn als:

Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitswesen auf einen Blick



Blätter der Wohlfahrtspflege

Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit

172. Jahrgang, 2025, erscheint 6 mal jährlich
ISSN 0340-8574

Printabo 2025 inkl. Onlinezugang

für Einzelnutzer:innen: 89,00 € inkl. MwSt.

zzgl. Vertriebskosten Inland 17,50 €/ Ausland 36,- €

Das Abonnement beinhaltet einen Einzelplatzzugang. Die Zugangsinformationen erhalten Sie nach Notierung Ihrer Bestellung direkt vom Verlag. Kündigung ein Monat zum Kalenderjahresende.

Die *Blätter der Wohlfahrtspflege* berichten knapp und dennoch umfassend über wichtige gesellschaftliche, soziale und rechtliche Entwicklungen sowie über fachliche Standards im Sozial- und Gesundheitswesen. Neben grundlegenden Beiträgen stehen Modellbeschreibungen und Arbeitshilfen. Die umfangreichen Fachinformationen bieten Orientierung in allen Tätigkeitsfeldern Sozialer Arbeit sowie in sozialen Diensten und Einrichtungen.

Die Zeitschrift *Blätter der Wohlfahrtspflege* wendet sich an Fachkräfte in der Sozialarbeit, der Sozialpädagogik, der Kinder- und Jugendarbeit, der Sozialwissenschaft, der Sozialpolitik sowie an Amtsleitende, Geschäftsführende und Vereinsvorstände.



QR-Code scannen
und direkt bestellen!

„Ja, also bei mir war das halt eine sehr stressige Zeit, dieser Auszug.“

Die Übergangserfahrungen fallen zwar unterschiedlich aus, werden aber von allen als einschneidend/prägend und intensiv erlebt. Ein anderer junger Mensch sagte:

„Also ich habe mich, glaube ich, nie so richtig vorbereitet gefühlt, weil ich halt immer diese Beheimatung eigentlich so gebraucht habe.“

Emotionale Aspekte des Übergangs

Emotionale Unsicherheiten prägen die Zeit nach dem Auszug. Gefühle von Überforderung, Einsamkeit oder auch Unsicherheiten darüber, was „erwachsen sein“ bedeutet, ziehen sich durch die Erzählungen. Gleichzeitig berichten einige auch von Stolz darüber, es geschafft zu haben, unabhängig zu sein. Besonders auffallend ist, dass emotionale Unterstützung oft als wichtiger empfunden wurde als formale Hilfe: Das wird im Folgenden Zitat deutlich:

„...sondern halt wirklich ernst genommen zu werden in seinem Gefühl und ähm einfach da zu sein, nicht eine Lösung oder so, einfach da zu sein und ähm, ja, dadurch eine verlässliche Person zu sein.“

„Also ich wusste eigentlich innerlich, ich kann das alles, aber es war dann trotzdem immer noch gut, irgendwie so ein Backup zu haben, also sich anzuvertrauen oder mit jemandem noch mal die Dinge durchzusprechen.“

„Oder ich hatte keine Motivation und dann kam keiner der gesagt hat, ey komm mach das. Ich will nicht sagen, dass alles immer mit Geld zu tun hat, aber auch so seelisch echt. Das braucht man. Also die meisten erfolgreichen Leute hatten ein gutes Heim, also ein Heim und wenn die auch arm waren, haben die auch meistens so geschützt, mit unterstützt mit der Seele. Also seelisch ey, du schaffst das, du machst das.“

Die jungen Menschen beschreiben also, dass ihnen vor allem Personen wichtig waren, die einen emotionalen Support geleistet haben. Jemand, der wirklich da ist und motiviert, zählt oft mehr als jeder sorgfältig ausgefüllte Antrag.

Andererseits schildern sie auch viele emotionale Belastungen: Gefühle von Isolation, Überforderung und Unsicherheit sind in dieser Phase keine Ausnahme. Besonders dann, wenn stabile Bezugspersonen oder verlässliche Unterstützungsangebote fehlen, kann der Druck, funktionieren zu müssen, zu Krisen führen.

„Ja, dass ich halt egal wie scheiße es ist, halt eigentlich immer weitermache. Weil es ist halt schon echt ordentlich viel Scheiße in meinem Leben passiert und trotzdem mache ich

weiter und tu eigentlich so, als ob nichts wäre. Und dann auch dieses Durchhaltevermögen, dann halt. Ja gut.

„So und halt, anfangs wird es echt schwer sein. Man muss sich halt echt in den Arsch treten, weil wenn du halt wirklich alleine bist ohne diese Unterstützung, gibt es halt niemanden, der dir in den Arsch tritt. Du musst dir einfach selber in den Arsch treten.“

Unterstützungsangebote im Übergang

Ein drittes wichtiges Thema war die Frage, welche Unterstützungsangebote die jungen Menschen als hilfreich erlebt haben oder sich gewünscht hätten. Die jungen Menschen berichten von sehr unterschiedlichen Formen der Unterstützung, die sie erlebt haben - sowohl innerhalb der Jugendhilfe als auch darüber hinaus. Als hilfreiche Angebote nennen sie stabile Bezugspersonen sowie die Vorbereitung auf Alltagsthemen wie Haushaltsführung und Finanzen. Ebenfalls hilfreich erschien ihnen, vor dem Übergang feste Strukturen gehabt zu haben, die schon zuvor schrittweise an den Prozess der zunehmenden Selbstständigkeit angepasst wurden, aber immer noch so viel Struktur enthielten, dass sie mit in das eigenständige Leben übernommen werden konnten. Dies war z.B. in Verselbstständigungsgruppen für junge Erwachsene der Fall.

Ein weiterer unterstützender Faktor, der in den Interviews genannt wurde, ist der Zugang zu psychotherapeutischer Begleitung. Einige Befragten berichten, dass sie während oder nach dem Übergang therapeutische Hilfe in Anspruch genommen haben oder sich eine solche im Nachhinein gewünscht hätten. In der Rückschau gab es eben nicht nur Herausforderungen des alltäglichen Lebens, sondern auch belastende Erfahrungen, einen Bedarf an emotionalen Stabilisierungen oder eine Notwendigkeit an Unterstützung bei psychischen Krisen.

„Therapie und halt eben einfach Menschen, die mir gezeigt haben, dass sie da sind und bleiben. Also tatsächlich, ähm, wie man das so schön nennt, korrigierende Beziehungserfahrungen.“

„Also psychisch auf jeden Fall. Weil durch dieses Alleinsein dann mit diesen ganzen Problemen und so ist mentale Gesundheit und Psyche ja auch schon manchmal eine echt große Herausforderung. Ja dann auch noch mit den ganzen Dingen, die man ja dann noch in seiner Kindheit erlebt hat. Dann auch die Gründe, warum man überhaupt in die Wohngruppe gezogen ist, kommen ja ganz viele Dinge ja noch miteinander zusammen. Auf jeden Fall psychische Begleitung.“

Vor allem aber die Nachbetreuung durch die Jugendhilfe selbst und der Wunsch nach einer verlässlichen Begleitung über das 18. oder 21. Lebensjahr hinaus sind aus Sicht der Jugendlichen unerlässliche und zugleich förderliche Faktoren. Aus Sicht der jungen Menschen ist es eben

hilfreich, wenn die Hilfe nicht durch einen festen und formalen Endpunkt zum Abschluss gebracht wird. Vielmehr wünschen sie sich eine flexible Überleitung und idealerweise sogar eine Rückkehroption in die zuvor vertraute Hilfe, wenn größere Krisen auftreten. Schrittweise Vonselbstständigkeit in hierauf eingestellte Gruppen und engagierte Fachkräfte, die auch nach Ende der Maßnahme den Kontakt halten, werden in diesem Zusammenhang als besonders unterstützend beschrieben.

„Und dann wollte ich eigentlich noch mal Unterstützung haben. Aber dadurch, dass ich drei Monate schon raus war, bin ich nicht mehr in die Jugendhilfe reingekommen.“

„Ja bis heute, dass die immer noch ein wichtiger Teil meines Lebens ist und wir auch immer noch Kontakt haben. So ab und zu und das ist so nach zehn Jahren immer noch so sehr schön. Ja.“

Die persönliche Entwicklung

Ein viertes wichtiges Thema der jungen Menschen im Rückblick auf ihren Übergang war die Reflexion der eigenen persönlichen Entwicklung. Die Entwicklungsverläufe der befragten Care Leaver*innen sind vielfältig, weisen jedoch auch zentrale Gemeinsamkeiten auf. Die Übergangphase markiert für alle einen Wendepunkt. Sie sehen sich plötzlich in der Verantwortung, eigenständige Entscheidungen zu treffen und ihr Leben selbst zu organisieren. Diese plötzliche Selbstständigkeit wird häufig als herausfordernd, mitunter überfordernd, erlebt. Gleichzeitig berichten viele von wachsender Selbstverantwortung, die ihnen ein Gefühl von Kontrolle und Reife vermittelt. Die beschleunigte Entwicklung, oft „frühes Erwachsenwerden“ genannt, ist ein zentrales Thema in den Erzählungen der jungen Menschen.

„Dadurch, dass ich schon immer gut selbstständig, also selbstständig (...) durchs Leben gehen konnte (...) war das meine größte Stärke“

„Das war alles sehr, sehr, sehr stark durchgetaktet und strukturiert, was mir damals sehr viel Sicherheit gegeben hat, dass ich (...) eben mich nicht so viel mit meinem Emotionalen auseinandersetzen musste und halt auch die Dinge hinbekommen habe“

Die Interviews zeigen, dass dieser Prozess ambivalent ist. Einerseits berichten die jungen Menschen von gestärkter

Selbstwirksamkeit, wachsendem Selbstbewusstsein und der Fähigkeit, Probleme eigenständig zu lösen. Sie entwickeln Kompetenzen wie Organisationstalent, Resilienz und soziale Fähigkeiten, die ihnen helfen, mit schwierigen Situationen umzugehen. Ihre früheren Erfahrungen mit Verantwortung und der Umgang mit Rückschlägen werden häufig als prägend beschrieben.

Andererseits, wie bereits oben beschrieben, spielt die Erfahrung, sich plötzlich selbst motivieren und strukturieren zu müssen, eine entscheidende Rolle bei der Frage, ob es gelingt, in der Jugendhilfe Gelerntes in einen Prozess des „Erwachsenwerdens“ zu übersetzen.

Auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie spielt in dieser Phase verstärkt eine Rolle. Viele nehmen den Übergang aus der Jugendhilfe zum Anlass, ihr bisheriges Leben, Familienbeziehungen, Erfahrungen in den Einrichtungen und persönliche Brüche zu reflektieren. Dieser Prozess ist kein linearer Weg, sondern ein bunter Blumenstrauß. Er ist geprägt von Ambivalenz zwischen Aufbruch und Unsicherheit, Selbstständigkeit und dem Wunsch nach Halt.

„Man muss sich auch bisschen damit abfinden, dass die Menschen kommen und gehen. Also muss man so ein bisschen. So auch so. Umso älter du wirst, realisierst du. Okay, du hast schon so viele Leute kennengelernt. Ja, so, und ich finde, das ist einfach nur so: es war eine schöne Zeit. Ich danke euch und ciao. Ich weiß, es hört sich jetzt ein bisschen so harsch an, aber ich finde, das passt. Und ich finde das heißt ja nicht, dass man schlecht auseinandergegangen ist. Es ist einfach nur ein neues Kapitel, würde ich sagen.“

„Und wo ich gemerkt habe so: Boah, ich bin gar nicht an der Ursache, am Kern, was ich erst wirklich vor, ich glaube fünf oder sechs Jahren, angefangen habe zu verstehen. Also eigentlich erst mit dem Tod meines Vaters, dass ich nicht das fucking Problem bin. Also ich bin nicht ohne Grund Symptomträger der Familie geworden. So erstmal zu verstehen: Wo liegt denn eigentlich die Ursache und warum bin ich eigentlich so wie ich bin und dass ich vielleicht aufgrund meiner Persönlichkeit, weil ich halt eher halt sensibler angehaucht bin, sich das so geäußert hat. Aber das halt, ähm, ja, dass ich auch durch diese Verhaltensänderungen, die ja auch zu dem Zeitpunkt gut waren und die auch immer noch trotzdem wichtig sind, trotzdem nur etwas überlagert habe (...“

Literatur

Lambers, H. (2018). Theorien der Sozialen Arbeit. Opladen & Toronto: Verlag Barbara Budrich, 4. Aufl.

Sievers, B., Thomas, S. & Zeller, M. (2015). Jugendhilfe – und dann? Zur Gestaltung der Übergänge junger Erwachsener aus stationären Erziehungshilfen. Ein Arbeitsbuch. Frankfurt am Main: IGFH.

AUSBLICK: WÜNSCHE UND FEEDBACK VON CARE-LEAVER*INNEN ALS AUFTRAG

Die Perspektiven der befragten Care Leaver*innen machen deutlich: Der Übergang aus der Jugendhilfe ist eine enorme individuelle Herausforderung, aber gleichzeitig auch ein komplexer Prozess, der stabile Rahmenbedingungen erfordert. In den Interviews zeigen sich wiederkehrende Themen, die als zentrale Anliegen formuliert wurden.

An erster Stelle steht der Wunsch nach existentieller Sicherheit, insbesondere bezahlbarer Wohnraum und Unterstützung bei der Wohnungssuche sind aus Sicht der jungen Menschen essenziell. Auch finanzielle Stabilität spielt eine zentrale Rolle: Neben verlässlicher Grundversicherung braucht es mehr Unterstützung im Umgang mit Geld, in dem sich die Jugendlichen zum Zeitpunkt des Übergangs tendenziell überschätzt zu haben scheinen.

„Ich wünsche mir, ich hätte mein Geld nicht so dumm ausgegeben. Aber als Kind. Ja, das hat mir einigen Ärger erspart. Und das war's schon. Sonst bin ich eigentlich ziemlich zufrieden mit mir selber.“

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die berufliche und schulische Perspektive. Die Befragten betonen die Bedeutung von Bildung und Zugang zum Arbeitsmarkt, nicht nur als Mittel zur Selbstständigkeit, sondern auch zur gesellschaftlichen Teilhabe und Struktur. Zudem wird der Wert verlässlicher Beziehungen deutlich: Mentoring, Beratung und Bezugspersonen, die auch nach Ende der Maßnahme präsent bleiben, geben Halt und Orientierung. Ein gelingender Übergang braucht laut den jungen Erwachsenen keine abrupte Trennung, sondern eine nachhaltige Begleitung mit Rückkehroption.

„Also auf jeden Fall nicht aufgeben, egal wie schwer es ist, es wird immer eine Lösung geben für alles. Auch wenn man die erstmal nicht sieht und es wirklich schwierig ist. Aber man kommt immer irgendwie raus. Vor allem, wenn man eine vertraute Person hat, mit welcher man über alles reden kann, offen reden kann, Vertrauen aufgebaut hat. Das ist wichtig.“

Entscheidend scheint das Gefühl, dass die Mitarbeitenden der Jugendhilfe nicht einfach einen Job gemacht haben, der mit einer abrupten Beendigung der Hilfe von einem Tag auf den anderen endet (Stichwort: bezahlte Beziehungen), sondern dass die Ansprechbarkeit in der Tat auch eine persönliche und verantwortliche Note trägt.

Abschließend äußern viele den Wunsch, aktiver gehört zu werden. Sie fordern mehr Mitgestaltung in der Entwick-

lung von Hilfsangeboten und den Abbau von bürokratischen Hürden.

Gerade die subjektiven Erfahrungen sind wertvoll über den Einzelfall hinaus. Die jungen Menschen in den Interviews blicken positiv auf ihre Jugendhilfezeit und den Übergang zurück, und können dennoch präziser beschreiben, was sie in dieser Zeit bewegt hat, als es Fallanalysen aus fachlicher Expert*innensicht können. Dass Care Leaver*innen zunehmend beginnen, ihre Erfahrungen einzubringen, um die Situation für künftige Generationen leichter zu machen, ist wertvoll - gerade bei denjenigen, die selbst gute

Erfahrungen gemacht haben und dennoch viel Empathie aufbringen für diejenigen, die es schwer haben.

„Und ich glaube, dass dadurch, dass ich eine gute Erfahrung hatte, ich glaube, ich auch weiß, wie wichtig Jugendhilfe ist und wie wichtig ist, dass es diese Unterstützung gibt und dass die auch immer wichtig sein sollte und wie viel. Weil wie Sie es jetzt auch auf der anderen Seite, so wie viel Arbeit es auch trotzdem ist, und dass das nicht einfach nur Menschen sind, die da sind und ja mal sagen: mach hier, mach das! Sondern das ist halt ein ganz wichtiger Rahmen, der einem es ermöglichen kann, später ein gelingendes Leben zu führen.“

Ein gelingender Übergang beginnt nicht mit dem Ende der Hilfe, sondern mit dem Aufbau tragfähiger Strukturen, die junge Menschen auch danach begleiten. Wichtig ist dabei in der fachlichen Reflexion: Für die Fachkraft ist es ein Job, für die jungen Menschen das Leben.

»Der Übergang aus der Jugendhilfe ist eine enorme individuelle Herausforderung, aber gleichzeitig auch ein komplexer Prozess, der stabile Rahmenbedingungen erfordert.«

Günes Uzun, M.A.

Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe Fließender Fachhochschule in Düsseldorf, Sozialarbeiterin in einer stationären Verselbstständigungsgruppe in Bonn; guenes.uzun@hotmail.de



Professor Dr. phil. habil. Menno Baumann

Professur für Intensivpädagogik sowie Leiter des Forschungsbereiches "Interdisziplinäre Gewaltforschung" am Forschungsinstitut der Fließender-Fachhochschule Düsseldorf; Sachverständiger für Familienrecht, Diagnostiker, Berater und Referent am Zentrum für Pädagogisches Verstehen in Oldenburg; baumann@fliedner-fachhochschule.de



Gefängnis ist eine gro

Es ist schwer was aus meinen
gefängnisalltag zu erzählen weil
es ist jeden tag das gleiche man muss
um 6 uhr aufstehn um 7 duschen
Aber nur Montag mitwoch und freitag
dan jeden tag um 9.30 spazieren
nach dem spazieren ~~10.30~~ 11.30
mitag essen und dan ist der tag
vorbei

Ich hab mich beim fuß
musste 3 tage mit schmerz
bis ich endlich zum arzt
bin hat er das nicht mehr
behandelt er hat mir
gegeben und hat mich
geschickt

Der kontakt zu meiner mama hat sich verändert
am anfang hab ich meine mama immer angefragt
Doch vor kurzen hab ich ihr die wahrheit gesagt
und sie hat wieder das erste mal abgeblockt
aber das 2 telefonat hat sie sich entschuldigt
und mir recht gegeben Das war ein gutes gefühl
vorallem hat sie auch gesagt sie ist stolz
auf mich ist ich glaube der kontakt wird wieder besser

Ich bemü mich jeden tag
Kriminell zu sein Doch ich
geht es nicht Deswegen
immer noch menschen lieb

Ich will ein neues leben leben
Ich will ein job haben
Ich will ein zuhause haben
Ich will eine glückliche familie haben
Ich will ein leben ohne Drogen leben

mir war bis jetzt immer wichtig ein großen
namen zu haben und hab mir von niemanden
was gefallen lassen Doch vor kurzen gab es
ein vorfall wo ich offensichtlich provoziert
geworden bin aber dieses mal hab ich
an meine endlassung gedacht hab mich
um getreht und bin gegangen

große Katastrophe

ich freu mich auf die erklärung

er letzt und
erzen warten
gekommen
richtig
er ein überband
ieder auf zelle

zu besser und nicht mehr
hab bemerkt ohne hilfe
bin ich dankbar das es
dir andere helfen

Dieser Beitrag der Perspektivenwechsel-Ausgabe ist ein besonderer. Die Person, die hier von sich erzählt, ist in einer Justizanstalt eingesperrt.

Gegenwärtig befinden sich in Österreich rund 100 - 120 Jugendliche unter 18 Jahren in Justizanstalten, bei den jungen Erwachsenen (unter 22 Jahren) sind es 337. Der Großteil der Jugendlichen ist für weniger als sechs Monate inhaftiert, häufig wegen Delikten gegen fremdes Vermögen, vor allem Raub und Diebstahl, so die Volksanwaltschaft in ihrem Wahrnehmungsbericht von 2022. Dort steht auch, dass die Zahl der Jugendlichen in Haft seit 2016 tendenziell rückläufig ist.

Die Stimmen von Menschen, die in geschlossenen Einrichtungen untergebracht sind, werden oft nicht gehört. Sie werden von der Gesellschaft ausgeschlossen. Ein junger Erwachsener, 18 Jahre alt, erzählt bruchstückhaft aus dem Alltag in der Justizvollzugsanstalt.





Wenn Hilfen nicht helfen, sondern...

Subjektive Blickwinkel junger Menschen im Drehtüreffekt auf ihre eigenen Abbrucherfahrungen

Warum brechen Jugendliche verschiedene Hilffssysteme ab? Wie nehmen sie ihre Situation in den Einrichtungen wahr und vor allem wie werden sie wahrgenommen? In diesem Beitrag wird auf Interviews mit Jugendlichen zurückgegriffen und lässt sie auf diese Weise zu Wort kommen. Ein Perspektivenwechsel, der auch das Agieren und die Kommunikation von Hilffssystemen kritisch hinterfragt.

Corinna **Butzin**, Menno **Baumann**

EINLEITUNG

Abbrüche in der Jugendhilfe sind ein präsenes Thema. Einige junge Menschen durchlaufen dabei einen Prozess, bei dem eher die Bezeichnung „Drehtüreffekt“ als Beschreibung der eigenen Biographie, inklusive vieler Abbrüche innerhalb der verschiedenen Hilffssysteme sowie auch im privaten Umfeld, zutrifft. Diese Prozesse führen zu einer Art Pendelbewegung zwischen Ursprungsfamilie, verschiedenen Formen der Unterbringung in psychiatrischen und Jugendhilfeeinrichtungen, punktuell auch Inhaftierungen oder, im Extremfall, zur Obdachlosigkeit (Schneider et al., 2025; Baumann, 2019).

Im Rahmen eines Dissertationsprojektes (Butzin, i. Vorb.) wurden 21 junge Menschen mit durch massive Brüche und langen Phasen der Perspektivlosigkeit geprägten Hilffever-

läufen interviewt mit dem Ziel, die subjektiven Perspektiven der betroffenen Jugendlichen zum Thema „Drehtüreffekt“ herauszuarbeiten und damit den jungen Menschen selbst eine Stimme innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses zu geben.

DIE SUBJEKTIVE PERSPEKTIVE AUF ABBRÜCHE

Abbrüche waren ein zentraler Aspekt, über den die Jugendlichen in den Interviews gesprochen haben. Die meisten Wechsel der Lebensorte wurden von den jungen Menschen als Abbruch erlebt. Gab es dagegen geplante Übergänge, hatte dies eine völlig andere Erlebensqualität (siehe den Beitrag von Uzun & Baumann in dieser Ausgabe). Aus den hier vorgestellten Interviews konnte ein differenziertes Modell entwickelt werden, welche Motive, Auslöser und Dynamiken den Abbrucherfahrungen aus ihrer subjektivi-

ven Sicht innewohnen. Prägend für die Interviews ist, dass nahezu alle Betroffenen Erfahrungen gemacht haben, in dem sie den Abbruch provoziert und mehr oder weniger gezielt herbeigeführt haben, und genauso Abbrüche erlebt haben, die sie explizit nicht wollten und die im Nachhinein starke Gefühle von Verzweiflung, Enttäuschung bis zu Gefühlen des Verrats auslösten. Eine grundlegende Clustering der Abbrucherfahrungen zeigt Abbildung 1.

AKTIVE MITGESTALTUNG VON ABBRÜCHEN

Eine erste Gruppe von Erzählungen enthält den „Abbruch als Inszenierung“. Hierunter kann eine bewusste und willentlich herbeigeführte Eskalation verstanden werden, von der der junge Mensch auch ausging, dass sie zur Beendigung der Hilfe führen wird. Die Befragten berichteten, welche Strategien sie genutzt haben, wenn sie eine Einrichtung verlassen wollten. In der Regel waren die jungen Menschen zu diesen Zeitpunkten in der Eskalation ihres Hilfeverlaufes schon fortgeschritten und kannten die Strukturen und Eigenschaften der Jugendhilfe gut genug, um zu wissen, was sie tun müssen, um die aktuelle Einrichtung verlassen zu müssen. Michal (Namen verändert) (17 Jahre) beschreibt diese Art von Abbruch folgendermaßen:

(P): Ich war ein Kind. Ich war allein. Ich war hilflos. Was sollte ich großartig tun? Ich hatte keinen. Und ich hatte auch nicht viele Möglichkeiten eigentlich. Halt, wenn ich nach deren, schön gesagt, so nach deren Pfeife getanzt hätte, dann würde ich vielleicht jetzt hier nicht mit Ihnen sitzen, sondern in einer weiteren Jugendhilfeeinrichtung, ich weiß nicht,

wohnen und so. Ergibt keinen Sinn, so.

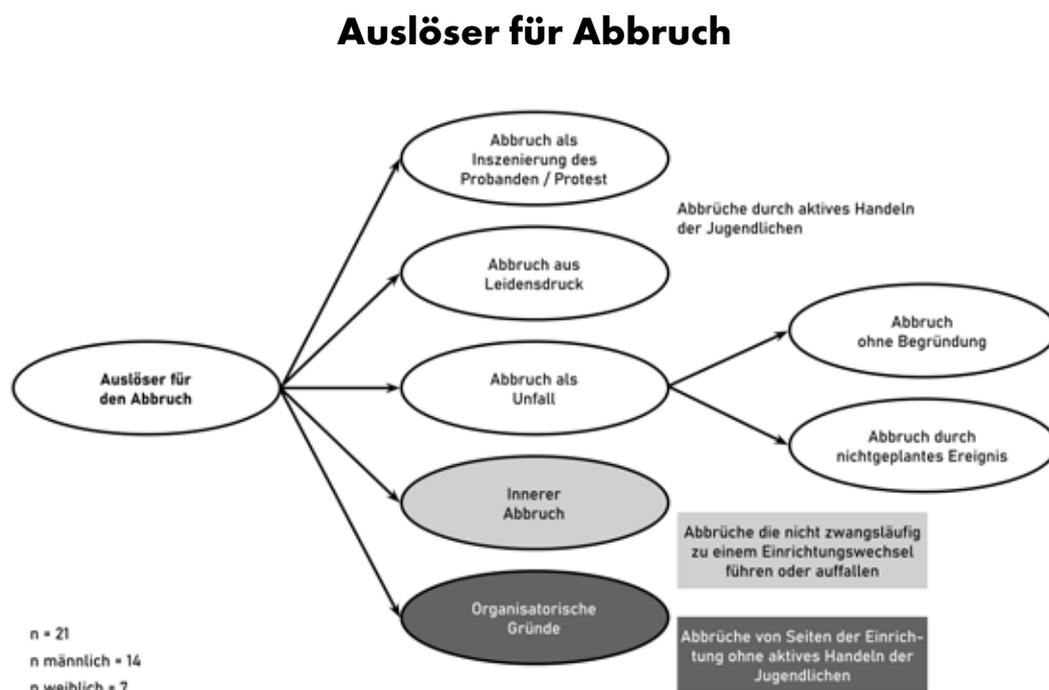
(I): Das heißt, die, deine, ich nenne es jetzt mal ganz platt Aufsässigkeit, war für dich auch ein Mittel, um so ein bisschen selbst entscheiden zu können oder warum hast du das gemacht? [...]

*(P): Ich habe das alles gemacht, um zu versuchen meinen Willen wirklich durchzusetzen, so. Ich wollte zeigen, was ich brauche. [...] Und das kann ich zum Beispiel erreichen, indem ich Scheiße mache. Halt, hätte ich mich nach dem Konzept gehalten, hätte ich niemals hier diese Chance bekommen [Projekt, in dem er sich aktuell wohl fühlt; Anm. d. Autor*innen]. (Michal, 17 J.)*

Der Abbruch als Inszenierung setzt starke Emotionen voraus, welche für die Jugendlichen Energie und Antriebsfeder sind. Sie wollen die aktuelle Lebenssituation verändern. Eine mögliche Lösung erscheint ihnen in dem Moment der provozierte/ erzwungene Wohnortwechsel. Im Gegensatz zu den anderen Abbrüchen wird diese Veränderung absichtsvoll beeinflusst. Die Strukturen der Jugendhilfe sind bekannt und werden genutzt.

Das zweite Muster, das sich in den Interviews klar widerspiegelt, ist der „Abbruch aus Leidensdruck“. Leidensdruck wird dabei verstanden als eine starke Einschränkung der Lebensqualität durch die Hilfe selbst oder durch mit der Hilfe zusammenhängende Randbedingungen, die aber nicht veränderbar erscheinen. Die Probleme, die die Proband*innen beschrieben, lassen subjektiv keine andere Wahl zu, als Verhalten zu zeigen, das die Möglichkeit eines „Rauschmisses“ in Kauf nimmt. Die Kontexte sind dabei

Abbildung 1



vielfältig. Emma (18 Jahre) berichtet, dass sie einen Suizidversuch aufgrund von Mobbing durch Mitbewohnerinnen unternahm und aus diesem Grund aus der Einrichtung entlassen wurde:

(P): Und die Mädchen, mit denen ich halt zusammenge-wohnt habe, die haben mich halt versucht rauszumobben. Haben sie mir gesagt, dass sie mich nicht haben wollen. Und ähm ich habe ungefähr sieben Monate dort gewohnt, bis ich dann halt keine Kraft mehr hatte und Suizidversuch hatte und dann rausgeschmissen wurde. (Emma, 18 J.)

Von einer anderen Art des Leidensdruckes berichtet Simon (15 Jahre). Er zog die Obdachlosigkeit der Wohngruppe der Jugendhilfe vor.

(P): Kam ich wieder in die [Inobhutnahmestelle]. (Lacht). Da war ich dann auch wieder einen Monat, bis mir irgend-eine Betreuerin auf den Sack gegangen ist. Anstatt der eine reinzuhauen, bin ich lieber abgehauen. Dann war ich acht Monate auf der Straße, jetzt bin ich hier.

(I): Okay. Und was hat die Betreuerin gemacht?

(P): Die hat mich vor allen anderen runtergemacht. (Simon, 15 J.)

Auch wenn diese Äußerung von Simon im Rahmen der Interview-Studie nicht einem Realitätsabgleich unterzogen werden kann und sicherlich so auch zunächst einmal etwas flapsig und bockig klingen mag, beschreibt er hier doch in sehr einfachen Worten eine Erfahrung, die sich durch nahezu alle Interviews hindurchzieht: Das Gefühl, im Falle von Konflikten mit Mitarbeiter*innen oder einer erlebten schlechten Behandlung durch eben diese keine Chance auf eine fair geführte Auseinandersetzung zu haben, sondern ausgeliefert zu sein. Ein einfaches „Zurückstecken“ wird dabei mit zunehmender Zeit in den Einrichtungen immer schwieriger und die Flucht in den (zumindest einkalkulierten) Abbruch bleibt die einzige Option, seine Identität zu wahren.

EHER PASSIV ERLEBTE ABRÜCHE

Neben diesen beiden Abbruchformen, die im Rahmen eines eskalierenden Hilfeverlaufs von den Jugendlichen mehr oder weniger bewusst mitgestaltet werden und mit der Zahl der Einrichtungswechsel auch immer wahrscheinlicher zu werden scheinen, gibt es aber auch Varianten von Abbrucherfahrungen, bei denen sich die jungen Menschen selbst in der Rolle des/ der hilflosen Zuschauer*in erleben.

Eine erste Form stellt der „Abbruch als Unfall“ dar. Innerhalb dieser Kategorie kann noch einmal unterteilt werden in „Abbruch ohne Begründung“ und „Abbruch durch ein nicht geplantes Ereignis“.

Der „Abbruch ohne Begründung“ beschreibt einen Abbruch, der von der Einrichtung ausgeht, bei dem die Jugendlichen retrospektiv nicht verstehen, warum es zu der

Entscheidung des Abbruchs gekommen ist. Kennzeichnend ist, dass die Jugendlichen selbst benennen, keine Begründung erhalten zu haben, sondern vielmehr abrupt vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Auch wenn schwer vorstellbar ist, dass innerhalb der Hilfen in derartiger Dichte, wie es die Jugendlichen in den Interviews abbilden, gar nicht gesprochen wurde, so zeigt diese Kategorie aber eindeutig ein Kommunikationsdefizit der Hilfesysteme, vor allem der Jugendhilfe, an: Wenn sich dieses Thema wie ein roter Faden durch 21 Interviews mit Jugendlichen, die sich untereinander nicht kennen, zieht, so kann dies doch als eindeutiger Beleg gewertet werden, dass es uns allzu oft nicht gelingt, gerade in äußerst schwierigen Phasen der Hilfe so mit den jungen Menschen in Kommunikation zu treten (bzw. zu bleiben), dass diese uns, unsere Anliegen und mögliche Bedeutungen von Prozessen für ihr weiteres Leben auch wahrnehmen und verstehen.

Für den weiteren Hilfeverlauf haben diese subjektiven Erfahrungen eine hohe Bedeutung: Sie führen zu Frustration und Enttäuschung, da der Abbruch und somit das Verlassen der Einrichtung überraschend kommt und es aus Sicht der Jugendlichen auch keinen erkennbaren Anlass für einen Wechsel gibt. Der Wechsel ist in der Regel nicht gewollt und führt zu einem massiven Vertrauensverlust zu Betreuer*innen und dem ganzen Jugendhilfesystem. Diese Erfahrung wiederum macht das Einlassen auf weitere Hilfen umso schwieriger und provoziert spätere aktive Abbruch-Inszenierungen.

Tatjana, 18 Jahre, berichtet von diesen überraschenden Abbrüchen, von denen sie noch zum Zeitpunkt des Interviews nicht wusste, aus welchem Grund sie die Einrichtungen verlassen musste.

(P): Ähm, also, in der ersten Wohngruppe, das war halt so, die haben mir gesagt, dass ich jetzt ein Zuhause habe und dass sie nicht so schnell rauschmeißen. Haben mich dann nach sechs Wochen rausgeschmissen. Und in der anderen Wohngruppe war das genauso und ich hätte es niemals gedacht, dass ich so schnell da rausfliege, weil die haben, die haben wirklich auf Regeln, so die haben sich, also denen war das egal, wenn man sich nicht an die Regeln gehalten hat. Und dann bin ich trotzdem rausgeflogen. Warum, weiß ich bis heute nicht so richtig.

(I): Obwohl die dir vorher gesagt haben, sie würden dich nicht rauschmeißen?

(P): Ja, also die meinten, dass es nur in sehr extremen Fällen Leute gibt, die rausgeschmissen werden. Und ich habe eigentlich genau, genau das andere gemacht, was die anderen auch gemacht haben und ich bin rausgeflogen. (Tatjana, 18 J.)

Die zweite Untergruppe der Abbrüche als Unfall ist der Abbruch durch ein nicht geplantes Ereignis (also im klassischen Sinne: Unfall). Dies war mit Abstand die häufigste Abbruch-Ursache, die die befragten Jugendlichen benannten. Alle Probanden (n = 21) haben angegeben, dass sie mehrfach diese Abbrüche erlebt haben. Diese finalen

Eskalationen waren von den Jugendlichen weder geplant noch gewollt, da sie sich in der aktuellen Einrichtung wohl fühlten und gerne geblieben wären.

Malik (15 Jahre) und Pascal (16 Jahre) fassen die Problematik dieser Abbruchart zusammen. So liegt die Ursache bei Malik in seinen emotionalen Reaktionen:

*(P): Also ich war in einer [Einrichtung; Anm. d. Autor*innen] zufrieden. Also, ich war, das war in [Stadt] in einer Wohngruppe und da war ich auch eigentlich zufrieden. (Zögert) Ich habe trotzdem so Stress immer, auch wenn ich zufrieden bin. Da habe ich mich zum Beispiel mit dem Betreuer geschlagen und so. Weil, wenn der zum Beispiel, wenn der mir Anweisungen gibt, mag ich das auch nicht, wenn mir jemand so Anweisungen gibt. Und sagt, mach das und mach das, mach ich auch nicht. Oder wenn ich was haben will und dann er sagt nein oder so, dann mach ich das auch nicht, dann werde ich aggressiv und so. (Malik, 15 J.)*

Pascal berichtet von einem Zwischenfall, den er als Unfall einsortiert, der zu seiner Entlassung aus der Einrichtung führte.

(P): Weil einmal wurde ich rausgeworfen, weil ich jemandem aus Versehen die Hand eingeklemmt hatte. Das war also so ein richtiges scheiß Gefühl, weil ich halt null damit zu tun hatte, eigentlich. Was heißt null damit zu tun. War nicht meine Schuld, war nicht meine Absicht. (Pascal, 16 J.)

Eine Sonderstellung nehmen die „Inneren Abbrüche“ ein. Aus Sicht der Jugendlichen sind innere Abbrüche schon reale Abbrüche - allein aus Mangel an Alternativen oder Angst vor den Konsequenzen (oft eher zu Beginn der Hilfeverläufe) gehen sie eben nicht den aktiven Weg der Inszenierung, sondern gehen in den Rückzug. Sie haben aufgegeben und fügen sich den Gegebenheiten. Von außen betrachtet wirken sie teilweise unauffällig, teilweise im Widerstand auf niedrigem Level, weshalb die Jugendhilfe diesen Zustand oft noch nicht als Abbruch einstuft.

Michal (17 Jahre) beschreibt die Hilflosigkeit und die Kapitulation, die zu dem inneren Abbruch führt:

(P): Tatsächlich habe ich die Emotionen in mir dringelassen und versucht, sie so gut wie möglich nicht rauszulassen. Ähm, ich habe mich halt so meinem Schicksal entgegengestellt. Ich habe gesagt: Okay, ich habe ja eh kein Mitspracherecht. Was soll ich machen? Und wenn ich dann etwas gemacht habe, dann hieß es: aggressiv, angreifend und so etwas. (Michal, 17 J.)

Die fünfte Abbruchart ist der „Abbruch aus organisatorischen Gründen“. Dieser Abbruch konnte in der durchgeführten Studie nicht auf den realen Kontext hin überprüft werden. Er beruht also auf den rückblickenden Vermutungen der Proband*innen. Der „Abbruch aus organisatorischen Gründen“ wird von den Einrichtungen ohne Betei-

ligung der Jugendlichen entschieden und umgesetzt und beruht, nach Annahme der Jugendlichen, beispielsweise auf einer vorgegebenen Altersstruktur oder betrifft das Image der Einrichtung, welches durch Vorfälle in der Region oder gegenüber Jugendämtern gefährdet erscheint.

Leonie (17 Jahre) berichtet von den vermuteten Altersgrenzen, worüber jedoch keiner der Betreuer*innen mit ihr gesprochen hat.

(I): Wurde dir das oder diese Gründe, wurden die dir denn gesagt, wenn gesagt wurde, so, nächste Woche oder übermorgen oder wie auch immer musst du umziehen. Wurde dann sofort klar gesagt, das liegt jetzt daran, dass du zu alt bist, dass du zu lange hier bist oder (P): Nein.

(I): Hast du das im Nachhinein rausbekommen?

(P): Ähm, ich hab das eher im Nachhinein raus bekommen, auch bei anderen Bewohnern und so weiter. Die sind alle ungefähr in dem Alter in die nächste Gruppe gezogen oder ah von der, in diesem zeitlichen Rahmen so. (Leonie, 17 J.)

Jaqueline (20 Jahre) vermutet, dass sie die Einrichtungen teilweise verlassen musste, um einen Imageschaden zu verhindern.

(I): Das heißt, du bist immer wegen Alkoholkonsum rausgeflogen?

(P): Hm. Oder wenn du, auch wegen Selbstverletzungen, weil die dann, ja, irgendwann schon ziemlich tief waren. Ähm, und, ja, weil ich auch ähm chronische Suizidgedanken hatte. (4 Sek.). Die hatten halt immer die Sorge, dass ich mich in der Einrichtung umbringe, und ja, wenn das sich herumspricht, will doch keiner mehr ein Kind in die Einrichtung bringen. (Jaqueline, 20 J.)

Auch in dieser Gruppe von Abbrüchen zeigt sich noch einmal ein eklatantes Kommunikationsdefizit: Den jungen Menschen ist mehr oder weniger klar, dass sie „nichts falsch gemacht haben“ (was auch immer das im Kontext Jugendhilfe bedeuten mag) bzw. dass weniger ihr konkretes Verhalten als die Angst vor der Reaktion Dritter den Ausschlag für die Entscheidung gegeben hat. Dennoch sind ihnen diese Prozesse wenig klar, die Entscheidungsgrundlagen nicht immer transparent und vor allem sind die jungen Menschen mit den Emotionen, die auch durch diese strukturellen Wechsel ausgelöst wurden, vollkommen allein.

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorgestellte Clusterung zeigt auf, dass Abbrucherfahrungen von jungen Menschen im Hilfesystem durchaus differenziert werden können und müssen. Die Interpretation dieses Aspektes innerhalb des Interviewkorpusses konnte teilweise auf wissenschaftliche Vorarbeiten aufbauen (Baumann, 2019; Sewing 2013), zeigt aber auch aufgrund des Umfangs des Datensatzes, dass weitere Differenzierungen möglich sind und vor allem eine weitere Betrachtung der emotionalen Verarbeitung der unterschiedlichen Abbruch-Typen bedeutsam erscheint (Butzin, i.Vorb.).

Den Jugendlichen wird häufig unterstellt, dass sie „das System sprengen“ (siehe „Systemsprenger-Diskurs“) und mehr oder weniger absichtlich den Weg maximalen Widerstandes suchen. Die Interviews zeigen jedoch, dass die inszenierten Abbrüche einen recht kleinen Ausschnitt von Erfahrungen beschreiben, und dass diese aus einer genauen Kenntnis des Systems heraus entstehen, welches zuvor in den anderen Varianten kennengelernt wurde. Ihr Motor sind zuvor erlebte Enttäuschung, Wut und Vertrauensverlust. Dann führen oft von außen betrachtet eher kleinere Dynamiken der Unzufriedenheit direkt in die Eskalation. Die Hoffnung, dass sich ihre Situation bei einem Wechsel bessert, oder dass ein Leben ohne Hilfesystem/ Betreuung lebenswerter und selbstbestimmter sei, sind ausschlaggebende Antriebsfeder für die oft wirkmächtigen Inszenierungen.

Der Abbruch aus Leidensdruck dagegen ist eine Art der Kapitulation. Die Jugendlichen halten die Situation in den Einrichtungen nicht mehr aus und suchen einen Ausweg, der als das „kleinere Übel“ bewertet wird.

Der Abbruch als Unfall, die größte Gruppe an Erfahrungen, zeigt auf, dass die Jugendlichen nicht freiwillig die Einrichtungen wechseln, sondern dass sie in Situationen geraten, die dies auslösen, aber weder gewollt noch provoziert sind.

Der innere Abbruch verdeutlicht die reine Kapitulation. Die Jugendlichen funktionieren so, wie es die Einrichtungen zu erwarten scheinen. Dieser Zustand wird oft lange aufrechterhalten, da die Einrichtungen selbst den emotionalen Zustand der Jugendlichen kaum zu registrieren scheinen.

Zuletzt zeigt der Abbruch aus organisatorischen Gründen die mangelnde Kommunikation mit den betroffenen Jugendlichen, die eher auf nachträglichen Selbsterklärungen beruhen als auf Begründungen durch die Mitarbeiter*innen.

IMPLIKATIONEN

Der Blick in die Erlebensweisen der jungen Menschen selbst zwingt das Hilfesystem noch einmal, seine eigene Dynamik besser zu verstehen. „Fallverstehen“ endet nicht in dem Versuch, einen jungen Menschen zu verstehen,

sondern die Dynamik, die den jungen Menschen in seine Lebenssituation hineingeführt hat. Hierfür benötigen Hilfesysteme dringend eine Form der reflexiven Professionalität, die unterschiedliche Prozesse im Blick behält, junge Menschen in Entscheidungen tiefer einbindet, zuhört und nicht zuletzt die eigene Kommunikationskultur radikal neu denkt - denn dies ist der schwerste Vorwurf, der sich aus den subjektiven Sichtweisen der jungen Menschen ergibt, ohne dass diese ihn direkt formulieren: Prüft mal bitte eure Kommunikationswege - nicht nur mit uns, sondern vor allem mit euch selbst! Das Hilfesystem wird sich an dieser Stelle ein großes Maß an Ehrlichkeit erlauben müssen bezüglich des Nicht-Zuhörens, des Nicht-Glaubens und des Nicht-Abwartens, ob das, was wir alle in unseren Konzepten als „klient*innenorientiert“, „partizipativ“ und „wertschätzend“ bezeichnen, auch tatsächlich so wahrgenommen wird. 21 junge Menschen, die zusammengezählt einen deutlich dreistelligen Ausschnitt an Einrichtungen und Stationen erlebt haben, geben durch ihren Beitrag zur sozialpädagogischen Forschung diesbezüglich einen klaren Auftrag an uns.

Corinna Butzin

Diplom-Pädagogin, Forschungsgruppe „Interdisziplinäre Gewaltforschung“ des Forschungsinstitutes der Fliehdner-Fachhochschule Düsseldorf



Professor Dr. phil. habil. Menno Baumann

Professur für Intensivpädagogik sowie Leiter des Forschungsbereiches „Interdisziplinäre Gewaltforschung“ am Forschungsinstitut der Fliehdner-Fachhochschule Düsseldorf; Sachverständiger für Familienrecht, Diagnostiker, Berater und Referent am Zentrum für Pädagogisches Verstehen in Oldenburg; baumann@fliehdner-fachhochschule.de



Literatur

Baumann, M. (2019). Kinder, die Systeme sprengen. Band 2: Impulse, Zugangswege und hilfreiche Settingbedingungen für Jugendhilfe und Schule (Bd. 2). Schneider Verlag Hohengehren GmbH.

Butzin, C (i. Vorb.). Traumatisierte Kinder und Jugendliche im Drehtüreffekt zwischen den Systemen - Dissertation

Schneider, W., Butzin, C., & Baumann, M. (2025). Jugendliche mit dem Lebensmittelpunkt Straße—Realität, Ohnmacht aber auch Perspektiven familienrechtlicher und sozialarbeiterischer Interventionen. Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe, 2 / 2025, 50–54.

Sewing, J. (2012). „Da hatt' ich keinen Bock mehr drauf, weil...“: Eigene Sichtweise Jugendlicher auf Abbrüche in der Heimerziehung—Ergebnisse einer Interviewstudie. EREV, 3 / 2012, 120–164.

Jetzt
anmelden!

Hilfe

ist

Verbindung

Das

heißt

auch

Verbindung

neu

denken

Psychoanalytisch
orientierte
Sozialarbeit

Exklusiv
ab Herbst 2025
an der
Wiener
Psychoanalytischen
Akademie

www.psy-akademie.at



Stimmen von der Straße

Die in diesem Beitrag versammelten Stimmen wurden in Innsbruck gesammelt. Es sind Blitzlichter und kurze Feedbacks. Zunächst bekommen die Leser*innen einen kleinen Einblick in die Lebensgeschichten von Ali. Im zweiten Teil geben vier akut obdachlose Personen eine Rückmeldung in Bezug auf ihre Erfahrung mit der Sozialen Arbeit.

Sophie **Lindtner**, Tobias **Pfindel**

Sophie Lindtner, Sozialarbeiterin und Redaktionsmitglied, fängt gemeinsam mit Tobias Pfindel, Praktikant bei Streetwork/ Verein für Obdachlose, in Innsbruck Stimmen von der Straße ein.

Ali war langzeit-obdachlos und erzählt ein bisschen über das Leben auf der Straße. Oft ist er froh, dass es vorbei ist, manchmal schwelgt er in alten Erinnerungen und hin und wieder will er dorthin zurück. Mit seiner Geschichte tauchen wir ein in eine Lebensrealität, die vom Alltag auf der Straße geprägt war und zum Teil noch ist.

Ali erzählt:

Mensch ist Mensch.

Egal, wie und wo man geboren ist, die Straße gehört jedem. Die Straße geht immer geradeaus. Man findet immer einen Platz, und man findet auch Leute, die einem helfen. Aber ich wollte niemanden ausnützen. Und habe Angebote oft nicht angenommen.

Ich bin auf der Straße geboren und werde auf der Straße sterben.

Ich habe auf andere Leute immer mehr geschaut als auf mich.

Mir hat die Straße nichts ausgemacht, war da so 45 Jahre. Keiner hat gewusst, dass ich obdachlos bin, um 6h in der Früh hab ich meinen Schlafsack genommen und bin gegangen. Keiner wusste, wo ich bin. Ich hatte oft keine, manchmal eine Obdachlosenmeldeadresse.

Auf der Straße, da habe ich Geld gemacht. Der Bürgermeister, ich hab ihn nie gefragt, aber er hat mir immer Geld gegeben, als ich noch in der Innenstadt geschlafen habe, gegenüber vom Magistrat. „Du lebst eh von den Steuerzahlern“. Ein so ein Straßenpartiekind wie mich gibt es kein zweites Mal in Innsbruck.

Passanten haben immer gefragt: „Was machst du da?“ - „Schlafen.“

Die Leute hab ich Großteils nicht gefragt, sie sind zu mir gekommen und haben mir Geld gegeben.

Das Leben spricht Bände. Aber keiner weiß, wo links und rechts ist.

Man geht nicht immer geradeaus.

*Man muss auch Seitenwege gehen.
Müssen tut man gar nichts.
Sollte man halt.*

Zu mir hat mal einer gesagt, in München noch, genau weiß ich es nicht mehr:

„Ich schreib ein Buch über dich.“

„Nein. Meine Vergangenheit ist meine Vergangenheit, da schreibt niemand drüber.“

*Weißt du, was ich in meinem Leben nie gemacht habe?
Gewisse Leute habe ich nie angelogen, nur die Bullen, die hab ich angeschwindelt.*

Das stimmt.

„Wenn ich dir die Wahrheit sage, glaubst du es eh nicht.“

Oder wirst bestraft, du musst sie anlügen.

Das sind Tatsachen.

Dich hab' ich nie angelogen.

Ich hab mehr mitgemacht als die ganzen Trottel in der Polizeischule.

Aber ist ja wurscht.

Manche Bullen haben mich gemocht, und mir geholfen.

Darüber muss ich immer noch lachen.

Zum Beispiel: In München, im Polizeipräsidium, da haben sie gesagt:

„Was hast du wieder gemacht?“

„Egal. Du erfindest eh die Sachen, die du brauchst.“

*Ein Mensch, der alles sagt, gehört eher eingesperrt.
Weil dann lügt er.*

Ein Mensch, der alles sagt, geht lange in den Hefen.

Ich lüge nicht.

Schweigen ist Gold.

Reden ist erfunden.

Tobias fängt ein paar Stimmen von akut obdachlosen Menschen ein und fragt konkreter nach ihrer Meinung zu Sozialer Arbeit. Manche wollen anonym bleiben, andere wollen per Namen genannt werden. Wir kommen ihren Wünschen nach und bedanken uns jedenfalls ganz herzlich, dass sich vier Personen dazu bereit erklärt haben, zu berichten.

Fragen, die uns interessieren, sind:

- Welches sozialarbeiterische Angebot hilft dir/ hat dir bis jetzt geholfen?

- Was an Sozialarbeit bringt dir gar nichts?

- Was kritisierst du an Sozialarbeit?

WELCHES SOZIALARBEITERISCHE ANGEBOT HILFT DIR/ HAT DIR BIS JETZT GEHOLFEN?

Anonym, 50 Jahre: Also, Streetwork und Katharinastube. Und Barwo*. Die sind am besten. Katharinastube gutes Es-

sen. Streetwork gibt's Tipps und Barwo, da kann man die Meldeadresse machen. Und generell gut, aber manchmal wollen die viel wissen. Barwo will viel wissen. Was geht die denn an, was ich auf dem Konto hab, wenn ich ein Konto hätte überhaupt.

Liberat, Österreichischer Staatsbürger, 60 Jahre: Barwo und Streetwork in Innsbruck. Gesamtes Angebot hilft mir. Zum Beispiel allein hat man manchmal den Antrieb nicht, auf's Amt zu gehen oder irgendwas. Und das ist schon ne Hilfe. Und man sieht, dass die das gern machen. Auch drüber raus, nicht nur das Notwendigste.

Anonym, 25: Dowas helps. 20 euros at streetwork helps. Caritas also good, tickets for train. They never say no.

Alfredo, Venezuela, 60 Jahre: Streetwork hilft. Letztes Mal, wo ich hier war, da war ein Mädchen, wo italienisch kann, hat Arbeit mit mir gesucht, CV gemacht, Arbeit gefunden, alles mit Geld, geregelt, Überweisung perfekt. Hier wird immer sehr viel geholfen. Viel mehr als andere Länder. Muy bonita. Sehr gutes Sozialwesen in Österreich. Sag ich immer. Sie kümmern sich um die Leute. Streetwork geht auf die Straße und sucht die Leute, fragt sie, „Braucht ihr Hilfe?“. Eine Mitarbeiterin hat mich gefunden, ich hatte keinen Pass. Sie hat gesagt, ich mach alles für dich. Dieser Engel.

WAS AN SOZIALARBEIT BRINGT DIR GAR NICHTS?

Anonym, 50 Jahre: Es bringt eigentlich alles was. Überall gibt es Informationen. Naja, ich sage, mit Holschuld. Du musst den Schweinehund in dir überwinden und fragen. Die Informationen selber holen. Wer das nicht macht, bleibt auf der Strecke.

Liberat, Österreichischer Staatsbürger, 60 Jahre: Lama* zum Beispiel. Weil wegen 12 Euro die Stunde, da geh ich lieber betteln, weißt du.

Anonym, 25: Barwo, one time i need some help for data in emergency, they did not help.

Alfredo, Venezuela, 60 Jahre: Also Nost hab ich nicht benutzt, weil bin immer draußen.

WAS KRITISIERST DU AN SOZIALARBEIT?

Anonym, 50 Jahre: Gewisse Institutionen wollen einen tiefen Einblick in deine Daten und das widerspricht sich mit Datenschutz. Futterneid in Einrichtungen. Ansonsten kann ich nicht meckern.

Liberat, Österreichischer Staatsbürger, 60 Jahre: Na passt. Find nix schlecht. Mi zwingt niemand.

Anonym, 25: It's working good actually.

Alfredo, Venezuela, 60 Jahre: Eigentlich find ich alles super. Klar Bürokratie. Andere Länder, die geben gar nichts mehr.

* Sozialberatung Barwo des Vereins für Obdachlose

* Rehaprojekt LAMA des Vereins für Obdachlose, Beschäftigungsprojekt für Menschen mit Suchterkrankungen



„Anfangs war alles schwierig für mich.“

Wie wirkt Soziale Arbeit in der Flüchtlingshilfe? Ein Best Practice Beispiel.

Die große Flüchtlingswelle 2015 brachte Rohullah Muhammadi, einen heute 24-jährigen jungen Mann aus einem Dorf im Osten Afghanistans aus der Provinz Maidan Wardak, nach Österreich. Alleine. Seine 11-köpfige Familie musste er zurücklassen. Im Gespräch mit Birgit Altmüller erzählt er über seine vielfältigen Lebenswege in Österreich.

Birgit **Altmüller**, Rohullah **Muhammadi**

Rohullah, du bist im Sommer 2015 mit bezahlten Schleppern nach Österreich gekommen. Kannst du uns kurz deine Fluchtroute schildern?

Es hat ca. drei Monate lang gedauert, bis ich von Afghanistan nach Österreich gekommen bin. Ich habe Österreich über die slowenische Grenze betreten, zuerst war ich in Klagenfurt. Am nächsten Tag bin ich nach Traiskirchen gefahren. Nachdem ich in Traiskirchen angekommen war, konnte ich sofort den Asylantrag stellen. Ich war sehr froh, dass ich mich mit dem Personal auf Englisch gut verständigen konnte. Somit konnten wir das Antragsprozedere etwas beschleunigen. Aber wo man als nächstes hingehen muss, war mir unklar. Jeden Abend musste man sich den Aushang über die Transfer-Planung im Infozimmer ansehen, um zu erfahren, ob man auf der Liste steht. Falls das der Fall war, wurde man am nächsten Tag woanders hingebbracht. Bei mir hat es ca. 35 Tage gedauert. Ich wusste nicht, dass ich nach Salzburg komme. Nach einer langen Busreise bin ich an der letzten Haltestelle angekommen. Es war die Schwarzenberg-Kaserne in Salzburg-Wals. Das nächste und letzte Ziel war eine UMF-Wohneinrichtung (Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Anm.) in St. Gilgen am Wolfgangsee. Nun konnte das Einleben in Österreich beginnen. Es ist wichtig zu erwähnen, dass ich persönlich keine dieser Entscheidungen getroffen habe. Es wurde immer von den zuständigen Behörden über mich entschieden.

Die Kinder- und Jugendhilfe hat für dich als minderjähriger unbegleiteter Flüchtling Verantwortung für deine Versorgung und Ausbildung übernommen. Wie sah dein Tagesablauf aus, untergebracht mit 70 anderen Jugendlichen im UMF-Heim von „Rettet das Kind“? Wie erfolgte die schrittweise Integration in die österreichische Gesellschaft?

In St. Gilgen hatten wir einen strukturierten Tagesablauf. Wir waren in mehrere Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe hatte einen Wochenplan ähnlich einem Dienstplan. In der Früh hatten wir unser Frühstück. Danach gingen wir entweder zum Deutschunterricht oder zur Arbeit. Wir erhielten die Möglichkeit, eine berufliche Teilqualifikation zu erlangen. Wir arbeiteten in der Küche, in der Tischlerei, in der Metallwerkstatt oder im Garten. Nach der Mittagspause wechselten wir die Zuteilung zum Deutschkurs bzw. zur Arbeit. Anfangs war ich im Deutschkurs und in der Küche tätig, manchmal auch in der Tischlerei oder in den anderen Bereichen. Nach ein paar Monaten durfte ich am Gelände eine Außenstelle der NMS St. Gilgen besuchen, um den Pflichtschulabschluss nachzuholen. Im zweiten Jahr konnte ich bereits an der HLW (Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe) in Ried am Wolfgangsee zur Schule gehen. Dann hat mein Tagesablauf komplett anders ausgesehen. Neben der Ausbildung waren die vielfältigen Freizeitangebote wie Schwimmkurse, Fußball oder die teilweise Integration in ortsansässige Sportvereine ein wichtiger

Teil der Integrationsmaßnahmen von „Rettet das Kind“. Auch Feste halfen dabei, sichtbar zu werden und die Einheimischen einzubinden. So gab es ein großes Netzwerk an Freiwilligen, die beispielsweise zusätzlich mit uns Deutsch lernten oder andere Freizeitaktivitäten ermöglichten.

Du wurdest von Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen sowie Lehrer*innen betreut. Wovon konntest du am meisten profitieren?

Ich konnte von allen Berufsgruppen sehr viel lernen in den unterschiedlichsten Bereichen. Jede Person hat mir auf individuelle Art geholfen, die österreichische Kultur und die gesetzlichen Regelungen besser zu verstehen. Genauer gesagt, sie haben mir geholfen, meinen Weg in Österreich zu finden.

Was war schwierig für dich?

Anfangs war alles schwierig für mich. Die Sprache, das Essen, die Gesetze, der österreichische Humor, das Zusammenleben mit den anderen Jugendlichen. Als ich nach Österreich kam, konnte ich Englisch sprechen. Aufgrund dessen hat die Kommunikation zwischen mir und den Betreuer*innen gut funktioniert. Klar hatte ich viele Fragen zu jedem Thema, aber es gab keine großen Schwierigkeiten. Ich musste mich nur anpassen und eingewöhnen.

Nach meinem 18. Geburtstag wechselte die Zuständigkeit für mich zur Grundversorgung. Um nicht in einem Großheim für Erwachsene untergebracht zu werden, erhielt ich die Möglichkeit, privat bei einer Familie einzuziehen.

Du bist ein Musterbeispiel für gelungene Integration. Seit deiner Matura an der HLW Ried am Wolfgangsee arbeitest du in der Hotellerie.

Nach meiner Matura im Jahr 2021 habe ich 3 Jahre lang an der Rezeption in "Das Grüne Hotel zur Post. 100% Bio" in Salzburg gearbeitet. Nach einem Jahr konnte ich mir eine Mietwohnung in der Stadt Salzburg selbständig finanzieren. Seit Oktober 2024 arbeite ich als Rezeptionist in einem Hotel in Wien und lebe auch hier alleine in einer Mietwohnung.

Dein Weg zum anerkannten Flüchtling war sehr lang und steinig. Du hattest zunächst subsidiären Schutz, dann wurde dir dieser aberkannt. Mit Hilfe von Spenden konnte ein versierter Anwalt finanziert werden und dein Antrag auf Asyl wurde positiv beschieden. Wie geht es nun weiter?

Im Mai 2025 habe ich den ersten Termin zur Beantragung der Staatsbürgerschaft. Gott sei Dank wurde ich immer von Seiten der Behördenvertreter*innen mit Respekt behandelt. Ab und zu hatte ich ein glückliches Gefühl, weil die Beamt*innen von meinen Leistungen positiv überrascht waren.

Welche Tipps hast du für junge, geflüchtete Menschen?

Ich empfehle jugendlichen Flüchtlingen, Respekt vor anderen Menschen und vor der Aufnahmegesellschaft zu haben. Auch Geduld aufbringen mit der österreichischen Bürokratie gehört dazu, ebenso, wie sich an das Essen, die Kultur und die Regeln anzupassen. Caritas, Diakonie und lokale Vereine sind nützliche Quellen, um sich Informationen einzuholen. Soziales Engagement ist eine sinnvolle Mitwirkung an der Integration, wie zum Beispiel eine Mitgliedschaft bei der ortsansässigen Freiwilligen Feuerwehr, dem Roten Kreuz oder der Caritas. Schüler*innen Nachhilfe in verschiedenen Schulfächern zu geben, ist zudem ein wertvoller Beitrag. In der Gemeinde oder in der Kirche mitzuhelfen, unterstützt dabei, den Kontakt mit den Einheimischen anzuregen, anstatt über sie zu reden oder zu urteilen.

Politisches Interesse auf Landes- und Bundesebene zu entwickeln und sich für Bildung, Entwicklung und Forschung einzusetzen ist sinnvoll. Ein multikultureller Austausch des Wissens ist bedeutsam in Bezug auf verschiedene Themen wie zum Beispiel Landwirtschaft, Klima und Nachhaltigkeit.

Was wünschst du dir von der Sozialen Arbeit mit geflüchteten Menschen?

Soziale Arbeit als Sprachrohr von Minderheiten soll Brücken bauen zwischen den Einheimischen und Asylwerber*innen. Wichtig ist, Kontakte herzustellen, um am echten Leben in Österreich teilnehmen zu können, wie zum Beispiel durch Unterstützung bei der Integration in lokale Vereine. Hilfe bei Behördengängen, Vernetzung mit Beratungseinrichtungen sowie verständliche Information über Rechte und Pflichten geben Orientierung und Sicherheit. Soziale Arbeit kann eine Verbindung herstellen zu Entscheidungsträger*innen, um das Leben von geflüchteten Menschen zu vereinfachen. Am Ende ist es das Miteinander, das Großes bewirken kann und dazu führt, sich in der Aufnahmegesellschaft akzeptiert zu fühlen.

Mag.a(FH) Birgit Altmüller

hat mit Kindern und Jugendlichen sowie in der Flüchtlingshilfe gearbeitet. Seit 2017 ist sie als Sozialarbeiterin an der Christian-Doppler-Klinik in Salzburg (mittlerweile an der forensischen Psychiatrie) tätig.



Rohullah Muhammadi

kommt aus Afghanistan und ist mit 15 Jahren nach Österreich geflüchtet. Er hat maturiert und ist Rezeptionist in einem Hotel in Wien.

Eine Stimme für armutsbetroffene Personen in der Armutspolitik: Der Rat für Armutsfragen in der Schweiz

Dieser Beitrag korrespondiert mit jenem von der Expertin Ljilja Tofilovska der ebenfalls in dieser SIÖ zu finden ist. Die Autorin schildert hier, wie armuterfahrene Personen, Fachpersonen und Forschenden zusammen den Rat für Armutsfragen entwickelt haben, wie dieser funktioniert und wie es weiter geht.

Emanuela **Chiapparini**



Die Nationale Plattform gegen Armut (NAPA) beauftragte die Berner Fachhochschule und die Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg, eine ständigen Beteiligungsstruktur für armutserfahrene Personen für die Schweiz zu entwickeln. Durch die intensive Zusammenarbeit von armutserfahrenen Personen unter der beratenden Funktion von Fachpersonen und einem Forschungsteam resultierte der Rat für Armutsfragen in der Schweiz. In diesem besprechen armutserfahrene Personen ihre Initiativen und Anliegen zusammen, erarbeiten eine kollektive Stimme, um diese anschließend zielgerichtet in politische Prozesse einfließen zu lassen. Gleichzeitig können sich Entscheidungsträger und -trägerinnen in Politik, Wirtschaft, Soziale Arbeit, Forschung oder öffentlichen Medien vom Rat beraten lassen. Der Bundesrat entschied im Dezember 2024 diesen Rat zu unterstützen, sodass die NAPA gegenwärtig die Umsetzung des Rates vorbereitet.

VERDECKTE UND HETEROGENE ARMUT IN DER SCHWEIZ

In der Schweiz leben rund 745'000 armutsbetroffene Menschen¹ und 1'244'112 Menschen sind von Armut gefährdet², was jede sechste Person ist. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind diese Zahlen sehr hoch, sodass der Bundesrat strategische Ziele und Maßnahmen verfasst hat, um diese Zahlen zu reduzieren. Eine davon ist, den «Rat für Armutsfragen in der Schweiz» zu unterstützen und umzusetzen.

Obwohl die Menschengruppe, welche in der Schweiz in Armut lebt, heterogen ist, lassen sich fünf Merkmalen statistisch und damit approximativ identifizieren: junge Menschen ohne Berufsausbildung, alleinerziehende Menschen (mehrheitlich Frauen), Familien mit Migrationshintergrund und aus dem Niedriglohnsektor, erwerbslose Menschen über 50 Jahren und selbständige Kleinunternehmende.³ Diese Merkmale für Armut sind oft mit anderen finanziellen, materiellen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Dimensionen verbunden, die wiederum untereinander verzahnt sind. Aufgrund dieser Komplexität bleibt es eine Herausforderung armutsbetroffene Personen zu identifizieren.

Nach wie vor ist eine große Stigmatisierung von armutsbetroffenen Menschen in der Schweiz verbreitet, welche fälschlicherweise die armutsbetroffenen Menschen auf ihr angeblich individuelles Fehlverhalten und Niederlage reduziert und die strukturellen Rahmenbedingungen,⁴ welche die Hauptursache von Armut sind, wie wirtschaftliche und politische Entscheidungen im Bereich Bildung, Gestaltung und soziales Engagement von privaten und staatlichen Unternehmungen. Die Folgen bei den armutsbetroffenen Personen sind oft eine starke Reduktion des Selbstwertgefühls, die Minderung des Gefühls der Selbstwirksamkeit und den Eindruck keine Stimme in der Gesellschaft zu haben, sodass ein sozialer und politischer Ausschluss zu beobachten ist.⁵

DURCH KONTINUITÄT DAS WIRKUNGSPOTENTIAL VON BETEILIGUNGSPROZESSE IN DER ARMUTSPOLITIK GEZIELTER NUTZEN

Nach der ersten Förderphase der Nationalen Plattform gegen Armut entschied die Steuerungsgruppe für die zweite Förderphase (2019-2024), auf das Thema der Partizipation als Schwerpunktthema zu setzen. Damit sind Beteiligungsprozesse für armutsbetroffene Menschen in der Armutspolitik gemeint. Viele Akteur*innen bringen sich in der Armutspolitik ein:

- Regierungsmitglieder und kantonale Parlamente erlassen Sozialgesetze und Maßnahmen.
- Statistiker*innen erfassen mit unterschiedlichen Methoden und so gut es die Zahlen zulassen, das Ausmaß von Armut.
- Sozialpädagogische Fachpersonen beraten, begleiten und unterstützen armutsbetroffene Personen
- Das wissenschaftliche Personal an Hochschulen bildet Fachpersonen in der Sozialen Arbeit aus und weiter sowie forscht zum Thema.
- Schließlich berichten Medienschaffende unterschiedlich differenziert über das Thema Armut.

Allerdings bleibt die Frage offen: Welche Rolle armutsbetroffene Personen selbst einnehmen, wenn es um Entscheide und Angelegenheiten geht, die ihr Leben betreffen?

Ziel der zweiten Förderphase des NAPA war Rahmenbedingungen zu prüfen, um die Beteiligung von armutsbetroffenen Menschen in der Armutspolitik zu fördern. Daraus entstanden Grundlagen zum Thema Beteiligungsprozesse in der Armutspolitik, in denen Voraussetzungen, Wirkungspotentiale und Herausforderungen von Beteiligungsprozessen in der Armutspolitik identifiziert und Unterstützungsmaterial (Leitfäden und Weiterbildungen) entwickelt wurden. Damit können Projekte mit Beteiligungsprozessen auf kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene initiiert und gefördert werden.

Die wurde punktuell erreicht. Gleichzeitig zeigen die Auswertungen der von der NAPA initiierten Arbeiten, dass die positiven Wirkungen von Beteiligung besonders dann zum Tragen kommen können, wenn Beteiligung nicht nur punktuell, sondern auf einer kontinuierlichen Basis stattfindet. Der Fokus auf die Kontinuität von Beteiligungsprozessen ist bereits aus anderen Bereichen wie der Kinder- und Jugendpolitik oder in der Behindertenpolitik bekannt.

VORAUSSETZUNG EINER DIREKTEN DEMOKRATIE: LOBBYINGARBEIT UND GEFÄSSE ZUR BILDUNG EINER KOLLEKTIVEN STIMME

Die direkte Demokratie in der Schweiz setzt Lobbyingarbeit und Gefässe voraus, in denen kollektive Anliegen identifiziert und artikuliert werden, um diese dann in die passenden Kanäle der Politik einzubringen. Die Gruppe der armutsbetroffenen und -gefährdeten Personen ist im Vergleich zur Schweizer Bevölkerung in der Schweiz groß (jede fünfte Person). Dennoch hat diese Gruppe bislang

ein ungenügendes Lobbying in der Armutspolitik sowie keine passende Gefäße, um ihre kollektiven Anliegen zu sammeln, zu besprechen und in die Armutspolitik gezielt einzubringen.

AUFTRAG UND ENTWICKLUNG DES RATS FÜR ARMUTSFRAGEN IN DER SCHWEIZ

Die Nationale Plattform gegen Armut (NAPA) beauftragte die Berner Fachhochschule und Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg, eine ständige Beteiligungsstruktur für armuterfahrene Personen für die Schweiz zu entwickeln, welche anschlussfähig für die sozialpolitischen Rahmenbedingungen der Schweiz ist.

In drei Arbeitsschritten hat das Forschungsteam, über fünfzig armuterfahrenen Personen und rund vierzehn Fachpersonen in einer beratenden Funktion und aus der kommunalen, regionalen, kantonalen und nationalen Ebene, aus der Wirtschaft und Sozialen Arbeit den Vorschlag «Rat für Armutsfragen in der Schweiz» (2022-2024) entwickelt.⁶

VOM AUFTRAG BIS ZUM RESULTAT

In verschiedenen europäischen Ländern und in Kanada sind verschiedene ständige Beteiligungsstrukturen für armutsbetroffene Personen in der Armutspolitik etabliert,

die von einem beratenden Gremium für Regierungspersonen bis zu nationale Konferenzen reichen. Rund 15 solche Gefäße hat das Forschungsteam im ersten Arbeitsschritt mittels einer Literatur- und Internetanalyse und mit Vorwissen systematisch und kriteriengebunden identifiziert und analysiert. Die Beurteilung der Stärken und Schwächen konnte nur beschränkt erkundet werden, zumal kaum wissenschaftliche Evaluationen der existierenden Beteiligungsstrukturen vorliegen. Gleichzeitig kristallisierten sich aus der Analyse sechs Eckpunkte, anhand von welchen die ständige Beteiligungsstrukturen umgesetzt werden können: Ziel, Teilnehmende, Adressat*innen, Funktionsweise, Ressourcen und Finanzierung.

Diese Grundlage bilden die Diskussionsbasis für den Entwicklungsprozess einer ständigen Beteiligungsstruktur für die Schweiz (2. Arbeitsschritt). Mehr als 50 armutsbetroffene Personen erarbeiteten diesen in Begleitung des Forschungsteams und mit gezielten Beratungen durch rund 15 Fachpersonen aus der Politik, Wirtschaft und Sozialwesen aus den kommunalen, regionalen, kantonalen und nationalen Ebenen. Neben einer Kickoff-Veranstaltung, in der die Teilnehmenden mit einem vielfältigen Hintergrund bezüglich Form der Armut, Geschlecht, Erfahrung in Beteiligungsprozessen oder Sprachregion der Schweiz rekrutiert wurden, fanden drei halbtägige Workshops statt. Eine Feedbackgruppe bestehend aus acht armuterfahrenen

BEI UNS BIST DU MEHR ALS EIN*E MITARBEITER*IN



ANA, 41

Familienpädagogin & Zweifach-Mama

„Der Turnusdienst und zwei Kinder – das ist oft eine Herausforderung. Deshalb ist mir Selbstfürsorge wichtig: Schwimmen, Wandern oder kleine Reisen geben mir neue Energie.“

ELKE, 40
Sozialpädagogin
& Mama

„Durch flexible Arbeitszeiten finde ich die Balance zwischen Familie und Beruf – besonders wichtig in einem Job, in dem kein Tag dem anderen gleicht. Das Arbeiten im Mutter-Kind-Wohnen ist wie eine Schachtel Pralinen – man weiß nie, was man bekommt, frei nach Forrest Gump.“

KLAUS, 38
Sozialpädagoge
& Papa

„Kein Tag ist wie der andere – als Sozialpädagoge und Papa halte ich mit kleinen Alltagsritualen die Balance. Die Arbeit im Team und die Entwicklung der Jugendlichen mitzuerleben, motiviert mich jeden Tag.“



ne Personen begleitete den Entwicklungsprozess mit Blick auf die Moderation und Durchführung der Workshops und der Erarbeitung des Schlussberichts in zusätzlichen Vorbereitungsitzungen mit dem Forschungsteam.

Vielfältige Beteiligungsmethoden wurden eingesetzt. Für die kollektive Abstimmungen bewährte sich das Konsent-Verfahren, das auch Widersprüche im Prozess erlaubt. Dies ist möglich, zumal im Entscheidungsprozess der Fokus sichergestellt wird, dass keine schwerwiegende und begründete Einwände durch die Teilnehmenden vorliegen. Dieser Prozess führte zu begründeten Stellungnahmen und Analysen der existierenden ständigen Beteiligungsstrukturen. Das Resultat des Entwicklungsprozesses war dann der Rat für Armutsfragen, welcher über 50 armutserfahrene Personen vertraten und rund 15 Fachpersonen unterstützten.

Basierend aus den Erkenntnissen aus dem ersten und zweiten Arbeitsschritt wurde im dritten und letzten Arbeitsschritt der Vorschlag des «Rates für Armutsfragen in der Schweiz» erarbeitet, der umsetzbar für die politischen Rahmenbedingung der Schweiz mitberücksichtigt. In diesem Prozess wirkte die Feedbacksitzung mit zwei Sitzungen mit und ebenfalls Expertein der Sozialpolitik und die Steuergruppe der NAPA wurde einbezogen.

ZIEL: ARMUTSBETROFFENE PERSONEN WIRKEN IN DER ARMUTSPOLITIK MIT UND WERDEN EINBEZOGEN

Der Rat verfolgt das grundsätzliche Ziel, die zahlenmäßig große Bevölkerungsgruppe der armutsbetroffenen bzw. -gefährdeten Menschen (jede fünfte Person) besser in die Armutspolitik der Schweiz einzubeziehen und mitwirken zu lassen, was bisher ungenügend geschehen ist. Der Rat ermöglicht es, auf der Basis des differenzierten Wissens von armutserfahrenen Personen bezüglich ihrer bisherigen oder gegenwärtigen Armutssituation (Erfahrungsexpertise), Fragen der Armutspolitik gezielt zu bearbeiten und gegenüber eidgenössischen, kantonalen oder kommunalen Instanzen glaubwürdig zu vertreten.

Konkret werden fünf Ziele verfolgt:

1. Die Entscheidungsträger*innen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft konsultieren aktiv für ihre Arbeiten in den Themenbereichen der Armutsprävention und -bekämpfung armutserfahrene Personen mittels des «Rates für Armutsfragen in der Schweiz».
2. Die Mitglieder des «Rates für Armutsfragen in der Schweiz» unterbreiten Entscheidungsträger*innen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft Vorschläge zur Verbesserung der Armutsprävention und -bekämpfung.
3. Die Mitglieder des «Rates für Armutsfragen in der Schweiz» wirken an politischen Entscheidungen mit und nehmen Einfluss auf diese.
4. Mit dem «Rat für Armutsfragen in der Schweiz» wird der Austausch zwischen armutserfahrenen Menschen und anderen Akteur*innen (aus Politik, Verwaltung,

Verantwortliche von Institutionen, Fachpersonen usw.) gefördert.

5. Die Öffentlichkeit wird durch die Aktivitäten des «Rates für Armutsfragen in der Schweiz» für das Thema Armut sensibilisiert und mobilisiert, um die Vorurteile gegenüber Armut zu verändern.

Die Bearbeitung dieser Ziele geschieht an vier Schnittstellen: Mit beratenden Fachpersonen aus der Politik, Wirtschaft und Sozialwesen, mit Entscheidungsträger*innen aus Politik, Verwaltung Zivilgesellschaft, mit armutserfahrenen Personen sowie Beteiligungsorganisationen und mit Fachpersonen aus der Armutspolitik, Öffentlichkeit, Medien und weiteren Personen aus Politik, Verwaltung, Sozialer Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft.

Struktur

Der Rat besteht aus beschlussfähigen Mitgliedern (armutserfahrene Personen), aus beratenden Mitgliedern (erfahrene und vernetzte Fachpersonen in der Armutspolitik) und einem ständigen Sekretariat. Dieses besteht aus armutserfahrenen Personen und Fachpersonen aus der Armutspolitik und Hochschule, welche methodische, strategische und administrative Kompetenzen verfügen und in der Politik, Wirtschaft und Sozialwesen breit und aktiv vernetzt ist.

Adressat*innen

Der Rat richtet sich an drei Zielgruppen:

1. Entscheidungsträger*innen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene;
2. Armutserfahrene Personen und Betroffenenorganisationen;
3. Fachpersonen aus der Armutspolitik, Öffentlichkeit, Medien und weitere Personen aus Politik, Verwaltung, Sozialer Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft.

Funktionsweise

Die Funktionsweise des Rats basiert insbesondere auf den folgenden fünf koordinierten Arbeitsprozessen:

1. Monatliche, dreistündige Treffen zwischen beschlussfähigen Mitgliedern. Die Treffen werden vom ständigen Sekretariat vorbereitet, durchgeführt und nachbearbeitet.
2. Treffen zwischen den beschlussfähigen Mitgliedern und den beratenden Mitgliedern. Die Treffen finden nach Bedarf und Themenfeld mehrmals pro Jahr statt, um gegenseitiges Kennenlernen sowie Aufbau von Vertrauen und zielführende Zusammenarbeit zu ermöglichen.
3. Ergänzende und gezielte Treffen, um benötigte Expertise punktuell von weiteren ratsexternen Fachpersonen aus unterschiedlichen Bereichen (Politik, Soziale

- Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft) einzuholen.
4. Jährliche Veranstaltungen, die eine breite Gruppe von armutserfahrenen Personen und Betroffenenorganisationen zusammenbringen, beispielsweise im Rahmen eintägiger Workshops. Damit kann der Rat realitäts- und praxisnah agieren und Impulse erhalten, um seine Arbeit zielführend auszurichten und eine gewisse Repräsentativität zu gewährleisten. Ergänzend dazu sind weitere Veranstaltungen mit einem breiteren Publikum (z.B. armutserfahrene Personen und Betroffenenorganisationen, Fachpersonen, Wissenschaftler*innen oder Zivilgesellschaft) nötig, damit der Rat vielfältige Impulse erhält und gleichzeitig Sensibilisierungsarbeit ermöglicht wird.
 5. Das ständige Sekretariat ist Teil des Rats und sichert die kontinuierlichen Rahmenbedingungen des Rats (Vernetzung, Vorbereitungen, Durchführungen, passende Beteiligungsmethoden oder Administration). Das Sekretariat steht mit allen Ratsmitgliedern in Kontakt, insbesondere mit den Kontaktpersonen der beschlussfähigen Mitglieder.

Ressourcen und Finanzierung

Die Bereitstellung der notwendigen finanziellen, personellen, methodischen, logistischen, didaktischen und administrativen Ressourcen gilt als zentrale Voraussetzung für die Sicherstellung der Kontinuität des Rates. Zudem wird damit das Wirkungspotential von Beteiligungsprozessen ausgeschöpft und sichergestellt, dass keine Alibiübungen beziehungsweise negative Folgen für armutserfahrene Personen und Fachpersonen entstehen.

Darüber sind sich die Forschenden zu diesem Thema einig. Wie oben erwähnt ist es notwendig, dass der Rat auf ein ständiges Sekretariat zurückgreifen kann. Dieses besteht aus kompetenten Personen und ist an einer größeren Einheit (wie der Nationalen Plattform gegen Armut) angegliedert. Bei Bedarf müssen die Ratsmitglieder die für ihre Funktion erforderlichen Kompetenzen (z.B. Fähigkeiten

und Kenntnisse im Bereich Beteiligungsprozesse, Funktionsweise von Institutionen oder Kommunikation mit den Medien) erwerben können. Ihr Mitwirken im Rat muss finanziell abgegolten werden.

Legitimität

Aufgrund des dreistufigen forschungsbasierten und partizipativen Entwicklungsvorgehens hat der „Rat für Armutsfragen in der Schweiz“ eine große Legitimität und ein hohes Umsetzungs- sowie Wirkungspotential. Der Rat ist so konzipiert, dass er im schweizerischen Kontext mit direkter Demokratie und föderalistischer Armutspolitik anschlussfähig und umsetzbar ist. Er kann auf mehreren föderalistischen Ebenen (nationale, regionale, kantonale und kommunale Ebene) und durch vorparlamentarische Prozesse funktionieren.

In einem ersten Schritt ist es unerlässlich, dass der Rat strukturell auf nationaler Ebene etabliert und an bestehenden Strukturen (z.B. die Nationale Plattform gegen Armut) angegliedert wird. Der Rat kann ebenfalls mit kantonalen und kommunalen Akteur*innen zusammenarbeiten. Ein Entwicklungspotential des Rates liegt darin, dass in Zukunft auch Räte auf kantonaler und kommunaler Ebene geschaffen werden können.

Prof. Dr. Emanuela Chiapparini

ist Leiterin des Instituts Kindheit, Jugend und Familie an der Berner Fachhochschule. Sie forscht, lehrt und publiziert mit armutsbetroffenen Personen zu Beteiligungsprozesse in der Armutspolitik und spezialisierte sich zum Thema User Involvement.



VERWEISE

¹ Bundesamt für Statistik (BFS) (2024a). Armutsquote 2022, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/wohl-fahrtsmessung/alle-indikatoren/gesellschaft/armutsquote.assetdetail.30526410.html>

² Bundesamt für Statistik (BFS) (2024b). Armutsgefährdungsquote 2022, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung.assetdetail.30865436.html>

³ BFS Bundesamt für Statistik. (2023). Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen, SILC 2021 [PDF]. Verfügbar unter <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/armut-deprivation/armut.html> (Stand: 11.01.2024).

⁴ Schuwey, C., Knöpfel, C. (2014). Neues Handbuch Armut in der Schweiz (völlig neu bearb. Aufl.). Luzern: Caritas-Verlag.

⁵ Chiapparini, Emanuela; Schuwey, Claudia; Beyeler, Michelle; Reynaud, Caroline; Guerry, Sophie; Blanchet, Nathalie; Lucas, Barbara (2020). Modelle der Partizipation armutsbetroffener und -gefährdeter Personen in der Armutsbekämpfung und -prävention. Forschungsbericht Nr. 7/20. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). <https://doi.org/10.24451/arbor.11878>

⁶ Chiapparini, E., Guerry, S., & Reynaud, C. (2024). Wie können armutserfahrene Personen mit ihrer Erfahrungs-expertise dauerhaft in die Schweizer Armutspolitik einbezogen werden und mitwirken? Grundlagen und Konzept einer ständigen Beteiligungsstruktur, die forschungsbasiert gemeinsam mit armutserfahrenen Personen entwickelt wurde: Gesamtbericht. Bundesamt für Sozialversicherungen. <https://doi.org/10.24451/arbor.21064>



„Am wichtigsten ist die Zusammenarbeit“

Im Gespräch mit einer Teilnehmerin des Schweizer „Rat für Armutsfragen“

In einem Interview für die SIÖ schildert Ljilja Tofilovska nicht nur ihre Lebenserfahrungen, sondern zeigt auf, warum Menschen mit Armutserfahrungen bei sozialpolitischen Entscheidungen mitbestimmen sollten und welche Vorschläge sie an die Politik hat. Einen informativen Einblick in Geschichte, Aufbau und Funktion des „Rates für Armutsfragen“ gibt Prof. Dr. Emanuela Chiapparini in ihrem Beitrag in diesem Heft.

SIÖ **Redaktion, Ljilja Tofilovska**

Vorausschickend ein paar Sätze zu Ljilja Tofilovska: Sie ist in Mazedonien aufgewachsen, studierte dort Sprachen sowie Literatur und ging, bevor sie dort als Lehrerin arbeiten sollte, in die Schweiz. Das war vor 40 Jahren. Ihre universitäre Ausbildung wurde jedoch in der Schweiz nicht anerkannt. Mittlerweile spricht sie acht Sprachen und ist auch als Dolmetscherin tätig. Tofilovska war Alleinerzieherin, arbeitete Teilzeit, war ab und an arbeitslos und kam so mit sozialen Einrichtungen in Kontakt. Heute lebt sie in der Stadt Neuenburg/ Neuchâtel im gleichnamigen Kanton, der französischsprachigen Schweiz. Sie ist in verschiedenen Gruppen und Projekten aktiv – u.a. im „Rat für Armutsfragen“. Weiters ist sie in das, vom Schweizer Nationalfondsprojekt geförderte Forschungsprojekt „Peer-Arbeit für armutsbetroffene Personen: Konzept, Einführung und Wirkung“, involviert, das am 1. August 2025 starten wird.

Sie waren eine der Personen, die im «Rat für Armutsfragen» aktiv waren. Wer war in diesem Rat?

Ljilja Tofilovska: Wir waren eine sehr diverse Gruppe aus der ganzen Schweiz, Menschen mit Armutserfahrungen, ein Gremium der Rentner*innen, Sozialhilfebezieher*innen, Working Poor (erwerbstätige Personen, die in Armut leben), und in beratender Funktion waren auch Mitarbeiter*innen bzw. Leiter*innen von Sozialdiensten dabei. Es wurden auf Deutsch und Französisch zu verschiedenen Themen Workshops abgehalten. Mittlerweile gibt es auch einen Bericht über unsere Arbeit.

Wie ist es dazu gekommen, dass Sie ausgewählt wurden?

Ich war bereits in der Nationale Plattform gegen Armut (Anm. siehe Infobox) aktiv und generell seit längerer Zeit

sozialpolitisch engagiert. Mittlerweile bin ich bald im Rentenalter. Aber was mir wichtig ist und was ich erreichen möchte, ist, dass Menschen, die in Armut leben, mehr Rechte bekommen und mitbestimmen können. Sie sollen nicht nur zur ihrer Lebenssituation befragt werden, sondern auch das Sozialsystem mitgestalten und die Sozialpolitik mitbestimmen können.

Ich selbst hatte Ende 2002 einen Arbeitsunfall und bezog bis 2005 noch eine Leistung von der Unfallversicherung. Im Dezember 2005 bekam ich meinen Sohn und war alleinerziehend. Von 2008 bis 2013 arbeite ich Teilzeit und bekam zusätzlich eine Unterstützung von der Sozialhilfe. In dieser Zeit kam ich stärker mit dem Schweizer Sozialsystem in Berührung. Das war eine schwierige und kein angenehme Lebensphase für mich. Aber jeder Mensch hat eine Kraft in Sich, um zu überleben. Für mich ist das Leben eine Schule und ich bin immer eine Studentin geblieben, denn es gibt immer etwas, das man lernen kann. Als alleinerziehende Mutter habe ich später ebenfalls immer wieder Teilzeit gearbeitet und wenn ich keine Arbeit hatte, dann habe ich im Rahmen des Sozialamtes das Programm zur sozio-beruflichen Integration gemacht. Dieses Programm zielt darauf ab, Erwachsenen die Möglichkeit zu bieten, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu entwickeln, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihre Weiterbeschäftigung zu erleichtern.

Wie hat Ihr Sohn diese Zeit erlebt?

In der Schule, als er noch klein war, wurde er einmal gefragt, was seine Mutter arbeitet und da sagte er: Sie arbeitet für das Sozialamt! Er glaubte, dass ich dort arbeite, dabei bekam ich vom Sozialamt unser Geld. Unter den Folgen unserer Armut hat er sehr gelitten, da wir uns vieles nicht leisten konnten – zum Beispiel die Sportarten, die ihm gefallen hätten. Da gab es diese Freistil-Tretroller, die ihn so faszinierten. Der Roller und die ganze Ausrüstung waren so teuer, dass wir dafür kein Geld hatten. Ähnlich war es mit dem Schifahren. Da blieb eben nur Fußball. Neulich hat er zu mir gesagt, er ist mittlerweile 19 Jahre alt, dass, wenn wir damals nicht so arm gewesen wären, er jetzt ein anderes Leben hätte. Ich habe ihm daraufhin gesagt, dass er diese Zeit als Schulung und Stärkung sehen muss. Man wird dadurch resilienter.

Wie war die Zeit, als Sie Sozialhilfe bezogen haben? Welche Erfahrungen haben Sie da gesammelt?

Zunächst muss ich Folgendes sagen: für mich ist am wichtigsten die Zusammenarbeit, also die Kollaboration. Egal in welchem Bereich - im Leben, in der Arbeit, aber auch im Sozialhilfebereich.

Dann wer weiß besser, was sie brauchen oder sie machen können, als jene Menschen, die betroffen sind? Die Behörden sollten mit den betroffenen Menschen zusammenarbeiten, damit gemeinsam Lösungen erarbeitet werden.

Diese Menschen sind nicht nur als Nummer zu betrachten. Gleichzeitig dürfen jene Menschen, die Hilfe benötigen, auch nicht warten bis sich was bewegt, sondern sie müssen selber aktiv mitgestalten. Mitentscheiden heißt auch Verantwortung übernehmen.

Können Sie das noch etwas genauer erklären?

Bevor ich von mir erzähle, möchte ich noch etwas vorausschicken. Das ist wichtig. Die Aufgabe der Sozialarbeiter*in ist anfangs, zu erklären, was die Voraussetzungen sind und welche Aufgaben ich erfüllen muss und auch welche Rechte ich habe. Das muss jede betroffene Person, die Sozialhilfe beantragen möchte, einfach wissen und das ist oft nicht der Fall.

Bei mir war es so: Ich habe meiner Sozialarbeiterin immer gesagt – ich will so gut es geht, die ganze Vorarbeit machen, Rechnungen und Belege mitnehmen und die finanzielle Aufstellung oder die Anfragen an Weiterbildungseinrichtung und so weiter, selber machen, damit wir mehr Zeit für das Gespräch, also für ein gutes Beratungsgespräch haben. Wie ich schon sagte, habe ich in der Zeit immer wieder nebenher gearbeitet und eine Aufstockung bekommen. Ich war auch in verschiedenen Vereinen ehrenamtlich tätig oder habe Menschen, die Unterstützung benötigen, geholfen. Das mache ich mittlerweile seit 35 Jahren. Zum Beispiel Briefe von Behörden zu lesen, denn diese zu dechiffrieren, ist gar nicht so einfach. Da brauchen manche Leute einfach eine Unterstützung und das sind nicht nur Migrant*innen. In diesen Tätigkeiten habe ich einiges gelernt. Ich habe damals auch zu meiner Sozialarbeiterin gesagt, wenn es Projekte für Sozialhilfebezieher*innen oder armutsbetroffene Menschen gibt, dann möchte ich mitmachen.

Was mir ansonsten sehr geholfen hat, waren Weiterbildungen. Ich habe mich aber auch selber über das Schweizer Sozialsystem informiert und habe recherchiert, was auf der Ebene der Bundesgesetze und was auf jener der Kantone oder Gemeinden geregelt wird. Ende 2019 musste ich mich wieder arbeitsuchend melden, dann kam die Corona-Zeit. Seit März 2021 arbeite ich nun im Sekretariat und Empfang bei COSM. Das ist ein kantonaler Dienst für die Koordination der Integrationspolitik, der auch das interkulturelle Zusammenleben in Neuenburg fördert.

Wie kamen Sie dann zum „Rat für Armutsfragen“?

Das war so: 2018 hat mir meine Sozialarbeiterin mit glänzenden Augen gesagt: Frau Tofilovska, ich habe etwas für Sie. Es handelte sich um ein Projekt von ARTIAS * (Anm. siehe Infobox), bei dem sich verschiedene Expert*innen von Sozialeinrichtungen und Fachhochschulen, sowie Menschen, die von Armut betroffen sind oder waren, zusammengesetzt haben. Das Tolle war, wir wurden gefragt und wir erzählten von unserer Situation als Bezieher*innen von Sozialhilfe und wir diskutierten darüber, wie das



System verbessert werden könnte. Ein Kollege, er war Lehrer, er hatte französisch unterrichtet und war ebenfalls für eine Zeit arbeitslos, der hat beim ersten Treffen ganz erstaunt gefragt: „Ihr fragt uns? Ihr fragt, wie es uns geht?“ Daran kann ich mich gut erinnern - alle haben erfreut gelacht. „Endlich interessiert sich jemand für uns“, hat er dann noch gesagt.

Wir haben uns regelmäßig getroffen und über die Probleme bei der Sozialhilfe gesprochen, zum Beispiel, welche Informationen braucht man, bevor man die Sozialhilfe beantragt, welche während des Bezugs und was ist nach dem Ausstieg vom Sozialhilfebezug notwendig zu wissen. Die Erfahrung in diesen Gesprächen war für mich sehr wichtig. Und das war der Anfang.

Wie ging es dann weiter?

Dann kam die Nationale Plattform gegen Armut. Im Dezember 2019 hat mich die Leiterin des Artias gefragt, ob ich in Bern bei dieser Plattform mitmachen möchte! Mit großer Freude habe ich ja gesagt. Ab Januar 2020 machten wir viele Projekte, wie z.B. „Beteiligung von betroffenen Personen“, da ging es darum, Modelle der Partizipation zu erarbeiten. Im September 2022 haben wir angefangen, uns für das Projekt Rat für Armutsfragen zu treffen. Personen mit Armutserfahrung und andere Expert*innen haben sich getroffen, ausgetauscht und diskutiert. Ich war sowohl in der deutschsprachigen als auch in der französischsprachigen Gruppe. Im Jänner 2024 wurde ein Bericht darüber verfasst. Wichtig ist, dass wir Armutsbetroffene bei den Themen der Armutspolitik nicht nur befragt werden, sondern mitentscheiden können.

Was waren die konkreten Punkte, die sie da besprochen haben?

Wie bereits erwähnt, ist für mich die Weiterbildung ein wichtiges Thema. Leider gibt es oft zu langen Wartezeiten für die Kurse und oft sind es auch nicht die passenden. Ich habe meinen ersten Computerkurs 1994 gemacht und als ich in der Schweiz einen weiteren Kurs besucht habe, war ich mit Menschen in der Gruppe, die hatten weder eine Mailadresse, noch konnten sie ein Mail verfassen.

Das bedeutet, die Niveaus waren sehr unterschiedlich und das wurde anfangs nicht abgeklärt.

Ein anderes Thema ist die Kultur. Ich war stets sehr kulturinteressiert und ich habe über meine Betreuerin immer wieder mal eine Karte bekommen, aber ich habe mich wie eine Bettlerin gefühlt. Ich wusste nicht, welche Angebote es für Sozialhilfeempfänger*innen gibt oder ob wir überhaupt etwas bekommen. Kultur ist sehr wichtig für alles, was Integration betrifft.

Es geht prinzipiell darum, dass Menschen, die arbeitslos sind oder die Sozialhilfe beziehen, richtig informiert wer-

Nationale Plattform gegen Armut

Die Nationale Plattform gegen Armut wurde 2019 vom Bund gemeinsam mit Kantonen, Gemeinden und Organisationen der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Armut in der Schweiz zu verbessern.

Dazu erarbeitet sie praxisbezogenes Grundlagenwissen, fördert den Austausch und die Vernetzung zwischen verschiedenen Akteur*innen und setzt thematische Schwerpunkte, insbesondere bei der Beteiligung von Betroffenen, der Förderung von Bildungschancen und der Vermeidung von Familienarmut.



<https://www.gegenarmut.ch/projekte>

Bericht "Rat für Armutsfragen in der Schweiz"

Die positive Wirkung von Beteiligung kommt besonders dann zum Tragen, wenn sie auf einer kontinuierlichen Basis steht. Die Nationale Plattform gegen Armut hat darum in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule und der Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg einen Vorschlag für eine ständige Beteiligungsstruktur erarbeitet.

Über fünfzig armutserfahrene Menschen und ihre Organisationen aus verschiedenen Regionen der Schweiz sowie Fachpersonen aus allen föderalen Ebenen haben mitgewirkt.



https://www.gegenarmut.ch/fileadmin/kundendaten/Gesamtbericht_Beteiligungstruktur_Webversion.pdf

ARTIAS «Association Romande et Tessinoise des Institutions l'Action Sociale»

(ARTIAS) ist eine Organisation, die Akteur*innen im Bereich der Sozialen Arbeit in der Romandie (Westschweiz) und im Tessin vernetzt und unterstützt. ARTIAS hat 2018 in der französischen Schweiz ein partizipatives Programm für Langzeitbeziehende der Sozialhilfe entwickelt. In Kleingruppen konnten Betroffene ihre Bedürfnisse formulieren und Vorschläge zur Verbesserung der Betreuung einbringen. Ziel war es, Beratungsprozesse und die Koordination zwischen verschiedenen Diensten zu optimieren und Stigmatisierung zu bekämpfen.



<https://artias.ch/>

den. Sie müssen sowohl wissen, was sie sich von der Stelle erwarten können, als auch was sie tun müssen. Prinzipiell wünsche ich mir eine allgemeine Beratungsstelle, wo man mit allen Fragen und Problemen hingehen kann, und eine erste Information erhält. Ich stelle mir das wie bei einer Schleuse vor. Von dort aus, werde ich an die passende Behörde oder Stelle weitergeleitet und das nicht nur in Bezug auf Sozialhilfe, sondern auch, wenn es um die Versicherung geht oder es sich um eine Notsituation handelt.

Ein weiterer Punkt ist der Papierkram. Ich habe einmal mit einem Sozialverein verschiedene Workshops für Angestellte und Leiter*innen aus dem Sozialwesen gemacht, es waren auch Politiker*innen aus diesem Bereich dabei. Sie wussten zunächst nicht, dass wir, die Workshopleiter*innen, Armutsbetroffene sind. In einem der Workshops ging es darum zu zeigen, was man alles für Dokumente braucht, um die Sozialhilfe beantragen zu können und wie schwierig es für manche Menschen ist, diese zusammenzubekommen. Die Teilnehmer*innen waren recht erstaunt, wie schwierig das ist, und die Ministerin für Soziales im Kanton Jura war richtig überrascht, als sie erfuhr, dass wir selber Sozialhilfebezieher*innen sind und wir diesen Workshop zusammengestellt haben. Das war wirklich sehr spannend.

Sie hatten also bereits einige Erfahrungen im Umgang mit Verwaltung und Politik gesammelt, bevor Sie im „Rat für Armutfragen“ kamen. Um auf diesen nochmals zurückzukommen. Welche Themen wurden sonst noch besprochen?

Es ging beispielsweise um die Höhe der finanziellen Unterstützung. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) gibt Richtlinien für die Höhe der Sozialhilfe vor und jeder Kanton adaptiert das nach eigenen Vorgaben. Jedoch die Höhe ist in den letzten Jahren kaum gestiegen, obwohl das Leben teurer geworden ist. Die Richtlinien für das Wohnungsgeld sind ebenfalls viel zu niedrig. Um dieses Geld findet man heute kaum mehr eine Wohnung. Das gehört geändert. Oder viele Sozialhilfebezieher*innen sind auch verschuldet. Diese werden zwar in der Zeit der Unterstützung ruhend gestellt, jedoch wenn man wieder arbeitet, dann beginnt es von vorn. Schulden waren in den Gesprächsrunden ein Riesenthema, da sie einer der Hauptgründe sind, wieso Menschen im Sozialhilfestatus steckenbleiben. Sie befinden sich dann unter dem sogenannten betriebsrechtlichen Existenzminimum und sind daher auch nicht pfändbar!

Ich finde, es ist wichtig, den Menschen Zeit zum Erholen und Atmen zugeben, wenn sie mal eine Arbeit gefunden haben und sich das Leben wieder neu aufzubauen beginnen, und nicht gleich wieder die Last der Schulden auf sie zu laden.

Ein anderes Thema ist, dass viele Migrant*innen die Sozialhilfe nicht beantragen, da sie Angst haben, die Auf-

enthaltbewilligung zu verlieren. Sie nehmen lieber jede noch so prekäre Arbeit an. Sogar bei der Einbürgerung wird gefragt, ob man selbst oder die Eltern Sozialhilfe bezogen haben. Mein Sohn hat das bei seinem Einbürgerungsantrag angeben müssen. Er hat das als sehr erniedrigend und unangenehm empfunden, denn er konnte ja nichts dafür und hat ja keine bezogen.

Warum interessiert sich das Einbürgerungsamt dafür, ob die Eltern Sozialhilfe bezogen haben?

Gute Frage. Das sollte es auch nicht, 2018 wurde das aber gesetzlich so entschieden. Es gibt in der Schweiz eine medial aufgebauchte Diskussion über Sozialhilfe und Sozialbetrug. Obwohl nur ein ganz kleiner Prozentsatz die Sozialhilfe missbräuchlich bezieht, wird das immer hergenommen und die rechten Parteien stürzen sich darauf, um die Menschen mit ausländischen Wurzeln zu diskreditieren. Sowohl beim Antrag auf Staatsbürger*innenschaft als auch bei der Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung findet sich folgende Formulierung: „Kein Bezug von Sozialhilfeleistungen während des 3-Jahres-Zeitraums vor der Antragstellung oder während des Verfahrens, es sei denn, der erhaltene Betrag ist vollständig zurückgezahlt.“

Bereits 2018 habe ich gesagt, dass die Anfrage an Sozialunterstützung prozentual kleiner werden wird, da Migrant*innen Angst haben werden, die Aufenthaltsbewilligungen zu verlieren!

Welche Alternativen würde es da geben – worüber haben Sie da im „Rat für Armutfragen“ diskutiert?

Das lief unter den Stichworten „Reformen und Anpassungen der Sozialversicherung“. Generell ist die heutige Sozialhilfe ein veraltetes Modell der 1970er Jahre. Damals ging man davon aus, dass es bestimmte Personengruppen treffen würde wie marginalisierte Personen oder jene mit Drogenproblemen. Heute kann es jedoch jede Person treffen.

Generell bezeichne ich die Sozialhilfe lieber als einen administrativen Kredit, denn die Bezieher*innen müssen, wenn es ihnen ökonomisch wieder besser geht, diese wieder zurückzahlen. Manche Kantone fordern sie auch aktiv ein. Das belastet natürlich viele Familien und Personen. Eine Forderung wäre, dass man es nicht zurückzahlen muss.

Besser wäre es jedoch, jede Person bekäme ein Grundeinkommen. Richtlinie der Höhe wäre das Budget, das man in einem Monat so braucht – auch wenn nicht alle Menschen die gleichen Bedürfnisse haben oder in der gleichen Lebenssituation sind. So ein Basiseinkommen wäre zumindest eine Grundlage. Ich denke mir, das zu erreichen, wäre ein schönes Ziel. Dazu müssten alle zusammenarbeiten und dieses Modell unterstützen, um so bessere Lebensverhältnisse für alle zu erhalten.

PERSPEKTIVENWECHSEL

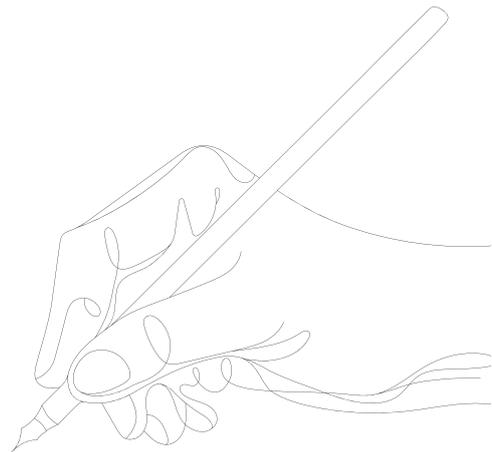
„phi schreibt, was sie sich denkt. **Kommentar aus der Redaktion**“

Perspektivenwechsel bedeutet auch, mal einen Schritt zurückzumachen und nicht zu kommentieren. Sondern zuzuhören.

In dieser Ausgabe liegt der Fokus auf Stimmen, die oft in der Gesellschaft wenig Gehör und Beachtung finden.

Und eben nicht auf unserer fachlichen Expertise.

Bis zum nächsten Mal!



ÖAS supervision & coaching

Ausbildungslehrgang für psychosoziale Fachkräfte

PROFESSIONELLES HANDELN IM ARBEITS- UND ORGANISATIONSKONTEXT

Erweitern und vertiefen Sie Ihre bereits vorhandene Expertise als hoch qualifizierte psychosoziale Fachkraft um das Feld der arbeitsweltlichen Beratung.

Ergänzen Sie Ihr Wissen und Ihre Kompetenzen um die Themen Organisation, Konflikte, Veränderungsprozesse und das lösungs- und klient:innenfokussierte Arbeiten und Begleiten von Führungskräften und Mitarbeiter:innen, Selbständigen, Teams und Organisationen.

DAUER:
5 Semester, berufsbegleitend

BEGINN:
Oktober 2025

ORT:
Wien

ZIELGRUPPEN:
Psychotherapeut:innen
klinische Psycholog:innen
Sozialarbeiter:innen

ÖVS-zertifiziert



S ZIALE ARB

von Rudi Rögner

AUSBAU DER PALLIATIV-PLÄTZE SCHREITET VORAN

Als 2022 die gesetzliche Möglichkeit einer Sterbeverfügung eingeführt wurde, beschloss der Nationalrat auch das Hospiz- und Palliativfondsgesetz, welches die nötige Schaffung entsprechender Angebote sicherstellen sollte. Als Mitte April 2025 ein neues stationäres Hospiz der Caritas in Wien-Liesing mit 16 Plätzen eröffnet wurde, war man sich einig, dass das Gesetz damals eine längst nötige Trendumkehr darstellte.

Sozialministerin Corinna Schumann gab zu, dass erst 60 Prozent der nötigen Plätze geschaffen wurden, betonte aber, dass der weitere Ausbau im neuen Regierungsprogramm verankert sei. Der Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker lobte die gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern, Sozialversicherungen und NGOs in diesem Bereich und berichtete, dass in der Woche davor ein ambulantes Hospiz in Wien-Währing eröffnet worden war. Caritas-Direktor Klaus Schwertner sprach sich für einen Rechtsanspruch auf palliative Versorgung aus, da sie derzeit regional sehr unterschiedlich ausgebaut sei. Das Gesetz solle für den Ausbau der spezialisierten Angebote, nun „sollte dasselbe in einem nächsten Schritt für die Regelversorgung in Pflegewohnhäusern, mobil und in Spitälern gelingen.“

Aus: caritas-wien.at > über uns > News&Presse; orf.at, ZIB 1 vom 16.4.2025

NEUES KOMPETENZZENTRUM IN WIEN FÜR JUNGE WOHNUNGSLOSE

Ausgehend von dem Befund, dass 20 Prozent der Klient*innen der Wohnungslosenhilfe zwischen 18 und 30 Jahre alt sind, wurde ein neues Angebot für wohnungslose Menschen im Alter von 17 bis 27 Jahren konzipiert, welches im März dieses Jahres den Betrieb aufnahm. Der Name LAB65 steht für die Inhalte Leben, Arbeit und Bildung und 65 für die Hausnummer in der Gumpendorfer Straße in Wien-Mariahilf.

Ein sechsköpfiges Team von Jugendbetreuer*innen, Sozialarbeiter*innen und Peer-Mitarbeiter*innen (ehemalige Wohnungslose) bietet Beratung, Coaching und Vernetzung. Gearbeitet wird im Einzelsetting, mit Gruppen und in einem wöchentlichen Online-Chat. Im Vordergrund steht die Bildungs- und Beschäftigungsperspektive der Betroffenen. Finanzbildung, Unterstützung im Bewerbungsprozess oder Fotoshooting für den Lebenslauf ergänzen das Angebot.

Als Träger des Projekts fungiert das Wiener Hilfswerk, die öffentliche Finanzierung erfolgt über den Fonds Soziales Wien.

Aus: lab65.wiener.hilfswerk.at; presse.wien.gv.at > LAB 65; Kurier v. 6.3.2025

ERSTE UMFASSENDE ERHEBUNG ZUR 24-STUNDEN-BETREUUNG

Vor 15 Jahren wurden die ersten gesetzlichen Regelungen diesbezüglich in Österreich geschaffen, etwa 60.000 Personen sind aktuell als 24-Stunden-Betreuer*innen tätig. Da sie ihre Tätigkeit einzeln verrichten und bei den Betreuten wohnen, wird ihre Situation wenig wahrgenommen. Umso interessanter sind die Ergebnisse der ersten Online-Erhebung, welche im Vorjahr durchgeführt wurde. Zielgruppe waren Personenbetreuer*innen in privaten Haushalten, 1.426 von ihnen füllten den Fragebogen aus, der in sieben Sprachen zur Verfügung stand. Gefördert wurde die Studie vom Digitalisierungsfonds der Arbeiterkammer Wien, mitbeteiligt waren FORBA – Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, das Institut für Soziologie der Uni Wien und die IG24. Letztere wurde zur Vertretung der Interessen der Berufsgruppe kürzlich durch einen Zusammenschluss der Verbände der slowakischen Betreuer*innen und der rumänischen Betreuer*innen gegründet, möchte Beratungs- und Lobbyingstrukturen aber für Betreuer*innen aller Nationalitäten aufbauen, den viele kommen neben den genannten Ländern aus Bulgarien und Kroatien.

Die Betreuer*innen klagen oft über die Abhängigkeit von den Vermittlungsagenturen, die zu geringe Bezahlung, die psychisch belastende Situation und manchmal auch über Gewalterfahrungen. So kommt es, dass ein Drittel der Befragten in drei Jahren nicht mehr in Österreich als Personenbetreuer*innen tätig sein will.

Derzeit nehmen 4,8 Prozent der Pflegegeld-Bezieher*innen eine finanzielle Förderung der 24-h-Betreuung in Anspruch. Soll also auch künftig dieses Angebot zur Verfügung stehen, werden laut Studie einige Verbesserungsmaßnahmen nötig sein.

Die Qualitätskontrolle der Vermittlungsagenturen sollte verpflichtend sein, das derzeitige Qualitätszertifikat auf freiwilliger Basis sei zu wenig. Und sie sollten ihr Angebot um Vermittlung bei Konflikten zwischen Betreuer*in und Klient*in und die Organisation einer Vertretung im Krankheitsfall erweitern.

ARBEITSSPLITTER

Einfach umzusetzen wären die Mindeststandards durch unselbständige Beschäftigung bei den Klient*innen, deren Angehörigen oder Trägerorganisationen.

Auch im jetzigen Modell, das viele als Scheinselbständigkeit bezeichnen, sollten Vereinbarungen zur täglichen Arbeitszeit, zu Pausen, Nacharbeit und Sonn- und Feiertagsarbeit zum Standard werden und eingehalten werden. Diese Pausen für die Betreuer*innen können durch geplante Übernahme der Betreuung durch Angehörige, öffentlich angebotene Alltagsbegleitung oder durch „Besuchsdienste“ ermöglicht werden.

Die Wohnmöglichkeiten müssen verbessert und es sollten Alternativen zum „Live-In-Modell“ entwickelt werden. Da öfter auch von Gewalterfahrungen berichtet wird, gelte es, Präventionskonzepte zu entwickeln. Erste Ansprechpartnerinnen sollten die Agenturen sein, in weiterer Folge können auch Interessensvertretungen, Gleichbehandlungsanwaltschaften oder Frauenhäuser unterstützend zur Seite stehen.

Da sich durch die genannten Verbesserungen die Kosten erhöhen, müssen auch die öffentlichen Förderungen entsprechend angehoben werden. Als langfristiges Zukunftsszenario fordert die Studie den Ausbau der mobilen, teilstationären und stationären Angebote und alternativen Wohnformen, sodass die Betreuung zu Hause nur mehr dort zum Einsatz kommen muss, wo sie in einem mit dem Arbeitszeitgesetz kompatiblen Ausmaß möglich ist.

Aus: 24h-unsichtbar.at/de/; ig24.at/; wien.arbeiterkammer.at/service/digifonds/gefoerderte-projekte/Das_Unsichtbare_sichtbar_machen.html

KLIMAWANDELANPASSUNG BRAUCHT SOZIALPOLITISCHE SICHTWEISE

Wie klimapolitische Maßnahmen und soziale Entwicklungen zusammenhängen, thematisierte kürzlich eine Studie der BOKU Wien. Landschaftsplaner Michael Friesenecker untersuchte die sozialpolitischen Auswirkungen von einigen städtebaulichen Maßnahmen zur Klimawandelanpassung in Wien.

Wenn beispielsweise die Grünflächen in einem Stadtteil erweitert und attraktiviert werden, steigen auch die Immobilienpreise, was zur Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen führen kann. Gerade in Gegenden mit einem hohen Anteil von Häusern mit unregulierten Mieten greift diese Entwicklung rascher Platz. Daher regt die Studie an, dieses Risiko der Gentrifizierung bewusst in den Blick zu

nehmen und ausreichend sozialen Wohnbau vorzusehen. Denn „jeder zusätzliche Prozentanteil an sozialem Wohnbau verringert das Risiko einer Gentrifizierung um vier bis fünf Prozent.“

Aus: science.orf.at/stories/3229722/; nature.com/articles/s42949-025-00202-2

ÖSTERREICH UNTER DER LUPE IM AMNESTY-JAHRESBERICHT

Der Ende April veröffentlichte internationale Bericht 2024/2025 lobt die österreichische Regierung für zwei Maßnahmen, nämlich das bundesweite „Housing First“-Programm durch das Sozialministerium und die Errichtung einer Ermittlungs- und Beschwerdestelle zur Aufklärung von Misshandlungsvorfällen gegen die Polizei durch das Innenministerium.

Die Liste der Kritikpunkte ist allerdings lang. So fordert Amnesty eine Änderung beim Umgang mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Die NGO kritisiert, dass auf dem Verwaltungsweg Freiheitsstrafen für Klimakleber*innen verhängt wurden oder dass Protestcamps zur Solidarität mit Palästinenser*innen an zwei Wiener Unis von der Polizei geräumt wurden.

Sorge bereiten Amnesty die hohe Zahl antisemitischer und antimuslimischer Straftaten und der Anstieg an rassistischen Äußerungen öffentlicher Amtsträger*innen im Nationalratswahlkampf.

Mit Blick auf den Flüchtlingsbereich fordert der Bericht, dass Menschen mit psychischen Problemen vor einer Abschiebung nicht in sogenannten Sicherheitszellen untergebracht werden dürfen und dass unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten von Anfang an eine obsorgeberechtigte Person zur Seite gestellt werden soll.

Mehr Plätze in Frauenhäusern, besserer Zugang zur Sozialhilfe und Verbesserungen beim Schwangerschaftsabbruch werden genauso angeregt wie die Erlassung eines Klimaschutzgesetzes und die Harmonisierung und Erweiterung der Antidiskriminierungsgesetze auf Bundes- und Länderebene.

Aus: derstandard.at vom 29.4.2025; amnesty.at/news-events/news/amnesty-international-jahresbericht

NEUE SICHTWEISE AUF DIE GENERATION Z

Als Anfang April die diesjährige Ö3-Jugend-Studie präsentiert wurde, bewerteten die begleitenden Sozialwissenschaftlerinnen Martina Zandonella und Karoline Bohrn die Ergebnisse so, dass sie durchaus geeignet seien, bestehende Einschätzungen über die Jugend als Vorurteile bzw. Klischees zu entlarven.

Auf der Homepage von Ö3 bestand ab Anfang März 2025 die Möglichkeit, einen Fragebogen auszufüllen. 23.674 Personen aus der Zielgruppe der 16- bis 25-jährigen machten dies. Die Auswertung übernahm das Sozialforschungsinstitut Foresight, welches zur selben Zeit unter 800 repräsentativ ausgewählten jungen Menschen desselben Alters eine telefonische und online-Umfrage durchführte, welche zu gleichen Ergebnissen kam.

„Nach Jahren der Krisenerfahrungen, Unsicherheiten und mangelnden Planbarkeit handelt die GenZ vielmehr Bedürfnisorientiert und pragmatisch“, fassen die Autorinnen zusammen. 90 % erleben ihre Zeit gerne mit Freund*innen, die Hälfte ist in einem Verein aktiv. Dennoch verbringt mehr als die Hälfte pro Tag drei oder mehr Stunden am Handy, jedoch möchten drei Viertel die Bildschirmzeit reduzieren und 44 % haben sich dies auch vorgenommen.

Die Mehrzahl ist mit der Ausbildung oder der Schule zufrieden, würde sich aber einen stärkeren Fokus auf Finanzbildung (83%), psychische Gesundheit (61%) und gesunde Ernährung (61%) wünschen. Außerdem könnte sich die Hälfte ein eigenes Fach Medien- und Demokratiebildung vorstellen.

Bei der Berufswahl ist zwar wie in früheren Generationen ein Gender Gap insofern zu beobachten, als junge Frauen Berufe bevorzugen, die mit Care-Arbeit in Verbindung stehen, aber bei der Gestaltung des Familienlebens ticken die Jungen bereits anders, denn 84 % finden es völlig normal, wenn Väter ein Jahr in Elternkarenz gehen.

Das Klischee, dass die Generation Z arbeitsscheu sei, bestätigt die Studie ebenfalls nicht. Bezüglich des Berufslebens sind vor allem ein sicherer Arbeitsplatz und eine sinnvolle

Tätigkeit wichtig. 80 % wollen Vollzeit arbeiten. Die Hälfte sieht einen beruflichen Aufstieg und ein hohes Einkommen als sehr wichtig an.

Sorge bereiten kann, dass ein Viertel der Befragten über eine schlechte psychische Verfassung berichtet.

Junge Menschen verfolgen auch die weltpolitischen Entwicklungen: 80 % geben an, dass ihnen die laufenden Kriege Angst machen. Viel Hoffnung setzen die 16- bis 25-jährigen in die Europäische Union, sie sehen in ihr viel Potential, die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

Aus: oe3jugendstudie.at/ergebnisse.php; foresight.at/news/genz-die-unterschaetzte-generation; derstandard.at vom 9.4.2025

SCHOOL-NURSES WERDEN IN WIEN FIX IMPLEMENTIERT

Auf Grund des Ärztemangels konnten vor drei Jahren nicht genug Schulärzt*innen gefunden werden. So startete man 2022 mit der Anstellung von diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger*innen. Das Projekt begann mit vier „School-Nurses“ an sechs Schulen und wurde vom Public Health-Institut der MedUni Wien begleitet. Der nun veröffentlichte Endbericht gibt sehr positive Erfahrungen wieder. Die häufigsten Einsätze waren Notfälle bzw. Erstversorgungen, gefolgt von der Betreuung von Schüler*innen mit chronischen Erkrankungen. Die Pflegekräfte sind die gesamte Unterrichtskernzeit vor Ort und arbeiten multiprofessionell mit Pädagog*innen, Sozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen zusammen.

Bei der Pressekonferenz Ende Februar 2025 wurde angekündigt, dass ab dem kommenden Schuljahr 40 weitere School-Nurses angestellt werden sollen. Der Österreichische Gesundheits- und Krankenpflegeverband freut sich über das neue Arbeitsfeld und regt eine Ausweitung auf ganz Österreich an.

Aus: wien.gv.at/gesundheit/beratung-vorsorge/eltern-kind/beratung/school-nurses.html, derstandard.at vom 24.2.2025

Jetzt anmelden!

Freitagmorgen mit *andererseits*

Jeden Freitag in Deinem Postfach:

Eine kleine Geschichte, ein Fakt über Behinderung und ein Einblick in unsere Redaktion

andererseits.org/newsletter Für alle, die Behinderung besser verstehen wollen!

The advertisement features a yellow background. On the left, there is a QR code and the text 'Jetzt anmelden!' above it. Below the QR code is the URL 'andererseits.org/newsletter'. To the right of the QR code, the text reads 'Freitagmorgen mit andererseits' (with 'andererseits' in a handwritten style), 'Jeden Freitag in Deinem Postfach:', 'Eine kleine Geschichte, ein Fakt über Behinderung und ein Einblick in unsere Redaktion', and 'Für alle, die Behinderung besser verstehen wollen!'. On the right side of the advertisement, there is a photograph of three people (two men and one woman) standing against a yellow background.

Mit Recht gegen Diskriminierung

Barrierefreiheit ist keine Frage der Kulanz

Paul **Haller**, Klagsverband

Ein Wiener Spitzengastronom verstößt gegen das Behindertengleichstellungsgesetz und muss aufgrund mangelnder Barrierefreiheit 1.700 Euro Schadenersatz zahlen. Was ist passiert?

Zum Jahrestag möchte Hans-Jürgen Groß seiner Frau Bianca Groß eine besondere Freude machen: Er reserviert einen Tisch in einem Wiener Spitzenrestaurant – das Ehepaar teilt eine Vorliebe für gutes Essen. Bereits bei der Reservierung gibt Groß an, dass er einen Rollstuhl nutzt. Als er seiner Frau die Überraschung offenbart, bittet sie ihn nochmal beim Restaurant nachzufragen, ob auch das WC barrierefrei nutzbar sei.

Er fragt also nach und erhält nun die Auskunft, dass das Restaurant grundsätzlich barrierefrei sei, er als Rollstuhlfahrer aber über drei Stufen getragen werden müsse, um zur Toilette zu gelangen. Groß bittet um das Anbringen einer mobilen Rampe und eines Haltegriffs beim WC. Er möchte das WC wann immer notwendig selbstständig nutzen können und nicht auf die Hilfe von Fremden angewiesen sein – schon gar nicht im Rahmen eines romantischen Dinners mit seiner Frau zum gemeinsamen Jahrestag. Alles andere sei demütigend und ein Sturzrisiko nicht auszuschließen. Das Restaurant kommt der Aufforderung nicht nach, bringt keine Rampe an und nimmt lieber eine Stornierung der Reservierung in Kauf – und das, obwohl eine mobile Rampe leicht angebracht hätte werden können (und zu einem späteren Zeitpunkt auch angebracht wird).

Das lange erwartete romantische Abendessen fiel damit ins Wasser. „Statt eines schönen Abends wurde es ein monatelanges Ringen um ein WC, ohne das niemand auskommt“, beschreibt Hans-Jürgen Groß seine Erfahrung. „Trotz aller Bemühungen meinerseits gab es keine zeitgerechte Lösung. Somit wurde aus der geplanten Überraschung eine Zurschaustellung meiner Behinderung und meine Frau war mittendrin. Dabei hätte eine einfache Lösung, wie eine mobile Rampe und ein Haltegriff, den Zugang ermöglicht.“ Hans-Jürgen Groß ließ das nicht auf sich sitzen und wandte sich mit seiner Frau an den Klagsverband. Nach einem gescheiterten Schlichtungsverfahren klagten beide – er als direkt Betroffener, sie als Angehörige, deren Teilhabe miteingeschränkt war. Der Fall ging durch zwei Instanzen – in beiden bekamen die Kläger*innen Recht. Das Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien hielt schließlich in sei-

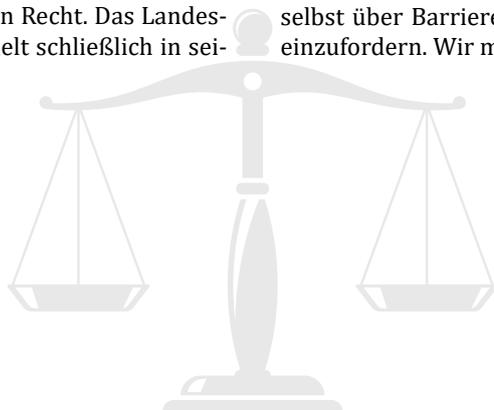
nem rechtskräftigen Urteil fest: Die fehlende Rampe stelle eine mittelbare Diskriminierung nach dem Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz dar. Die Benachteiligung wäre durch das Auflegen einer mobilen Rampe einfach vermeidbar gewesen. Eine bauliche Veränderung wäre nicht nötig gewesen – der Aufwand war zumutbar.

Erstmals anerkannte das Gericht in dieser Klarheit auch die Diskriminierung einer nahestehenden Angehörigen. Auch Bianca Groß wurde eine Entschädigung zugesprochen, da ihr die Nutzung der Dienstleistung – in diesem Fall ein gemeinsamer Restaurantbesuch – ebenfalls verwehrt blieb. Das Gericht sprach Hans-Jürgen Groß 1.000 Euro und Bianca Groß 700 Euro Schadenersatz zu.

Warum brauchte es für diese simple Anpassung ein Schlichtungsverfahren und zwei Gerichtsentscheidungen? Warum reichte die Nachfrage von Hans-Jürgen Groß nicht aus, um eine einfache Maßnahme umzusetzen, die Barrierefreiheit und damit gesellschaftliche Teilhabe sicherstellt – und die weniger kostet als ein Abendessen im betroffenen Restaurant? Und warum musste sich der Rollstuhlfahrer – wie so oft – proaktiv über die bauliche Barrierefreiheit erkundigen, obwohl er erstens bereits bei der Reservierung angegeben hatte, dass er einen Rollstuhl nutzt und es zweitens seit 2006 die gesetzliche Verpflichtung zur Barrierefreiheit gibt?

Mit 1. Jänner 2006 – also, vor mittlerweile bald zwanzig Jahren – trat das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft. Es zielt auf die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft ab. Es soll dazu beitragen, dass Menschen mit Behinderungen eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglicht wird. Bis zur Erreichung dieser Ziele ist es jedoch noch ein langer Weg, wenn Menschen immer noch vor Gericht ziehen müssen, weil ihnen barrierefreie Dienstleistungen leichtfertig verwehrt werden.

Und die Moral von der Geschichte? Barrierefreiheit ist keine Frage der Kulanz, sondern gesetzlich verpflichtend. Sie betrifft nicht nur Rollstuhlnutzer*innen, sondern auch deren Freund*innen, Beziehungen, Familien. Und: Es kann nicht die Aufgabe von Einzelpersonen sein, sich ständig selbst über Barrieren zu erkundigen und Barrierefreiheit einzufordern. Wir müssen besser werden!





Das Gefühl der Ohnmacht in der Sozialen Arbeit

Eine psychoanalytische Perspektive auf den Sinn schwer erträglicher Zustände

Kann die psychoanalytische Methode auch für die Soziale Arbeit hilfreich sein? Anhand eines Fallbeispiels macht dieser Beitrag anschaulich, wie eine psychoanalytische Betrachtungsweise in der Sozialen Arbeit eingesetzt werden könnte.

Sabine **Schlüter**

EIN FALLBEISPIEL¹

Bei Lisa, der sechsjährigen Tochter von Herrn und Frau L., ist eine schwere fortschreitende Sehbehinderung diagnostiziert worden, die umfangreiche medizinische Behandlungen nach sich zieht. Als das Mädchen eingeschult werden soll, versucht die Sozialarbeiterin Frau S. mit den Eltern ein Förder- und Betreuungsprogramm zu erarbeiten und eine geeignete Schule zu finden. Doch Lisas Eltern lehnen alle Angebote kategorisch ab und weigern sich, ihre Tochter auf eine Schule zu schicken, in der sie gezielt gefördert werden kann. Sie solle die nahegelegene Volksschule besuchen und würde dort lernen, mit ihrer Einschränkung zurechtzukommen. Frau S. setzt dem Ehepaar auseinander, wie schwierig es für Lisa wäre, in einer Schule ohne einschlägige Fördermaßnahmen zurechtzukommen, und wie wichtig es sei, Kompetenzen zu entwickeln, um ihre Sehbehinderung zu kompensieren. Doch Herr und Frau L. werden immer abweisender: Lisa brauche nach dem langen Krankenhausaufenthalt gerade jetzt Unterstützung durch die Familie. Sie werde zu Hause gefördert werden, und Frau L. sei gerade dabei, sich die dafür notwendigen Kenntnisse anzueignen.

Die konsequente Ablehnung und irrationale Argumentation rufen ein Gefühl von Aussichtslosigkeit und wütender Ohnmacht in Frau S. hervor. Sie kann sich nicht gegen die Empfindung wehren, ungeschickt gehandelt und etwas verdorben zu haben, denn im Krankenhaus ist das Ehepaar „vernünftig“ gewesen, hat mit den Ärzt*innen kooperiert und die Tochter unterstützt. Frau S. macht sich Vorwürfe, weil Lisa die Konsequenzen tragen muss, und ärgert sich über ihre unprofessionelle Haltung, weil sie keine Distanz zu dem Fall wahren kann. So kämpft sie abwechselnd gegen Schuld- und Versagensgefühle, fühlt sich deprimiert und zweifelt am Sinn und an den Möglichkeiten ihrer Arbeit, ihres Berufs.

DIE PSYCHOANALYTISCHE BETRACHTUNGSWEISE

Situationen wie die geschilderte erleben Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen in zahllosen Varianten in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen. Die dabei entstehenden Gefühle von Ohnmacht, Unzulänglichkeit und Schuld machen einen großen Teil der Belastungen aus, unter denen sie nachhaltig leiden und die den hohen Grad an Erschöpfung erklären, der mit diesem

Beruf einhergeht. Betrachtet man die drei Komponenten des Kohärenzgefühls (Verstehbarkeit, Handhabbarkeit, Sinnhaftigkeit; Antonovsky 1997), ist unschwer zu erkennen, dass jede einzelne durch das Erleben scheinbar auswegloser Situationen massiv beeinträchtigt wird. Es wäre daher von großer Wichtigkeit, Strategien zur Hand zu haben, die diese Zustände dem Verstehen zugänglich machen: zum einen, um Arbeitsfähigkeit und Freude der Professionist*innen zu erhalten, und zum anderen, um die Klient*innen ausreichend gut unterstützen zu können. Hier kann als Ergänzung zu den Ansätzen der Sozialen Arbeit eine psychoanalytische Betrachtungsweise hilfreich sein.

Die wesentlichen Elemente, die bei einer psychoanalytischen Herangehensweise innerhalb der Sozialen Arbeit zum Tragen kommen, lauten: Selbstreflexion – unbewusste Motive – Konflikt – Abwehr – Übertragung und Gegenübertragung – Beziehungsarbeit. Auf das Fallbeispiel angewandt, könnte dies in etwa so aussehen:

FORTSETZUNG DES FALLBEISPIELS

Um sich von der Niedergeschlagenheit zu befreien, die sie erfasst hat, trifft Frau S. sich an ihrem nächsten freien Tag mit Freund*innen, um ein paar Runden Darts zu spielen. Auf dem Heimweg fühlt sie sich besser und kann klarer über sich nachdenken. Sie findet ihre Reaktion nun etwas übertrieben und fragt sich, wieso sie in diesem Fall eigentlich so viel Eifer an den Tag legt. Sie beschließt, sich innerlich zu distanzieren. Doch schon nach einer kurzen Weile bemerkt sie, wie hohl dieser Versuch sich anfühlt und wie viel Mitgefühl für Lisa sie dabei zur Seite schieben müsste. Da sie das nicht will, kehrt sie zu ihrer Frage zurück: Wie kommt es, dass es ihr so besonders wichtig ist, die Eltern umzustimmen? Als sie mit diesen Überlegungen nicht weiterkommt, stellt sie fest, dass da wohl irgendeine unbewusste Dynamik am Werk sein müsse. Sie ruft sich in Erinnerung, was sie von den wenigen Stunden psychoanalytischer Supervision, die sie vor einiger Zeit absolvierte, mitgenommen hat: dass man alle Äußerungen des Gegenübers als Teil des Beziehungsgeschehens verstehen müsse und dass man, um für unbewusste Vorgänge empfänglich zu sein, das Geschehen wie ein*e neutrale*r Beobachter*in aus einer gewissen inneren Distanz heraus betrachten und dabei auch die eigenen Gefühlsregungen wahrnehmen solle. „Also doch Distanzierung“, denkt sie zufrieden, „aber ohne dabei die Gefühle wegzuschieben.“ Da sie nun einen Plan hat, findet sie, sie habe außerhalb ihrer Arbeitszeit genug über ihre Arbeit nachgedacht, und wendet sich erfreulicheren Dingen zu.

PSYCHOANALYTISCHE BETRACHTUNG

Frau S. hat die ersten wichtigen Schritte hin zu einer psychoanalytischen Betrachtung getan: Nachdem sie sich zunächst abgelenkt und ein Vergnügen gegönnt, d.h. ein Stück Psychohygiene betrieben hatte, konnte sie mit sich

selbst in einen inneren Dialog treten und sich für ihre Handlungen und Gefühle interessieren – die **Selbstreflexion** hatte eingesetzt. Frau S. ist entweder gut geschult oder in besonderer Weise begabt, denn sie widersteht der Versuchung, das Problem durch Verdrängung zu erledigen: Sie beschloss, ihre Gefühle nicht einfach beiseitezuschieben, sondern sich ihnen weiterhin zu widmen, obwohl das anstrengend war. Auf diese Weise öffnete sie sich für die Beschäftigung mit dem eigenen Unbewussten und schuf damit die Voraussetzung dafür, sich auch für das unbewusste Geschehen anderer empfänglich zu machen.

Rasch brachte ihre Selbstreflexion ein erstes Ergebnis, das sie aber (noch) nicht zu verwerthen wusste: Das drängende Bedürfnis, Lisas Eltern von der eigenen Meinung zu überzeugen, erschien ihr übertrieben. Dies wäre ein wichtiger Anhaltspunkt, um das psychodynamische Geschehen zu entschlüsseln, doch braucht es dafür psychoanalytische Schulung; ich komme darauf zurück. So kam Frau S. an dieser Stelle zwar nicht alleine weiter, aber sie tat den nächsten wichtigen Schritt: Sie postulierte ein unbewusstes Geschehen, d.h. sie rechnete damit, dass bei Herrn und Frau L. **unbewusste Motive** vorhanden waren, die ihre bewussten Absichten durchkreuzten. Wo Unbewusstes am Werk ist, ist Irrationales nicht weit – auch das weiß Frau S. Aus ihrer beruflichen Aus- und Weiterbildung kannte sie Werkzeuge, die es ihr ermöglichten, mit dem Unbewussten zu arbeiten. Zwanglos integrierte sie das erste Werkzeug in ihren sozialarbeiterischen Ansatz und unterschied innere Distanzierung, die der Erweiterung des Blickwinkels und der Psychohygiene dient, von Verdrängung (die oft für sinnvolle Distanzierung gehalten wird). Die Bedeutung des zweiten Werkzeugs, die **Beziehungsarbeit**, war ihr noch nicht klar, vermittelte aber eine Handlungsperspektive, auf die sie sich einließ. So hatte Frau S. sich vorläufig von der Belastung durch ihren Fall befreit und die Voraussetzungen dafür geschaffen, einen neuen Blick auf den Prozess zu gewinnen.

AUSGANG DES FALLBEISPIELS

Als Herr und Frau L. verspätet zum nächsten Termin kommen, fällt Frau S. auf, wie abgekämpft beide wirken. Sie will etwas Freundliches sagen und meint, es sei wohl nicht leicht gewesen, sich Zeit für das Gespräch zu nehmen. Herr L. erklärt, dies sei eben eine schwere Zeit, aber man dürfe die Hoffnung nicht aufgeben. Frau S. fragt sich, was er damit meint, und fühlt wieder Unmut aufsteigen. Sie erinnert sich aber ihres Vorhabens, neutral zu beobachten. Darum bittet sie Herrn L., darzulegen, wie er die Situation sieht. Ohne ihn zu unterbrechen, hört sie zu, wie er und seine Frau von der Zeit im Krankenhaus erzählen. Anfangs sei nicht klar gewesen, welche Ursache die Sehbehinderung habe, es seien verschiedene Diagnosen und Prognosen im Raum gestanden. Es war von einer Operation die Rede, die Lisas Sehfähigkeit erhalten könne. Die Eltern hätten alles getan, um die Ärzt*innen zu unterstüt-

zen, aber schließlich hätten diese sich gegen eine OP entschieden, weil sie angeblich keinen Erfolg bringen werde. Man habe für Lisa wohl nicht so viel Mühe aufwenden wollen.

Beim Zuhören begreift Frau S. langsam, dass Herr und Frau L. sich nicht damit abfinden können, ein Kind mit Sehbehinderung zu haben, dass sie sich im Stich gelassen fühlen und sich an jeden Hinweis klammern, dass Lisas Sehfähigkeit doch noch gerettet werden kann. Das Mädchen in eine Schule für Kinder mit Sehbehinderung zu schicken, würde bedeuten, diese Hoffnung aufzugeben. Frau S. versteht nun, warum all ihre Interventionen nicht wirksam werden konnten. Jetzt ist sie auch nicht mehr verärgert, sondern bestürzt, und überlegt, welche Maßnahmen den Eltern helfen könnten, Lisas Sehbehinderung anzuerkennen, damit schließlich auch Lisa unterstützt werden kann.

PSYCHOANALYTISCHE NACHBETRACHTUNG

Frau S. ist es gelungen, die Gesprächssituation mit Lisas Eltern von einem neutralen Standpunkt aus und gleichzeitig innerlich beteiligt zu betrachten. Es ist ihr auch gelungen, einen Rahmen zu schaffen, in dem Herr und Frau L. Gelegenheit hatten, deren Sicht der Dinge zu beschreiben und zu begründen. Indem sie sich darauf einließ, konnte sie sich einer Wahrnehmung öffnen, die ihr zuvor

entgangen war: Sie verstand, dass das Ehepaar nicht in der Lage war, Lisas Beeinträchtigung anzuerkennen. Psychoanalytisch gesprochen waren Herr und Frau L. dem **Konflikt** zwischen einem intensiven Wunsch und der Anerkennung der Realität ausgesetzt. Die **Abwehr** dieses Konflikts erfolgt durch Verleugnung und die sogenannte projektive Identifizierung (siehe unten).

Was hat es aber mit dem schwer erträglichen Zustand auf sich, in den Frau S. zu Beginn des Fallbeispiels gekommen war? Und wo ist hier die Übertragung zu finden?

Tatsächlich war der Schlüssel zum Verstehen der Situation schon sehr früh vorhanden. Er lag in dem Gefühl, in einer aussichtslosen Situation zu stecken, ohnmächtig zu sein, etwas verdorben zu haben sowie in dem „Eifer“, mit dem Frau S. das Ehepaar L. von ihren eigenen Ansichten zu überzeugen versuchte. Wie sich herausstellte, waren dies jene Gefühle, die auch Lisas Eltern erlebten – allerdings unbewusst. Auch sie befanden sich in einer Situation, in der die Erfüllung ihres größten Anliegens aussichtslos war, da die Ärzt*innen ihre Bemühungen, Lisas Sehkraft zu retten, aufgegeben hatten. Auch sie waren ratlos, wütend, ohnmächtig und hatten – wie man an dem Gefühl von Frau S., etwas verdorben zu haben, sehen kann – vermutlich die unbewusste Phantasie, schuld an Lisas Sehbehinderung zu sein, etwas falsch gemacht



JUSTIZBETREUUNGSAGENTUR
FACHPERSONAL FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE JUSTIZ



Familiengerichtshilfe



Jugendgerichtshilfe



Strafvollzug

Mehr als nur ein Job

Wir suchen Sozialarbeiter (m/w/d)!

Werden auch Sie Teil unseres Teams und bewerben Sie sich noch heute.

➔ Ihre Karriere bei der JBA

www.jba.gv.at



bzw. verdorben zu haben. Die Hartnäckigkeit, mit der sie ihre Verleugnung aufrechterhielten und Frau S. von ihrer Sicht der Dinge zu überzeugen suchten, fand ihr Gegenstück in Frau S.s „Eifer“, das Ehepaar umzustimmen. Diese Erkenntnis blieb Frau S. jedoch verschlossen, da sie ohne psychoanalytische Schulung im Allgemeinen nicht zugänglich ist.

Es liegt die Vermutung nahe, dass hier etwas stattfand, das **projektive Identifizierung** genannt wird. Dieses Phänomen besteht darin, einen Gefühlszustand, der uns unerträglich scheint und den wir loswerden möchten, in einem anderen Menschen entstehen zu lassen. Es ist dies ursprünglich ein Mechanismus der unbewussten Kommunikation, der aus unserer frühesten Lebenszeit stammt und für die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter und Säugling von größter Bedeutung ist. Er tritt im Lauf des Lebens in den Hintergrund bzw. übernimmt andere Funktionen, aber wir verlieren die Fähigkeit zur projektiven Identifizierung niemals. Wenn wir in innerer Not sind, kann es geschehen, dass wir versuchen, einen Gefühlszustand aus uns herauszubekommen, indem wir ihn in einen anderen Menschen hineinprojizieren und dann versuchen, das, was der*die andere daraus macht, wieder in uns hineinzuholen. Darin liegt die Chance, aber auch die Gefahr dieses Vorgangs.

Im Gegenzug bleiben wir natürlich auch „anfällig“ für jene Prozesse der projektiven Identifizierung, die von anderen ausgehen. Wir nehmen Projektionen auf und reagieren darauf in unserer eigenen Art. Manchmal aber wundern wir uns über unsere Reaktionen und finden sie nicht ganz nachvollziehbar, so wie Frau S. Dies ist eine Möglichkeit, projektive Identifizierung zu erkennen und daraus Rückschlüsse auf die psychische Lage des Gegenübers zu ziehen.

Unter **Übertragung** versteht die Psychoanalyse jene unbewussten Gefühlseinstellungen, die aus den Beziehungen zu unseren frühesten Bezugspersonen stammen und mit denen wir tendenziell auch Personen aus der Gegenwart begegnen. In diesem Fallbeispiel hat die Übertragung die Form der projektiven Identifizierung angenommen, und Frau S. hat darauf – ebenfalls unbewusst – mit ihrer ganz persönlichen Art reagiert. Die Psychoanalyse spricht hier von **Gegenübertragung** und schätzt sie als wertvollstes Hilfsmittel, um Informationen über die un-

bewussten Gefühlseinstellungen unseres Gegenübers zu bekommen. Was dann folgen kann, ist **Beziehungsarbeit**, nämlich die Verwendung dieser Informationen, um im Rahmen einer Beziehung helfend, erleichternd, verändernd zu intervenieren.

Die Rückkehr von der psychoanalytischen Theorie in einen Ansatz der Sozialen Arbeit gelingt ohne Umwege: Die Berücksichtigung unbewusster Prozesse mithilfe der psychoanalytischen Methode ermöglicht Verstehbarkeit der Situation, lässt Sinnhaftigkeit der eigenen Gefühle und Reaktionen erleben und ermöglicht die Handhabbarkeit des Geschehens (Antonovsky 1997). Darin besteht der psychohygienische Faktor des psychoanalytischen Ansatzes.

Sich mit der psychoanalytischen Methode vertraut zu machen, heißt nicht, alles enträtseln zu können und stets Lösungen parat zu haben. Jeder Methode sind Grenzen gesetzt. Was aber nahezu immer gelingt, ist, zwischenmenschliche Interaktionen als sinnvolles Geschehen im Rahmen einer Beziehung zu begreifen. Psychoanalytisch zu denken heißt auch, sich des Reichtums der eigenen Gefühlswelt zu bedienen und zu erleben, wie nützlich, ja unentbehrlich unsere ganz persönlichen, intimen Gefühle als Träger von Informationen in menschlichen Beziehungen sind. Um es mit den Worten einer großen Theoretikerin der psychoanalytischen Sozialarbeit zu sagen: „Denn es ist von größter Wichtigkeit, innerhalb der durch den Beruf gesetzten Grenzen man selbst zu sein.“ (Salzberger-Wittenberg 2002:191)

"Ich danke meinen Kolleg*innen Stefan Hofner, Mariella Kohlhuber, Klemens Michlmayr und Gudrun Wolfgruber für ihre wertvollen Kommentare beim Schreiben dieses Artikels."

Mag.a phil. Sabine Schlüter

ist Psychoanalytikerin in freier Praxis, Lehranalytikerin und Mitglied der Ausbildungskommission (WAP/IPA), Co-Leiterin des Departments für Theorie und Wissenschaft der Wiener Psychoanalytischen Akademie.



VERWEISE / LITERATUR

¹ In Anlehnung an Salzberger-Wittenberg 2002.

Antonovsky, A. (1997): Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit. Tübingen: dgvt.

Salzberger-Wittenberg, I. (2002): Psychoanalytisches Verstehen von Beziehungen. Ein kleinianischer Ansatz. Wien: Facultas.

„Wir wollen Menschen für Leitungsaufgaben im Sozialbereich qualifizieren.“

In Österreich gibt es mehrere Studiengänge mit Schwerpunkt Wirtschaft und Management für den Sozialbereich. Am FH Campus Wien leitet seit 2021 FH-Prof. Mag. Peter Stepanek den Studiengang Sozialwirtschaft. Die SIÖ Redaktion hat ihn zum Gespräch geladen, um mit ihm über Unterscheidungsmerkmale zu den anderen Studiengängen der Sozialen Arbeit oder welche Karrierewege sich damit eröffnen, zu reden.

SIÖ Redaktion, *Peter Stepanek*



Der Studiengang Sozialwirtschaft wurde 2009 an der FH Campus Wien eingerichtet. Was waren damals die Überlegungen dahinter?

Peter Stepanek: Das war lange vor meiner Zeit. Die Überlegungen waren, soweit ich das nachträglich beurteilen kann, dieselben wie heute. Wir wollen Menschen für Leitungsaufgaben im Sozialbereich qualifizieren. Lange war es ja so, dass Leitungsfunktionen in der Sozialwirtschaft mit Menschen anderer fachlicher Backgrounds besetzt wurden. Damit hat man nicht immer die besten Erfahrungen gemacht. Und es war auch wichtig, Menschen in Sozialberufen selbst eine Perspektive in Führung und Management zu geben.

Haben sich seit der Errichtung der Studieninhalte und der Schwerpunkt sehr verändert?

Es ist an FHs vorgesehen, dass Studienprogramme alle 5-7 Jahre einem internen Prozess der Überarbeitung unterzogen werden. Das haben wir auch mehrmals durchlaufen. Wir sind jetzt in der Version 3.0. In der Version 3.0 haben wir aktuelle Themen des Sozialmanagements aufgenommen wie z.B. Nachhaltigkeitsmanagement, Inklusives Diversitätsmanagement, Wirkungsmessung, Digital Leadership oder Umgang mit Komplexität. Über die Jahre haben wir viel Erfahrung gesammelt, wie man Studierende gut auf die Masterarbeit vorbereiten kann. Auch hier kam es im Laufe der Zeit zu Veränderungen. Beibehalten haben wir unseren internationalen Schwerpunkt, der auch eine kurze Auslandsmobilität im 3. Semester beinhaltet und den Joint Degree Abschluss mit verschiedenen Partnern aus europäischen mittel-osteuropäischen Ländern.

Haben Sie aus Gesprächen oder Rückmeldungen erfahren, welche beruflichen Wege die Absolvent*innen dieses Studiengangs eingeschlagen haben? Gibt es hier einen klassischen Karriereverlauf?

Wir sehen, dass unsere Absolvent*innen in verschiedenen Leitungsfunktionen wie Geschäftsführung, Bereichsleitung, Stabstellenleitung oder Standortleitungen im gesamten Spektrum der Sozialwirtschaft tätig sind. Hier finden sich die ganz großen Organisationen ebenso wie Social Start-ups oder neu gegründete Vereine. Aber obwohl wir für Leitungsaufgaben qualifizieren, wollen nicht alle Absolvent*innen auch Führungsaufgaben übernehmen. Wir hören in den letzten Jahren vermehrt, dass es Studierende darum geht, wirtschaftliche Zusammenhänge bzw. Management- und Führungsthemen zu verstehen, obwohl sie selbst keine Leitungsverantwortung übernehmen wollen. Das ist natürlich vollkommen legitim und so arbeiten Absolvent*innen ebenso in verschiedenen Fachabteilungen, wie z.B. Personal, Controlling, Diversity oder Innovation. Im Schnitt der Jahre haben wir rund 45% Studierende, die zuvor einen Bachelor Soziale Arbeit absolviert haben. Einige davon wollen auch nach dem Master Sozialwirtschaft in der Basisarbeit bleiben.

Was sind die größten Unterschiede zu den anderen Masterstudiengängen der Sozialen Arbeit, die ja ebenfalls am Wiener Department Soziales der FH Campus Wien angeboten werden?

Der größte Unterschied ist, dass wir kein „Sozialarbeitsmaster“ sind. Es geht bei uns um Management und Leadership in Sozialorganisationen. Wir vertiefen bzw. qualifizieren nicht im Bereich der Sozialen Arbeit. Natürlich beziehen wir uns auf die beruflichen Qualifikationen der Mitarbeiter*innen in der Sozialwirtschaft. Das Verständnis und die Haltung von Sozialarbeiter*innen sind wichtige Rahmenbedingungen und in vielen Organisationen ein fachlich-ethisch-moralischer Kompass. Leitungspersonen in der Sozialwirtschaft müssen verstehen, mit welchem fachlichen Blick und auch mit welchem Mindset die Mitarbeiter*innen in den Organisationen tätig sind. Davon abgesehen ist es auch in Verhandlungen mit Fördergebern wichtig, eine Vorstellung vom Tätigkeitsbereich der Mitarbeiter*innen zu haben.

Nehmen wir an, ich baue ein Sozialunternehmen auf. Für welche Positionen sind Ihrer Meinung nach die Absolvent*innen des Masterstudienlehrgangs Sozialwirtschaft besonders geeignet?

Unsere Absolvent*innen sind für alle Managementpositionen qualifiziert. Sie können als Geschäftsführungen die strategischen Geschicke leiten, Menschen und Teams führen, das Finanzwesen oder das Controlling verantworten, das Personalmanagement für bezahlte und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen im Blick haben, Projekte organisieren, sich in Stabstellen mit Qualitätsmanagement, mit Sozialmarketing, mit Öffentlichkeitsarbeit, mit Diversität/Gender sowie mit Wirkungsorientierung beschäftigen oder Innovationen vorantreiben.

Der von Ihnen geleitete Studiengang gilt nicht als einschlägige Ausbildung im Sinn des Sozialarbeits-Bezeichnungsgesetzes. Das ist nachvollziehbar, wenn ich die Ausbildungsinhalte mit jenen von einschlägigen Masterstudiengängen Soziale Arbeit vergleiche. Sie haben sich bereits kurz nach Inkrafttreten des Bezeichnungsgesetzes auch öffentlich und gegenüber Absolvent*innen entsprechend positioniert. Was war für diese Positionierung ausschlaggebend?

Mir erschien es ganz logisch, dass wir uns als ein Masterstudium positionieren, das Menschen für Leitungsaufgaben qualifiziert und nicht Sozialarbeiter*innen ausbildet. Wenn man sich unsere Lehrveranstaltungen und die vermittelten Kompetenzen ansieht, wäre alles andere unglaubwürdig. Wir haben keine Lehrveranstaltungen zu verschiedenen Praxisfeldern der Sozialen Arbeit, man lernt nicht die unterschiedlichen Methoden der Sozialen Arbeit kennen, übt keine Beratungsgespräche oder absolviert keine Praktika. Ich verstehe den Wunsch, sich im Zuge eines Masterstudiums für die Soziale Arbeit qualifi-

zieren zu wollen, auch wenn man einen anderen Bachelorabschluss hat, aber wir können das leider in unserem Programm nicht bieten. Wir stehen auf einem betriebswirtschaftlichen Boden und inkludieren die Logik der Sozialwirtschaft wie auch die Anforderungen an Sozialmanager*innen.

Warum war für Sie diese Positionierung wichtig?

Als Betriebswirt würde ich nie auf die Idee kommen, mich ohne entsprechende fachliche Ausbildung als Sozialarbeiter zu bezeichnen. Andererseits sollen sich unsere Absolvent*innen stolz als Sozialmanager*innen sehen. Sie haben sich erfolgreich für die spezifische Aufgaben und Herausforderungen qualifiziert. Als Studiengangsleiter bin ich natürlich stolz darauf, dass wir mehr als 540 Sozialmanager*innen ausgebildet haben. Das Studium Sozialwirtschaft ist weder eine Wundertüte noch ein Überraschungsei. Es ist, was es ist.

Auch wenn sich die Absolvent*innen des Sozialwirtschaft Studiengangs nicht als Sozialarbeiter*in bezeichnen dürfen, sind sie für den Sozialbereich dennoch unverzichtbar. Was sind Ihrer Meinung nach Stärken und auch zukünftigen Potentiale dieses Studiums?

Die Sozialwirtschaft hat auch an die Leitungskräfte spezifische Anforderungen und wir bereiten unsere Studierenden umfassend darauf vor. Es gilt, soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele in den Blick zu nehmen und diese auch in Balance zu halten. Die spezifische Finanzierungssituation durch die öffentliche Hand, aber auch durch Spenden, Sponsoring oder Crowd Funding verlangt nach einem ausgeklügelten Stakeholdermanagement. Es gilt, die Dynamiken aus politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Bedarfen und professionellen Zugängen zu verstehen und sie für die Organisation zu übersetzen. Themen wie Qualitätsmanagement, Wirkungsorien-

terung, Prozess- und Projektmanagement sind immer vor dem Hintergrund der Besonderheit der Arbeit für und mit benachteiligten Gruppen von Menschen bzw. Menschen in besonderen Situationen zu sehen. Eine Sozialorganisation zu leiten braucht eben Sozial-Management-Kompetenzen. Mit einer starken Betonung auf sozial. Auch für die Führung von Menschen ist das zentral. Hier unterscheidet sich die Sozialwirtschaft von anderen Wirtschaftsbereichen durch flache Hierarchien, wenige Supportabteilungen, die Arbeit mit Ehrenamtlichen oder die geteilte Verantwortung mit einem Vorstand. Das alles verlangt nach einer spezifischen Ausbildung. Mit einem breiten Spektrum an Themen und mit der Vertiefung in ausgewählten Bereichen der Sozialwirtschaft wollen wir unsere Studierenden und Absolvent*innen gut auf aktuelle und zukünftige Entwicklungen vorbereiten. Jedenfalls sehen wir auch vereinzelt, dass Absolvent*innen in andere Wirtschaftsbereiche wechseln und dort hoch willkommen sind. Sozialmanager*innen haben zumeist ein vielfältigeres Kompetenzspektrum als klassische BWL-Absolvent*innen. Das macht sie auch für andere Branchen interessant, die ebenso verstanden haben, dass Menschen das große Potential für ihre Organisationen sind.

Peter Stepanek

leitet das Masterstudium Sozialwirtschaft an der FH Campus Wien. Der Betriebswirt und FH-Professor forscht und publiziert zu Wirkungsorientierung und Nachhaltigkeitsmanagement in der Sozialwirtschaft. Ehrenamtlich engagiert er sich im Vorstand der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft sowie beim Online-Journal Soziales Kapital.



ÖAGG | PD

in Kooperation mit  PARIS LODRON UNIVERSITÄT SALZBURG  Bertha von Suttner

FACHSPEZIFIKUM PSYCHODRAMA

Kommende Lehrgänge:

Wien: Fachspezifikum wahlweise in Koopertation mit der Bertha von Suttner Universität (BSU) oder als Berufsbefähigung

Salzburg und Graz/Klagenfurt: Universitätslehrgang Psychotherapie: Fachspezifikum Psychodrama in Kooperation mit der Paris Lodron Universität Salzburg (PLUS)

Die Psychodrama- Ausbildung befähigt zur Ausübung von Einzel-, Paar- und Gruppentherapie sowie zur Arbeit mit Familien

Bewerbungen: psychodrama@oeagg.at

www.psychodrama-austria.at/fachspezifikum

Geplanter Beginn der nächsten Lehrgänge:

Wien/St.Pölten (BSU)

Herbst 2025

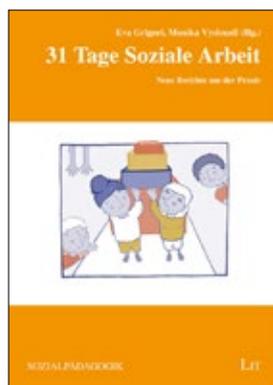
Salzburg (PLUS)

März 2026

Graz/Klagenfurt

Oktober 2026

Büchertipps



31 Tage Soziale Arbeit

Eva Grigori, Monika Vyslouzil (Hg.), LIT Verlag: 2021, 248 Seiten, € 29,90

31 neue Erzählungen aus dem Berufsalltag von Fachkräften in der Sozialen Arbeit geben Einblicke in ein dynamisches Handlungsfeld, in dem Erfolg und Misserfolg, Freude und Glück, Teilhabe und Ausschluss nah beieinander sind. Berichtet wird von Hausbesuchen und nächtlichen Telefonaten, juristischen Spitzfindigkeiten und dramatischen Einsätzen, vom ganz normalen Betriebsalltag, vom Weckerläuten bis zum Feierabendritual. So entsteht das Panorama eines faszinierenden Berufs.

Der Band ist der dritte Teil einer Serie: "30 Tage Sozialarbeit. Berichte aus der Praxis" und wurde 2015 von Peter Pantucek-Eisenbacher und Monika Vyslouzil herausgegeben; 2017 folgte "34 Begegnungen. KlientInnen berichten von ihren Erfahrungen mit Sozialer Arbeit", herausgegeben von Eva Grigori und Monika Vyslouzil.

Eva Grigori, MA, Dozentin für Soziale Arbeit an der FH St. Pölten. Sie leitet die AG Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit und forscht zum Thema Rechtsextremismus; FH-Prof. Mag.a Dr. in Monika Vyslouzil, Dipl. Sozialarbeiterin und Soziologin, war langjährig in der Praxis und Lehre Sozialer Arbeit tätig.

Oder zum Nachhören:

Campustalk zu dem Buch „31 Tage Soziale Arbeit“ vom Dezember 2021 mit Eva Grigori



Inklusive Medienarbeit

Menschen mit Behinderung in Journalismus, Radio, Moderation und Film

Ernst Tradinik, Herbert von Halem Verlag, 2024, 432 Seiten, 37,00 €

Dieses Buch bietet einen Überblick über Theorien zu und Beispiele von inklusiver Medienarbeit aus Deutschland, der Schweiz und Österreich. Der Herausgeber definiert Inklusive Medienarbeit als „die Medienarbeit von und mit Menschen mit (Lern-) Behinderung und/oder psychischer Erkrankung“. Das Feld umfasst redaktionelle und journalistische Arbeit, die Arbeit mit Kamera, Audio- und Videoschnitt, Moderation und Interviewführung, die Arbeit mit der eigenen Stimme, unterstützter Kommunikation, der Gebärdensprache und die Gestaltung von Sendungen.

Das Buch zeigt die Arbeit von Menschen mit (Lern-)Behinderung und/oder psychischer Erkrankung im Fernsehen, im Radio, in Form von Podcasts, auf Social-Media-Kanälen u.a.

Warum ist es wichtig, dass diese Personengruppen Medienprodukte schaffen und journalistisch tätig sind? Und wie kann man sie, wo nötig, so begleiten und unterstützen, dass die Betroffenen die jeweils eigenen Themen und Inhalte vermitteln können? In welche Teilbereiche ordnet man inklusive Medienarbeit und was können diese jeweils leisten? Diesen Fragen geht das Buch nach.

Lesenswert ist dieses Buch nicht nur für Menschen mit Lernbehinderung und deren Angehörige, sondern auch für Medienschaffende aus Print, Radio, Film; ebenso für Fachleute aus den Bereichen der Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Psychologie, Soziologie, Pädagogik, Inklusionspädagogik, und Medientechnik; sowie für Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen.



Gruppenfoto: (v.l.) Johannes Rauch, Johanna Hefel, Julia Pollak, Christoph Krenn, Carmen Hofer-Temmel, Julia Märk und Michael Hämmerle

Soziale Arbeit muss immer politisch sein, politische Arbeit immer sozial sein!

SIÖ Redaktion

Am 28.04.2025 fand die Veranstaltung „Das politische Mandat der Sozialen Arbeit“ an der Fachhochschule Vorarlberg statt. Die beiden Keynotes hielten Bundesminister a.D. Johannes Rauch sowie Johanna Hefel von der Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (ogsa) und Julia Pollak vom Österreichischen Berufsverbands der Sozialen Arbeit (obds).

Pollak und Hefel gaben in ihrem Vortrag einen Einblick in aktuelle Entwicklungen der Sozialen Arbeit hinsichtlich der Qualitätssicherung. Zudem warfen sie – orientiert am Sozialarbeits-Bezeichnungsgesetzes und weiteren relevanten Dokumenten der Sozialen Arbeit – einen Blick auf Stand und Perspektiven eines möglichen bundesweiten Berufsgesetzes.

Johannes Rauch führt in seinem Vortrag aus, dass in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit, zunehmender ökonomischer Herausforderungen und politischer Polarisierung die Rolle Sozialer Arbeit als tragende Säule des Sozialstaats besonders deutlich wird. Johannes Rauch,

ehemaliger Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, betonte: „Wir dürfen uns keine Illusionen machen: In den kommenden Jahren werden die Budgetmittel deutlich knapper. Wir müssen eine gesellschaftliche Debatte darüber führen, wofür wir das vorhandene Geld investieren. Soziale Investitionen sind Investitionen in die Zukunft von Menschen – und in sozialen Frieden, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie. Sie sind nicht Hemmnis, sondern Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg – in Österreich, in Europa und global.“

Wer den Keynote mit dem Titel „Soziale Arbeit muss immer politisch sein, politische Arbeit immer sozial sein! Aber was heißt das in Zeiten wie diesen?“ von Johannes Rauch nachhören möchte, hier geht's zum Mitschnitt:



Was passiert in Ungarn?

Zusammenfassung der Angriffe auf die Soziale Arbeit in Ungarn durch das illiberale Regime

Katalin **Szoboszlai** & Sándor **Meleg**, Mitarbeit: Eva **Grigori**

In Ungarn hat sich seit 2010 ein neues politisches System herausgebildet, das sich selbst als „illiberale Demokratie“ bezeichnet. Kritische Beobachter*innen sprechen in diesem Zusammenhang von einem autokratischen und autoritären Staat. Die Prinzipien dieses Systems stehen in signifikantem Widerspruch zu den Werten und Prinzipien der Sozialen Arbeit. In den vergangenen Jahren hat die Regierung wiederholt versucht, Sozialarbeiter*innen und ihre Adressat*innen gegeneinander auszuspielen. Dies betraf vor allem obdachlose, arbeitslose und LGBTQ+ Personen.

Die Situation hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschärft und im Jahr 2025 wurde eine neue, bislang nicht gekannte Dimension der Bedrohung erreicht. 2022 führte die Regierung das Modell „Pflegerpolitik“ („gondoskodáspolitik“) ein, das in verschiedenen Zusammenhängen zunehmend die Begriffe „Sozialpolitik“ und „Sozialarbeit“ ersetzt. Seit dem Jahr 2024 werden zudem neue Ausbildungsprogramme für das Fach „Pflegerpolitik“ implementiert. Das langfristige Ziel besteht in der schrittweisen Abschaffung der traditionellen Ausbildungsgänge für Soziale Arbeit.

Im Dezember 2023 verabschiedete das ungarische Parlament ein Gesetz zur Schaffung des neuen Amtes zum Schutz der Souveränität (SPO). Dieses arbeitet willkürlich und nach keinerlei demokratisch abgesicherten Verfahrensregeln gegen kritische Journalist*innen und die Zivilgesellschaft. Am 29. Januar 2025 publizierte das SPO ein Dokument, welches eine Liste von „politischen Druckorganisationen“ enthält, die vom „Soros-Netzwerk“ finanziert würden. Der Ungarische Berufsverband der Sozialarbeit (SzMME) wurde in dieser Liste zusammen mit 22 weiteren Nichtregierungsorganisationen (NGO), darunter hauptsächlich Bildungs-, Sozial- und Rechtshilfeorganisationen, aufgeführt. Die Einstufung der SzMME ergibt sich aus ihrer Teilnahme als Konsortialpartnerin am Programm CERV (Citizens, Equality, Rights and Values) der EU in den Jahren 2022 bis 2023. In den vergangenen Wochen hat die Regierung wiederholt erklärt, dass sie die Absicht hat, unerwünschte zivile Organisationen zu beseitigen. Das SPO-Dokument behauptet, dass die SzMME die Interessen der „globalistischen Elite der Vereinigten Staaten – in erster Linie George Soros“ vertrete und dafür Unterstützung erhalte. Die Begriffe „globalistische Eliten“ und „Soros“ stehen hier für Anti-EU-Codes, gelten aber weltweit auch als antisemitische Codes.

Im März 2025 erklärte die ungarische Regierung NGOs, deren Aktivitäten nicht mit der Regierungspolitik übereinstimmen, zu Feindinnen. NGOs, die zuvor finanzielle Unterstützung von der Europäischen Union für die Durchführung von Projekten zum Schutz von Rechten und Interessen vulnerabler Gruppen erhalten hatten, wurden öffentlich als Feinde der Nation bezeichnet. Der ungarische Berufsverband der Sozialarbeit steht zusammen mit vielen anderen auf dieser „schwarzen Liste“. Die gelisteten Organisationen leisten professionelle Arbeit, unterstützen Menschen durch Rechtsvertretung, setzen sich für Chancengleichheit ein und machen die Gesellschaft auf die Rechte von Minderheiten aufmerksam. Die Regierung hat ein repressives Vorgehen angekündigt, dessen Implikationen derzeit noch nicht vollständig abschätzbar sind. Die Drohungen und Einschüchterungen haben begonnen.



**Zukunftsfit
weiterbilden!**

- Gewaltprävention
- Somatic Experiencing®
- Coach für Neue Autorität
- Diplom Resilienztrainer*in
- Zert. Skills-Trainer*in nach DBT
- Diplom Mentaltrainer*in (online)
- Diplom Systemischer Life & Inner Work Coach (online)
- Diplomlehrgang Pädagogische*r Sozialbegleiter*in
- Interdisziplinärer Diplomlehrgang Case Management
- Diplom Traumapädagogik und traumazentrierte Fachberatung

und mehr

PRÖGES
Wir schaffen Gesundheit
Akademie

www.proges.at/akademie

Die ungarischen Akteur*innen der Sozialen Arbeit beobachten diesen Prozess mit Sorge. Das Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen wird zunehmend aggressiver. Gemäß den Angaben des Ministerpräsidenten sollen bis Ostern „ausländische Agentenorganisationen“ das Land verlassen. In erster Linie sind Organisationen betroffen, die sich in den vergangenen Jahren kritisch zur Sozialpolitik der Regierung geäußert und sozial benachteiligte Gruppen vertreten und unterstützt haben.

Parallel zu den NGOs hat die Regierung der LGBTQ+-Community den Kampf angesagt und die diesjährige Pride-Parade in Budapest verboten. Das Verbot ist als Einschränkung des Versammlungsrechts und eine weitere Schwächung der Demokratie zu betrachten. Die Regierung kann die Freiheiten heute bei der Pride und morgen bei allem anderen einschränken.

Als Berufsverband möchten wir die internationale Aufmerksamkeit auf die Phänomene lenken, die die Soziale Arbeit bedrohen. In mehreren europäischen Ländern bedroht der Aufstieg rechtsextremer Bewegungen den Berufsstand und schränkt die angemessene Unterstützung der Adressat*innen ein. Ungarn ist hierbei nicht als singuläres Beispiel zu betrachten, sondern fungiert als ein mögliches Szenario, das anderen Ländern als Warnung dienen sollte. Es ist zu hoffen, dass es möglich sein wird, Freund*innen und Verbündete zu finden und sich gemeinsam für den Erhalt und den Schutz der Sozialarbeit einzusetzen.

Kontaktinformationen zu den Berufsverbänden der Sozialen Arbeit Ungarn

SzMME: szmme.2022@gmail.com
3SZ: 3sz@3sz.hu

SIÖ 229 INFORMATIONEN

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz:

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger: Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit – obds, Franz-Josefs-Kai 27, 1010 Wien, www.obds.at, ZVR: 275736079, UID: ATU78095936

Vorstand: Christoph Krenn, Marina Salmhofer, Michael Hanl-Landa, Claudia Kutzer, Marianne Binder

Blattlinie: Die SIÖ – Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich wird viermal jährlich vom Österreichischen Berufsverband der Sozialen Arbeit herausgegeben. Sie richtet sich an alle Mitglieder des obds und an Personen, die Interesse an die Soziale Arbeit betreffende Themen haben. Die Fachzeitschrift enthält aktuelle Informationen rund um den obds sowie Entwicklungen in der sozialen Landschaft in Österreich mit jeweiligen fachspezifischen Schwerpunktthemen, die aus wissenschaftlicher und praktischer Perspektive beleuchtet werden. Ebenso werden spannende Projekte, Innovationen und Konzepte in Praxis und Theorie der Sozialen Arbeit vorgestellt.

Erratum – Richtigstellung:

In der letzten Ausgabe (Nr. 228/01.2025) hat sich im Beitrag über den Maßnahmenvollzug von Brigit Altmüller im Lektoratsprozess ein Fehler eingeschlichen, der hier richtiggestellt werden soll.

Im Abschnitt über die drogeninduzierte Psychose und Delinquenz wurde dieses Thema an einem konkreten Beispiel einer Frau ausgeführt. Diese wurde auf Grund einer gefährlichen Drohung festgenommen. Anschließend wurde eine Begutachtung eines/r gerichtlichen Sachverständigers/ Sachverständigerin durchgeführt und nicht, wie im Beitrag geschrieben, von der Justizanstalt selbst. Dies externe Begutachtung ist notwendig, um Unabhängigkeit gewährleisten zu können.

Eine weitere Ungenauigkeit bezieht sich auf den Zeitpunkt der Unterbringung im Maßnahmenvollzug. Die Person in dem Beispiel war bereits als U-Häftling im Maßnahmenvollzug und nach der Hauptverhandlung wurde sie schließlich in den Maßnahmenvollzug eingewiesen. Auf diesen nach dem Maßnahmenrecht geregelten Ablauf soll in diesem Zusammenhang nochmals hingewiesen werden.

ABONNENT*INNEN INFORMATION:

Die SIÖ erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: € 13,20; Jahresabonnement: € 49,50,- Inland/ € 65,- Ausland. Das Abonnement gilt für ein Kalenderjahr und verlängert sich automatisch jeweils um ein weiteres Jahr. Abbestellungen bestehender Abos sind bis drei Monate vor Jahresende mitzuteilen. Das Abo der obds-Mitglieder ist kostenlos.

SOZIALE ARBEIT STUDIEREN IN INTERKULTURELLEN UND INTERNATIONALEN KONTEXTEN

Der Master-Studiengang Soziale Arbeit der FH Oberösterreich in Linz dient einem wissenschaftlich und fachlich vertiefenden Studium der Sozialen Arbeit unter besonderer Berücksichtigung post-migrationsgesellschaftlicher Differenzverhältnisse.

Das Studium vermittelt eine wissenschaftlich und fachlich vertiefende Ausbildung unter besonderer Berücksichtigung (post-)migrationsgesellschaftlicher Differenzverhältnisse. Dieser Studienschwerpunkt wurde vor dem Hintergrund einer durch Migration geprägten Bevölkerungsstruktur Österreichs gewählt. Menschen mit Migrationserfahrung sind heute in allen Bereichen der Sozialen Arbeit anzutreffen. Die Fähigkeit, kritisch mit Rassismus, Gender und anderen machtvollen Differenzverhältnissen sowie ihrer Intersektionalität umzugehen, versteht sich daher als Querschnittskompetenz über die gesamte Soziale Arbeit und nicht nur als spezifische Qualifikation für Mitarbeiter*innen in migrationsspezifischen Einrichtungen.

Die Absolvent*innen des Master-Studiengangs können in allen Tätigkeitsbereichen der Sozialen Arbeit exekutive wie leitende Funktionen ausfüllen, insbesondere Funktionen, die ein hohes Maß an interkultureller Kompetenz verlangen, sowohl in der Arbeit mit Klient*innen als auch in der Leitung von Projekten und Teams.

Ein besonderes Augenmerk wird auch auf die Vermittlung von Wissenschafts- und Forschungskompetenz gelegt, um auch die Anschlussfähigkeit an ein Doktorats-Studium im Bereich der Sozialwissenschaften zu gewährleisten. Hier bekommen auf die Reflexionsfähigkeit und die Grundlagenorientierung des Soziologie-Studiums zusätzliches Gewicht.

Im Berufsleben ist die Kombination von theoretischer und praktischer akademischer Ausbildung ein wichtiger Trumpf.

Abschluss: Master of Arts in Social Sciences (MA)

Studiendauer: 4 Semester (120 ECTS)

Organisationsform: berufsbegleitend – eine Berufstätigkeit ist jedoch NICHT verpflichtend!

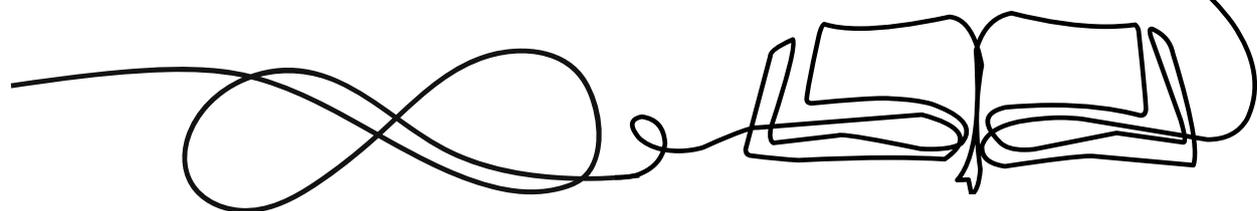
Bewerbungen: bis spätestens 30. Juni 2025

Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen unter:

<http://www.fh-ooe.at/mso>



SAVE THE DATE



BERUFSGESETZ JETZT – FÜR EIN ENDE DER UNENDLICHEN GESCHICHTE!

Donnerstag, 03.07.2025

14.00 – 17.00 Uhr

mit gemütlichem Ausklang
vor Ort in Wien, t.b.a.

- Beiträge von Expert*innen zu möglichen Regelungsinhalten anhand von Beispielen anderer Berufsgesetze
- Podiumsdiskussion
- Möglichkeit zum Einbringen von Fragen und Wünschen sowie Austausch

Besuchen Sie www.obds.at für aktuelle Informationen
sowie die Möglichkeit zur Anmeldung.



Die geplante Veranstaltung findet u.a. in Kooperation mit der Arbeiterkammer statt.